

MEDIEN

Forum für historische & Kommunikationsforschung

&
ZEIT

U. S.-Medienpolitik
und die *neue* österreichische Journalistenelite

Die gescheiterte Alternative
Sozialisierung der Betriebsgewinne
der *Salzburger Nachrichten* (1945—1960)

2/87

Jahrgang 2

Medieninhaber und Herausgeber:

Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)“,
1014 Wien, Postfach 208;

Vorstand des AHK:

DDr. Oliver Rathkolb (Obmann), Dr. Hannes Haas (Obmann-Stv.), Dr. Roman Hummel (Obmann-Stv.), Dr. Wolfgang Duchkowitsch (Geschäftsführer), Dr. Peter Malina (Geschäftsführer-Stv.), Margit Suppan (Kassierin), Dr. Theodor Venus (Kassier-Stv.), Margit Steiger (Schriftführerin), Dr. Fritz Hausjell (Schriftführer-Stv.)

Korrespondenten:

Dr. Hans Bohrmann (Dortmund), Dr. Robert Knight (London), Dr. Arnulf Kutsch (Münster)

Redaktion:

Vorstand des AHK; redaktionelle Leitung dieses Heftes: Dr. Fritz Hausjell, DDr. Oliver Rathkolb

Hersteller:

Satz und Layout: Ulrike Horak

Druckvorlage: Fa. Adolf Holzhausens Nfg., 1070 Wien, Kandlgasse 19—21

Druck: HTU, Wirtschaftsbetriebe Ges. m. b. H., 1040 Wien, Gußhausstraße 27—29

Erscheinungsweise:

MEDIEN & ZEIT erscheint vierteljährlich

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement: öS 150.— (Inland), öS 150.— + Porto (Ausland)

Studentenjahresabonnement: öS 110.— (mit Inskriptionsnachweis)

Einzelheft: öS 45.—

Bestellungen an MEDIEN & ZEIT, 1014 Wien, Postfach 208

Bankverbindungen:

Creditanstalt-Bankverein (CA-BV), Konto Nr. 0123-01263/00, BLZ 11.000

Österreichische Länderbank, Konto Nr. 102-113-378/00, BLZ 12.000

Österreichische Postsparkasse (PSK), Konto Nr. 7510.438

ISSN 0259—7446

Inhalt

U. S.-Medienpolitik und die <i>neue</i> österreichische Journalistenelite <i>Oliver Rathkolb</i>	3
Die gescheiterte Alternative. Das Modell der Sozialisierung der Betriebsgewinne einer Zeitung am Beispiel der <i>Salzburger Nachrichten</i> (1945—1960) <i>Fritz Hausjell</i>	17
Rezensionen <i>Wolfgang Duchkowitsch, Hannes Haas</i>	31
In der Heftmitte: Register des Jahrganges 1986	

Editorial

„Zu meinen stärksten Eindrücken aus meiner journalistischen Anfangszeit — also ab 1950 — zählt das Hochhalten des freien Wortes durch die amerikanische Besatzungsmacht.“ Ein anderer österreichischer Journalist meinte: „Von den Amerikanern haben wir viel gelernt!“ Viele der heute über 55 Jahre alten Journalisten wurden durch mehrere Maßnahmen der amerikanischen Besatzungsmacht zu Anhängern und Vertretern eines Journalismus, wie er in Österreich vor 1945 selten praktiziert worden war. Berufliche Standards, die dabei vermittelt wurden, sind etwa die Trennung von Nachricht und Kommentar, von Information und Meinung. Sohin erreiche man ‚objektiven‘ Journalismus. Eine Ansicht, der trotz schlüssiger Gegenargumente auch heute noch von etlichen Theoretikern und Praktikern das Wort geredet wird. Neben den durch Experten der amerikanischen Besatzungsmacht vermittelten journalistischen Qualitätskriterien erfolgte zugleich eine starke ideologische Einbindung bestimmender Kräfte des österreichischen Mediensystems. Die Geschichte dieser *Westintegration des österreichischen Journalismus* beschreibt und analysiert der Wiener Zeithistoriker Oliver Rathkolb in einem Beitrag der vorliegenden Ausgabe von MEDIEN & ZEIT.

So erfolgreich die in Rathkolbs Aufsatz dargestellten medienpolitischen Aktivitäten waren, so wenig nachhaltig wirksam war eine Innovation amerikanischer Presseoffiziere kurz nach der Befreiung 1945, die die Organisation von Zeitungsbetrieben betraf. Das Modell der weitgehenden *Sozialisierung der Betriebsgewinne* zweier Tageszeitungen scheiterte nach wenigen Jahren an den Bestrebungen österreichischer Kräfte zur Restaurierung rein kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der heimischen Presse: Fritz Hausjell, Kommunikationswissenschaftler in Wien und Salzburg, beschäftigt sich am Beispiel der *Salzburger Nachrichten* mit jener ‚gescheiterten Alternative‘.

Beide Beiträge gehen übrigens aus dem Forschungsprojekt *Medien- und Kommunikationskultur in der Zweiten Republik*, Teil 2: *Journalistische Kulturen* hervor, das vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung beauftragt und am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg 1986/87 durchgeführt wurde.

Der Herausgeber

¹ Hans Heinz Fabris/Fritz Hausjell (Hrsg.): *Auf der Suche nach Identität*. Protokoll eines Gesprächs über den Journalismus der Zweiten Republik. Salzburg 1987, S. 35 u. 110.

„Alte“ Hefte

Falls Sie nicht seit Beginn zu den Abonnenten von MEDIEN & ZEIT gehören, können Sie jetzt Versäumtes nachholen. Folgende Ausgaben von MEDIEN & ZEIT sind derzeit lieferbar:

Doppelheft 1—2 / 1986 (Nachdruck)

Inhalt: *Rudolf Henz — Versuch über einen katholischen Medienpolitiker* (Theodor Venus) + *Der Kalte Krieg um die österreichische Buchproduktion 1948* (Oliver Rathkolb) + *Der Fall des Wiener Journalisten Johann Baptist Dal Sasso 1780* (Wolfgang Duchkowitzsch) + *Otto Schulmeister 70: Materialien zur Vergangenheit* (Fritz Hausjell) + *Vor 70 Jahren: Die erste zivile Großradiostation Österreich-Ungarns geht in Betrieb* (Theo Venus) + *Nostalgie und Vergangenheitsbewältigung* (Edwin Hartl) + Rezensionen.
94 Seiten, Preis: öS 70.—

Heft 3 / 1986 (vergriffen)**Heft 4 / 1986**

Inhalt: *Programmgeschichte als Aufgabe. Zu einigen methodischen Problemen der Mediengeschichtsschreibung* (Knut Hickethier) + *Die Photometapher in der Reportagediskussion. Ein Beitrag zur Genretheorie und Genrekunde* (Hannes Haas) + *„Ich bin ein Feind jeder Definition“: Friedrich Heer zum 70. Geburtstag* (Peter Malina) + *Vor 70 Jahren: Zeitungspapier = Notwendigkeitspapier. Zur 1. Konferenz der Österreichischen Tageszeitungen* (Wolfgang Duchkowitzsch) + *Das Verschwinden des Films. Österreichische Filmtage 1986* (Georg Haberl) + Rezensionen.
40 Seiten, Preis: öS 45.—

Heft 1 / 1987

Inhalt: *Frauen und Öffentlichkeit. Einladung zur zeitgeschichtlichen und historischen Frauenforschung* (Irene Neverla) + *„In Österreich wurde ich eigentlich vernachlässigt“: Ein Gespräch mit der österreichischen Publizistin Hilde Spiel* (Margit Steiger, Margit Suppan, Theo Venus) + *Oda Olberg-Lerda: „Die beste sozialistische Journalistin“* (Fritz Hausjell) + Dokumentation: *Die Journalistinnen. Urteile von Zeitgenossen* (zusammengestellt von Fritz Hausjell) + *Sozialforschung im Gefängnis. Marie Jahoda und das Ende der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle in Wien 1936* (Theo Venus) + Rezensionen.
36 Seiten, Preis: öS 45.—

An MEDIEN & ZEIT, Postfach 208, 1014 Wien
Bestellschein

Ich/Wir bestelle/n

- ... Ex. Medien & Zeit, 1—2/1986, à öS 70.—
... Ex. Medien & Zeit, 4/1986, à öS 45.—
... Ex. Medien & Zeit, 1/1987, à öS 45.—

(Bei Einzelbestellungen werden Versandkosten in Höhe von öS 8,50 in Rechnung gestellt. Sie erhalten mit dem Heft bzw. den Heften einen Erlagschein zugeschickt.)

Ich/Wir bestelle/n

- ... Abonnement, öS 150.—/Jahr (Ausland inkl. Porto öS 218.—) ab Heft/...
... Studentenabonnement, öS 110.—/Jahr (Inskriptionsbestätigung) ab Heft/...

Name

Adresse

Datum

Unterschrift

M & Z 2 /87

Mitarbeiter:

Dr. Fritz HAUSJELL (1959)
Freiberuflicher Kommunikationswissenschaftler, Wien

DDr. Oliver RATHKOLB (1955)
Zeithistoriker, Wien

OLIVER RATHKOLB

U. S.-Medienpolitik und die *neue* österreichische Journalistenelite

Einleitung

Vorweg sollte festgehalten werden, daß der Verfasser aufgrund von Einzelstudien zur Geschichte der Besatzungszeit in Österreich nach 1945 zur Ansicht gekommen ist, daß es die „Stunde Null“ als vollständigen Neubeginn nicht gegeben hat¹. Dies wird durch die vielschichtigen verdeckten Kontinuitäten innerhalb unseres gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Lebens in anschaulicher Weise bewiesen. Es handelt sich im konkreten Fall jedoch nicht nur um eine partielle Kontinuität der Eliten aus der Zeit des Austrofaschismus und Nationalsozialismus, sondern auch um inhaltliche Kontinuitäten, die vor allem hinsichtlich konservativer Interpretation von Demokratie Auswirkungen auf unsere politische Kultur nach 1945 zeigten: Wohl gab es keine Diktatoren mehr, aber alliierte Besatzungsbehörden, und die österreichische Bürokratie und die Politikerelite traten durchaus als „Autoritäten“ im eigentlichen Sinn des Wortes auf.

In diesem Beitrag soll die Rolle jener Besatzungsmacht untersucht werden, die ihre demokratischen Erfahrungen auch im Bereich des Journalismus einbringen wollte. Bereits ein flüchtiger Blick auf die US-Nachkriegsplanungen genügt, um den Nachweis zu erbringen, daß hier die engagiertesten und umfassendsten gesellschaftlichen Veränderungen projiziert waren:² Reeducation — Umerziehung; Denazification — Entnazifizierung; Decartelization und Demilitarization waren Schlagwörter, die die Überlegungen zur permanenten Überwindung des Nationalsozialismus begleiteten. Der Ausgangspunkt für diese Projekte war eine Faschismusanalyse, nicht zuletzt beeinflusst durch die Frankfurter Schule, wobei vor allem seit 1943 Franz L. Neumann (Gewerkschaftsjurist und Politologe), Otto Kirchheimer (Staatsrechtler) und Herbert Marcuse (Philosoph) die entscheidenden Denkanstöße lieferten³. In ihrer Faschismusanalyse, die am besten von Neumann in dessen Studie „Behemoth“ zusammengefaßt wurde, dominiert neben der Kapitalismusanalyse (Monopolisierter Privatkapitalismus, durch Staatseingriffe gestützt, aber keineswegs planwirtschaftlich geregelt) die bewußte Auseinandersetzung mit der Sozialstruktur im Sinne einer

Elitenherrschaft von Spitzen der Partei, der Wirtschaft, der Staatsbürokratie und des Militärs. Daher könne die nationalsozialistische Herrschaftsordnung nur zerstört werden, wenn es zu einer Elitenumschichtung käme, die die unterdrückten Mittel- und Arbeiterschichten begünstigen und in demokratiebestimmende Positionen bringen sollte. Aus diesen Überlegungen heraus, deren Rahmenbedingungen und Grenzen hier nicht aufgezeigt werden können, bleibt die Feststellung relevant, daß die rigiden Entnazifizierungsbestimmungen in Richtung Elitenaustausch sehr nachhaltig von solchen Überlegungen getragen wurden⁴.

US-Kuratel als *demokratisches* Konzept

In den im April 1945 fertiggestellten Direktiven wurde mit aller Deutlichkeit festgehalten, daß die Kontrolle des Propaganda- und Informationsapparats in den ersten Monaten dominieren sollte. In einer ersten Phase sollten alle Medieninstitutionen im Bereich von Presse, Rundfunk, Film etc. aufgelöst werden⁵. Trotz der anzuwendenden rigiden Mittel gab es einen essentiellen Unterschied zur allgemeinen „Austerity“ für Deutschland: „... their primary aim is that of liberation ... even during ... information services control, when little personal liberty of action or expression will be permitted.“⁶ Die Journalistenelite jedoch sollte nach noch strengeren Kriterien ausgesucht werden, um jede „Anschlußidee“ in Form von „Provincialism“ zu verhindern. Diese „Entgermanisierung“ (De-Germanization) war das wesentliche Ziel der ersten konkreten US-Propagandadirektiven im April 1945.

Die Personalisierung und Pathologisierung des Faschismus in Deutschland und Österreich haben zur Folge, daß primär durch eine negative Auslese Posten auch im Bereich der Medien freigemacht werden sollten, um diese durch „Anti-Faschisten“ im weitesten Sinn zu ersetzen. Das heißt, daß „Militarists“, „Ardent Nazi Sympathisers“ und „Fascists“ zwar nicht automatisch von der künftigen Mitarbeit ausgeschlossen werden sollten, daß aber „broadly speaking, the removal of all categories listed on Table B is mandatory on Information Control officers, with the exception of (a) and (m) where discretion should be used“⁷. Bewußt hat der Verfasser zuerst auf jene Fälle hingewiesen, in denen ein „Gnadenrecht“ zumindest theoretisch postuliert wurde. Sie beweisen, wie umfassend und total die „Säuberung“ geplant war.

Die in dieser Direktive genannte Tabelle A, die die automatisch zu entlassenden Personen anführte, entsprach — ebenso wie die eben zitierte — den generellen Entnazifizierungsrichtlinien und sollte zahlreiche Personengruppen umfassen: Kriegsverbrecher, Funktionäre der NSDAP im weitesten Sinn,

Gliederungen der NSDAP (SS, SA, etc.), angeschlossene Verbände (Reichsbund der Deutschen Beamten, NS-Volkswohlfahrt, etc.), betreute Organisationen (Deutsches Frauenwerk, Reichsbund Deutsche Familie, etc.) und andere Organisationen (unter ihnen auch die Reichskulturkammer) sowie eine Reihe anderer Institutionen. Insgesamt sollten Funktionäre von 171 Institutionen nicht weiter verwendet werden⁸. Bei Liste B wurde versucht, inhaltliche Kriterien einzuführen, die sich vor allem im Punkt 3 sehr wesentlich von den in Deutschland anzuwendenden Bestimmungen unterschieden, da auch der austrofaschistische Funktionär und Mitläufer kontrolliert werden sollte. Im Gegensatz zu diesen in den USA und in London dem „deutschen“ Beispiel nachgebildeten Richtlinien hatte die für die Durchführung der „Psychological Warfare“ (PWB) zuständige Einheit in Italien liberalere Richtlinien erstellt, die im „Freeborn Memorandum No. 10“ zusammengefaßt wurden und vor allem gegen Reichsdeutsche und NSDAP-Funktionäre gerichtet waren⁹. Das große Problem bei dieser geplanten „Elitensäuberung“ lag sicherlich in der Frage, ob genügend antifaschistische Experten zur Verfügung standen. Diese Überlegungen fanden aber in die Direktiven kaum Eingang.

Der historisch orientierte Kommunikationswissenschaftler Hausjell stellte sogar starke Kontinuitäten zu undemokratischen Traditionen im Austrofaschismus und Nationalsozialismus fest, da beide Regime die Medien mehr oder weniger konsequent kontrollierten — ein Zwangssystem, das vor allem von den Nationalsozialisten perfektioniert wurde: „Von 123 erfaßten Redakteuren, die zwischen 1945 und 1947 bei neun Wiener Tageszeitungen arbeiteten, waren 30,9% vor 1938 bereits als Journalisten tätig“ — sie gingen entweder in Emigration oder in andere Berufe. „39,8% hingegen waren unter der NS-Herrschaft oder in anderen faschistischen Staaten zumindest zeitweise als Journalisten tätig (11,4% nicht einordenbar, 17,9% journalistisch unerfahren) (...) Die Kontinuität im strengen Sinn war (...) bei den Chefredakteuren wesentlich geringer. Nur 7,7% (oder ein Chefredakteur) war(en) zumindest zeitweise im Faschismus journalistisch tätig¹⁰.“

Mit diesem „Eliteproblem“ wurden die US-Presse-, Rundfunk- aber auch Film-, Theater- und Kulturoffiziere vom ersten Moment an konfrontiert. Obwohl nicht ganz klar war, ob nach den strengen oder zurückhaltenderen Direktiven vorgegangen werden sollte, wurde sehr bald versucht, das Verbot jeder Medientätigkeit durch Zeitungen und Rundfunksender unter US-Kontrolle aufzuheben. Es bleibt jedoch zu bezweifeln, ob dieser rasche Wechsel von rigider Bestrafung und Medienaktivität unter amerikanischer Ägide die wenigen Widerstandskräfte im Lande

zu besonderer Mitarbeit anspornte. So wurden auch die spontanen Zeitungsgründungen rasch wieder verboten; zum Beispiel die am 8. Mai 1945 als Tageszeitung geplante „Welser Zeitung“, die „Mondseer Nachrichten“, das „Lambacher Nachrichtenblatt“, die „Innviertler Volkszeitung“, die „Salzkammergut-Stimmen“, das „offizielle Organ der österreichischen Freiheitsbewegung für Bad Ischl und Umgebung“¹¹. Das Argument leitender Propagandaoffiziere wie James M. Minifie (ein bekannter Kanado-amerikanischer Journalist)¹², daß in Linz nur deshalb so wenig Lizenz-Ansuchen gestellt wurden, „because they had not been able to find editorial management of the quality they wanted“¹³, ist nur zu einem Teil berechtigt, da Antifa-Gruppen bereits von allem Anfang an entmutigt wurden, Zeitungen zu gründen. Vielleicht wäre es möglich gewesen, den Mangel an geschulten antifaschistischen Journalisten durch aktive, aufrechte Demokraten zu beheben.

Der große Unterschied zu Italien, wo sich bereits noch während der faschistischen Herrschaft eine ansehnliche Untergrundpresse etabliert hatte¹⁴, die auch den Amerikanern Schwierigkeiten bereite, war, daß ein autoritäres Demokratieverhältnis während der 1. Republik, die als formale Demokratie nur zwischen 1918/1919 und 1933/1934 existierte, verstärkt durch die entsprechenden Anpassungs- und Unterordnungsprozesse im Austrofaschismus und Nationalsozialismus dazu führte, daß die US-Zensur-offiziere anfangs keine Schwierigkeiten mit ihren österreichischen Untergebenen hatten: „The Austrian staff of our papers did not find it reasonable we should ask them to produce a paper reflecting our ideas and along our lines ... but their very individuality made the Italian editors much livelier watchdogs of the public weal ... than the Austrians dared to be¹⁵.“

Der erste Selektionsprozeß betraf österreichische Mitarbeiter für den „Österreichischen Kurier“, der am 30. Mai 1945 erstmals für die „Österreichische Bevölkerung“ von der „12. Heeresgruppe“ herausgegeben wurde. Gleichzeitig wurde das „Decree No. 10“ affiziert, das die totale Kontrolle aller Publikationen, des Rundfunks, der Nachrichtendienste, der Filme, der Theater und der Musikveranstaltungen postulierte, und Übertretungen unter strenge Strafen stellte¹⁶. Für Herstellung, Vertrieb und Verwaltung wurde jener Mann „übernommen“, der vom damaligen Polizeidirektor Gaspelgruber zum kommissarischen Leiter des ehemaligen NS Gau-Verlags und der „Salzburger Druckerei“ bestellt worden war: Max Dasch¹⁷. Dasch war seit dem Jahre 1927 Mitglied der Christlichsozialen Partei; 1937/1938 leitete er als Direktor die Zaurith'sche Buchdruckerei und wurde anfangs von den Nationalsozialisten als Technischer Leiter der neuen NS-Gauverlags GmbH über-

nommen. Laut eigenen Angaben wurde Dasch im November 1939 für politisch untragbar erklärt und als technischer Leiter zum Zeitungsvlag Krakau nach Polen versetzt, von wo er erst im Januar 1945 auf Grund der Kriegereignisse zurückkehren konnte¹⁸.

Während bei Dasch in weiterer Folge weder politische noch wirtschaftliche Probleme in seinem Aufgabenbereich auftraten, hatten die US-Offiziere bei der Auswahl der Journalisten, dem ersten Stab, mit dem sie zusammenarbeiteten, weniger Glück. So arbeitete beispielsweise Wolfgang Thomas einige Zeit im Bereich Kultur. Thomas wurde jedoch 1946 die Aufnahme in die österreichische Journalistengewerkschaft verweigert, da er nach eigenen Angaben aus dem Jahre 1936 seit 1931 unter der Nummer 1. 521. 702 Mitglied der NSDAP in Berlin war¹⁹.

Schwierig war die Personalauswahl jedoch in der Praxis. So zeigen sich bei einem von den Nationalsozialisten wegen Hochverrats verurteilten und inhaftierten ehemaligen „Illegalen“, Viktor Reimann, größere Schwierigkeiten, da er sehr bald offen für die politische Wiederzulassung einer betont nationalen Partei eintrat und bis heute eine Darstellungsweise der Phänomene Antisemitismus, Faschismus und Nationalsozialismus bevorzugt, deren Sprach- und Vorstellungsmuster eher in die 30er und frühen 40er Jahre passen²⁰. Gemeinsam mit Reimann war jedoch ein zweiter politisch Verfolgter von den Nationalsozialisten inhaftiert worden: Rudolf Strasser von Győrvar, wie Reimann Mitglied der Widerstandsgruppe Roman Scholz²¹. Beide waren vom Zuchthaus Straubing nach Salzburg gekommen und arbeiteten damals für die „Salzburger Nachrichten“. Im Gegensatz zu Reimann arbeitete Strasser später entsprechend US-Planungsvorstellungen — zuletzt als Korrespondent von Radio Austria in New York und als Bankier.

Derartige Probleme gab es jedoch auch bei der Rekrutierung von Personal für den Sender Rot-Weiss-Rot, der in deutscher Sprache unter amerikanischer Leitung aktiv wurde. So wurde Erich (von) Kunsti unter Hinweis auf eine angebliche Mitgliedschaft bei der NSDAP in Österreich vor 1938 und auf Grund seiner hohen Position im Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung, sowie wegen der Fälschung des Fragebogens der US-Militärregierung im Juni 1946 entlassen²². Bei dem Programmleiter Geza Rech wiederum stellten die US-Behörden erst 1950 dessen Zugehörigkeit zur NSDAP seit 1. Juni 1933 (Mitgliedsnummer 1. 623. 277) fest²³. Rech mußte auf Drängen des Counter Intelligence Corps — trotz Interventionen des Landeshauptmannes und des Erzbischofs von Salzburg — die Sendergruppe verlassen.

Daß die Prüfung der politischen Verhaltensweise während des NS-Regimes — auf die Prüfung des

Vorwurfs von Austrofaschismusanfälligkeit wurde nach dem Fall Canaval, auf den noch reflektiert werden wird, ab Ende 1945 vollends verzichtet — auch die Gefahr der Durchsetzung persönlicher Karrierevorstellungen bzw. inhaltlicher Berufskriterien implizieren konnte, zeigt sehr deutlich die Entlassung des österreichischen Chefredakteurs des im August 1945 in Wien gegründeten „Wiener Kuriers“, der überregionalen US-Zeitung für Österreich. An Hand der vorliegenden Akten läßt sich eindeutig nachweisen, daß Oskar Maurus Fontana keinerlei belastende nationalsozialistische Vergangenheit besaß — abgesehen von einzelnen Kulturkritiken in der NS-Kulturzeitschrift „Das Reich“²⁴ und einer Auftragsarbeit anläßlich des 50. Geburtstags des Reichsministers für Bewaffnung und Munition, Fritz Todt, mit dem Titel „Beton am Atlantik“, die jedoch den Amerikanern nach 1945 nicht bekannt wurde; diese Novelle hatte so gut wie keine Verbreitung gefunden (Auflage 100 Stück) und erweist sich als völlig harmlos²⁵. Während Fontana den „Wiener Kurier“ als Nachrichtenblatt mit kultureller Betonung und vor allem ohne Präferenz für politische Parteien, jedoch eindeutig antifaschistisch und betont demokratisch gestaltete, hatte der US-Kontrolloffizier Hendric J. Burns, ein ehemaliger Berliner Journalist, der über Österreich in die USA emigriert war, andere Pläne, die in Richtung einer Umstrukturierung der Zeitung nach amerikanischen Vorbildern gingen (u. a. Einführung eines ständigen Leitartikels, in dem die wichtigsten Ereignisse der Woche zusammengefaßt dargestellt wurden)²⁶. Obwohl Burns die Anti-Hitler-Koalition selbst noch nicht in Frage stellte, legte er besonderen Wert auf amerikanische Selbstdarstellung, die die Funktion einer Reeducation im Sinne eines idealisierten Demokratieverständnisses amerikanischer Prägung haben sollte. Im Gegensatz zur US-Politik in Deutschland, wo in der ersten Phase vor allem „linke“ (sozialistische, kommunistische) Journalisten zur Mitarbeit an amerikanischen Zeitungen herangezogen worden waren²⁷, um ja keine ehemaligen Nationalsozialisten sozusagen als „getarnte schreibende Werwölfe“ einzustellen, wurden in Westösterreich und in weiterer Folge in Wien eher ehemalige christlichsoziale bzw. parteiunabhängige bevorzugt. Dies scheint teilweise in der Sozialisation der Presseoffiziere (Albert van Eerden war ein überzeugter Katholik) begründet zu liegen, aber auch in der Tatsache, daß viele „linke“ Journalisten emigriert waren, da beispielsweise selbst das spätere kommunistische „Salzburger Tagblatt“ „Verstärkung“ aus Wien anfordern mußte. Der ursprüngliche Lizenzträger, Ferdinand Eisenprobst, hatte intensive NS-Kontakte gehabt und wurde daher von den Amerikanern abgelehnt; 1946 wurde er von der Salzburger Staatspolizei wegen Verdachts der

„illegalen“ Zugehörigkeit zur NSDAP verhaftet²⁸.

Insgesamt gesehen hatten die ersten US-Kontrolloffiziere entweder nicht die Ausbildung oder die Zeit (auf Grund organisatorischer Überlastung), um eine echte demokratische Reorientierung durchzuführen zu können; so schreibt auch Reimann über seinen Chefredakteur Ehrmann, daß er Grafiker von Beruf war und daß er „ein liebenswerter und fairer Mann war, den nur der Umbruch, nicht aber der Inhalt der Zeitung interessierte²⁹.“ Die Kontrolltätigkeit beschränkte sich in den meisten Fällen 1945 nur auf eine passive.

Lizenzierungspolitik als Instrument indirekter Medienkontrolle

Während bereits bei der direkten Kontrolle Planungsansätze und die tägliche Praxis häufig divergierten und vor allem die „demokratische Reorientierung“ keineswegs förderten, vergrößerten sich diese Differenzen bei der Erteilung von Zeitungslizenzen. Zwar gab es grundsätzliche Überlegungen zur Verwendung „antifaschistischen Personals“, wie bereits gezeigt werden konnte, aber diese Sandkastenspiele korrelierten keineswegs mit der gesellschaftspolitischen Realität im Nachkriegsösterreich — dominiert von überdurchschnittlicher Anpassungswilligkeit und aktiver Betätigung im Sinne nationalsozialistischer Ideologeme. Dazu kam auch noch der österreichische Sonderfall, das heißt, daß bereits seit 1933 die Demokratie als Institution heftigst auf allen gesellschaftlichen Ebenen von Austrofaschisten und Nationalsozialisten bekämpft wurde, eine politische Grundhaltung, die mit dem Kampf gegen den Nationalsozialismus begründet wurde — eine Fehleinschätzung, die im März 1938 eigentlich allen politischen Entscheidungsträgern hätte bewußt werden sollen. Mit anderen Worten ausgedrückt: Das echte demokratische Potential in Österreich im Sinne von ideologischer Grundeinstellung jenseits parteipolitischer Grenzen war überaus klein, nachdem der Austrofaschismus Sozialdemokraten und Kommunisten und der Nationalsozialismus die „Juden“ ausgeschaltet hatte — gleich ob sie sich als solche empfanden oder nicht. Dieser intellektuelle Aderlaß im weitesten Sinn wurde durch die nationalsozialistische Ausbildungspolitik nur noch verstärkt.

An dieser Stelle sollte darauf hingewiesen werden, daß „demokratische Improvisation“ im Sinne von aktiver ideologischer „Umerziehung“ in der Praxis kaum versucht wurde, da derartige Programme den strengen militärischen Kategorien der Besatzungspolitik hätten entgegenwirken können. Primäres Ziel der US-Besatzungspolitik in Österreich war die Ausübung totaler Kontrolle — Erziehung zum Widerspruch war hier nicht eingeplant. Nur im Bereich

des Senders Rot-Weiß-Rot versuchte der Nicht-Radiofachmann und deutsche Emigrant Hans Cohrssen als Radio Officer demokratische Diskussionen als Radio-Fora einzuführen, aber auch durch offene politische Vorträge zur Diskussion über Nationalsozialismus und die neuen demokratischen Möglichkeiten anzuregen³⁰. Diese bewußte Austrofizierung und demokratische Auseinandersetzung waren der Grund für Cohrssens Ablösung — für Experimente war 1945/1946 kein Platz in der Besatzungspolitik.

Als möglichen Partner für Lizenzierungen sahen die US-Presseoffiziere Funktionäre der zugelassenen politischen Parteien und Einzelpersonen ohne Couleur, wobei jedoch diese in eine Art antifaschistisches Herausgeberteam eingebunden werden sollten — aber erst nach der Anerkennung der politischen Parteien durch die US-Besatzungsbehörde — sowie politische Zeitungen, die ebenso wie das „Neue Österreich“ Vertreter aller politischer Parteien vereinigen sollten — vermehrt durch einen Parteilosen. Einzel-Permits für nichtpolitische Zeitungen konnten an „Private“ ausgegeben werden, wenn sie den Richtlinien entsprachen³¹.

Es ist keine Frage, daß der Handlungsspielraum der Information Services Branch in dieser Frage der Lizenzerteilung ein relativ großer war, solange keine ehemaligen Nationalsozialisten miteinbezogen wurden. Anfangs wurden diese Direktiven im Sinne der Planungsüberlegungen sehr streng ausgelegt³². Aber auch in einer anderen Richtung wollten die Amerikaner eine breite Faschismusinterpretation realisieren — unter bewußter Einbeziehung des Austrofaschismus. Aus diesem Grund wurde der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „Sturm über Österreich“, dem Zentralorgan der militant organisierten „Sturmscharen“, aufgrund einer Empfehlung des zuständigen Counter Intelligence Corps (CIC)-Offiziers vorerst nicht als möglicher Zeitungsherausgeber in Betracht gezogen³³. Erst nach massiven Interventionen von Seiten lokaler ÖVP-Politiker in Salzburg und des Erzbischofs wurde diese Entscheidung von der ISB zurückgenommen, wodurch aber gleichzeitig der Verzicht auf die umfassende „Entfaschisierung“ Österreichs signalisiert wurde, der im Herbst 1945 auch auf der Ebene der Salzburger Landespolitik nach massiven Interventionen des Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten, Karl Gruber, beim Department of State entsprochen wurde: Ehemalige prominente Funktionäre des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes durften weiterhin tätig bleiben³⁴. Zum Unterschied von diesen „Lokalgrößen“ konnte aber Canaval zumindest auf seine Haftzeit während der nationalsozialistischen Herrschaft hinweisen: 7 Jahre lang war er wegen „politischer Propaganda und Rede gegen Nationalsozialismus und wegen Zusam-

menarbeit mit Juden im KZ Dachau bzw. Flossenbürg“ inhaftiert gewesen — als privilegierter politischer Häftling³⁵.

Bei dem Journalisten Viktor Reimann wurde seine Mitgliedschaft bei der in Österreich verbotenen NSDAP und versuchte Übernahme in die „reichsdeutsche“ NSDAP, dem auch eine innere ideologische Überzeugung entsprach, als österreichischer Mitarbeiter für die „Salzburger Nachrichten“ nicht einmal thematisiert. Da er im Februar 1941 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verhaftet und im Dezember 1943 zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust vom Volksgerichtshof verurteilt worden war³⁶, galt er als idealer „befreiter“ Journalist, der am Wiederaufbau des österreichischen Pressewesens mitarbeiten sollte. Daß er „erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1938 zum Gegner der NSDAP“³⁷ wurde — also offenbar enttäuscht über die Dominanz der reichsdeutschen Parteigenossen war —, sich aber von der NS-Ideologie primär nur in Fragen der persönlichen Freiheit, Kirchenpolitik und der religiösen Kindererziehung unterschied, war 1945 nicht bekannt.

Beide genannten Fälle zeigen wie schwierig, wenn nicht überhaupt unmöglich es 1945 war, aufgrund formaler Erkenntnisse Rückschlüsse auf die politische Einstellung der einzelnen Lizenzwerber zu ziehen. Canaval und Reimann waren auch die ersten, die im Zeitungsbereich zumindest seit 1946 eine unkritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus forcierten, wobei ohne wirkliche politische Auseinandersetzung ein „Schlußstrich gezogen“ werden sollte³⁸. Das Phänomen des Faschismus sollte mit all seinen Schattierungen verdrängt werden — eine Doktrin, der die Vorstellung der „Stunde Null“ Vorschub leistete. Alles innerhalb der Gesellschaft sollte neu beginnen, ohne wirklich die Ursachen zu verstehen und entsprechend in der Zukunft zu handeln.

Aber auch ein anderes Phänomen trat im Zusammenhang mit den Lizenzerteilungen auf: Karrieremacher. Besonders signifikant ist in diesem Zusammenhang das Beispiel des ersten Nachkriegspressesaren, Hans Behrmann. Als ehemaliger KZ-Häftling, der auch bei der Auflösung des Lagers Mauthausen aktiv mitgearbeitet hatte, galt er als idealer Unabhängiger. Sehr bald wurde er der Vertrauensmann der Amerikaner bei den „Oberösterreichischen Nachrichten“, der schließlich die Agenden eines Geschäftsführers und Herausgebers — letztere Funktion gemeinsam mit fünf anderen Partnern — ausüben sollte³⁹. Spätestens nach der Währungsreform kam er aufgrund seiner geschäftlichen Aktivitäten in finanzielle Schwierigkeiten und mußte die von ihm und Canaval betreute Vertriebsfirma „UZV“ (Unabhängige Zeitschrif-

tenvertriebs-Gesellschaft m. b. H.) liquidieren, die als umfassendes Vertriebsnetz für amerikanische und österreichische Publikationen geschaffen worden war⁴⁰. Seit Mitte 1948 leitete daher der US-„Wiener Kurier“ nach finanziellen Unregelmäßigkeiten seinen Vertrieb selbst. In weiterer Folge war Behrmann in mehrere dubiose Affären verwickelt, wobei seine manipulierte Vergangenheit publik wurde — so hatte er sich ein Doktorat angeeignet und seine Karriere „frisirt“, primär um als möglichst qualifiziert zu gelten⁴¹.

Zusammenfassend wäre zur Lizenzierungspraxis zu sagen, daß der Handlungsspielraum der US-Presseoffiziere theoretisch relativ groß war, daß aber aufgrund der spezifischen österreichischen Traditionen das Angebot ziemlich klein blieb. Das demokratische Potential wurde auch dadurch verkleinert, daß die Amerikaner zu keinen Experimenten bereit waren, und daß sie gerne Leute forcierten, mit denen sie bereits von allem Anfang an zusammengearbeitet hatten. So zum Beispiel bei den „Oberösterreichischen Nachrichten“ Franz Lettner und Hans Behrmann⁴². KZ-Haft galt bereits als formale Qualifikation, wobei jedoch eine branchenspezifische Qualifikation forciert wurde. Eines wurde aber sicherlich nie wirklich versucht: „Training for young journalists and give REFRESHER COURSE to others who left the journalistic field under Nazi pressure“⁴³.

Die Überschätzung des demokratischen Potentials, der Verzicht auf Emigranten (die die innerpolitische Stabilität im Sinne der militärischen Besatzungsmechanik hätten stören können), die Stärke österreichischer Personal- aber auch verdeckter inhaltlicher Kontinuitäten, d. h. die restaurativen Traditionen, die keineswegs demokratischen Ursprungs waren, führten zu einer seltsamen Mischung im Bereich der Herausgeber und Journalisten, die sicherlich einer radikal-demokratischen Neuorientierung nicht gewachsen und höchstens zu einem strikt formal-demokratischen Ansatz prädestiniert waren.

Es könnte der Einwand erhoben werden, daß die oben skizzierte Personalisierung eigentlich keinen so großen Einfluß auf die tatsächliche Entwicklung des Journalismus hatte. In dem Zusammenhang muß festgehalten werden, daß die ersten Lizenzträger nach 1945 in einer politischen und ökonomischen Situation eingesetzt wurden, die durch die absolute Machtbefugnis der Alliierten geprägt war. Sie wurden in einer Zeit neuer politischer, sozialer und ökonomischer Weichenstellungen etabliert und konnten die Entwicklung der politischen Kultur nach 1945 sehr maßgebend beeinflussen, da die Lizenzträger wieder jene Leute zur weiteren Mitarbeit heranzogen, die auch ihren politischen Vorstellungen entsprachen.

Der große Unterschied zu Deutschland liegt in

der Dauer der Lizenzbefugnis, die in der US-Zone Deutschlands erst im Herbst 1949 durch eine General-*lizenz* aufgehoben wurde⁴⁴. Dadurch gelang es den Amerikanern wesentlich intensiver auf die Lizenzträgerauswahl Einfluß zu nehmen, während sich in der US-Zone in Österreich eigentlich nur ein prominenter Fall einer Lizenz-Verweigerung nachweisen läßt, als Herbert Kraus — 1949 sollte er mit Reimann gemeinsam eine deutschnationale Partei, den WdU, bei den Nationalratswahlen als „liberale“ Aushängeschilder repräsentieren — keine Lizenz für seine christlich-konservative und überregionale „Länder-Zeitung“ erhielt⁴⁵, sondern nur eine Lizenz für eine „wissenschaftliche“ Zeitung, die jedoch ebenfalls Publizität erlangte, als erstmals die Gesetzgebungen gegen die Nationalsozialisten in einem Artikel heftig kritisiert wurden⁴⁶.

Untersucht man beispielsweise die Personalrekrutierungspolitik des Lizenzträgers Gustav A. Canaval, so wird man feststellen, daß bereits im Herbst 1945 die Weichen für die redaktionelle Linie gestellt waren, die von konservativen bis rechtslastigen Inhalten geprägt waren: Neben Reimann spielt bereits 1945/1946 Dalma eine wichtige Rolle bei den „Salzburger Nachrichten“ — US-Geheimdienstberichte stellen 1952 fest, daß „Tomicic Stjepan ... was also official Croatian Government press attache in Berlin, special assignment making liason with Croatian workers in Germany⁴⁷“. Bereits während des Krieges ein relativ bekannter Journalist, gelangte er 1945 über Innsbruck nach Salzburg, wo er in katholischen Kreisen rasch Kontakte fand und eine Nichte Canavals heiratete. „He publicly defended the Ustasha and its activities ... and makes frequent trips to Rome⁴⁸“. In weiterer Folge sollten auch Gerd Bacher und Ilse Leitenberger, beide extrem konservative Journalisten, innerhalb der österreichischen Medien eine prägende (Bacher) und einflußreiche Rolle spielen, deren Auswirkungen auch heute deutlich — so bei den Kommentaren von Frau Leitenberger zur „Vergangenheitsbewältigung“ — in Richtung eines restaurativen rechts-konservativen Journalismus gehen.

Zensur: Instrument der politischen Reorientierung oder Ausdruck verordneter und kontrollierter Demokratie?

Trotz der Übergabe der ehemaligen US-Zeitungen „Salzburger“ und „Oberösterreichische Nachrichten“ an österreichische Lizenzträger und die Zulassung von Parteizeitungen und in weiterer Folge auch von anderen Wochen- und Monatsschriften behielt sich die US-Besatzungsmacht das Recht zur Nachzensur vor. Das heißt, daß bei Verstößen gegen entsprechende Medienvorschriften, die Zeitung eine

Zeitung nicht erscheinen durfte oder im günstigeren Fall eine Rüge erhielt. „Unter Strafe“ gestellt waren als Folge amerikanischer, aber auch alliierter Vorschriften (Dekret des Alliierten Rates vom 11. Oktober 1945 über die Pressefreiheit) die Propagierung von nationalsozialistischen und völkischen Ideen, rassistische Propaganda, die Verbreitung faschistischer oder antidemokratischer Ideen, Versuche die Einheit der „Vereinten Nationen“ zu stören, die Unterstützung militaristischer Vorstellungen (Pangermanismus, deutscher Imperialismus) und Verstöße gegen die militärische Sicherheit (Aufrufe zu Aufständen, etc.)⁴⁹.

Es gab durchaus Versuche amerikanischer Presseoffiziere auch durch Gespräche auf die Gestaltung der Presse weiterhin Einfluß zu nehmen. So intervenierte ein US-Journalist, Theodore Kagan, der für die US Army arbeitete, bei Dasch und Canaval, weil bereits im Januar 1946 die „Salzburger Nachrichten“ nach Ansicht der Amerikaner wichtige „stories“ wie die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse „hinunter-spielten“, aber durchaus an antisowjetischen Artikeln, wie an einem Beitrag von Alfons Dalma über die Iran-Frage interessiert waren — wobei im konkreten Fall die harmlose „Headline“, „Rußland ohne Stimmrecht in der Iran-Frage“, die tatsächliche Tendenz des antisowjetischen Artikels kaschieren sollte⁵⁰.

Kritik an der Militärregierung in Österreich erfuhr jedoch eine wesentlich schärfere Reglementierung als die „unwillige“ antifaschistische Berichterstattung und so wurden das „Salzburger Tagblatt“ und das „Demokratische Volksblatt“ wegen eines Artikels, „Das Maß ist voll“, über die Ermordung eines Eisenbahners und KZlers durch „Displaced Persons“ zu einer Woche Erscheinungsverbot — wegen ihrer bisher loyalen Haltung jedoch bedingt — verurteilt⁵¹.

Als jedoch der Chefredakteur des sozialistischen Linzer „Tagblatts“, Alois Oberhummer, die längst als politisches Ideal antiquierten sozialdemokratischen „Anschluß-Vorstellungen“ aufwärmte und schrieb, daß „es kein österreichisches Volk in Österreich gibt ... sondern nur österreichische Staatsbürger deutscher Nationalität⁵²“, wurde der Zeitung vorübergehend die Lizenz entzogen. Im Februar 1946 wurden derartige Parolen — zum Unterschied von heute — nicht geduldet.

Trotz einiger weiterer Verbote aus antifaschistischer Motivation („Die Woge“ für ein Monat bzw. diverse Briefe an den „Rupertusboten“ und „Die Furche“) wurde die unabhängige Presse nicht zur Durchführung der ursprünglich geplanten demokratischen Reorientierung gezwungen, so daß nach einigen Monaten die Press Scrutiny Section nur mehr resignierend die überaus zurückhaltende antifaschistische Linie der auflagenstärksten westösterrei-

chischen Zeitung, der „Salzburger Nachrichten“, feststellen konnte.

Das repressive pressepolitische Mittel der Nachzensur, dem unleugbar militärischer Charakter anhaftete, paßte auch nicht in das neue Konzept der US Information Services Branch, die sich seit 1946 zunehmend nicht mehr auf eine kurze Besetzung wie in Italien, sondern auf längerfristige Besetzungsaufgaben einrichtete, ohne die US-Präsenz — gegen die es starke Widerstände innerhalb der Bevölkerung gab — allzu deutlich spürbar werden zu lassen. Die ursprünglichen Pläne zur längerfristigen Beeinflussung des österreichischen Zeitungslebens wurden nicht mehr direkt, sondern durch inoffizielle Unterstützung der „unabhängigen Presse“ und durch das offizielle Besatzungsorgan „Wiener Kurier“ und die erfolgreiche Sendergruppe „Rot-Weiß-Rot“ realisiert, wobei sich die Grundsätze 1946/1947 in Richtung Antikommunismus unter gleichzeitigem Verzicht auf Propagierung des Antifaschismus zu verschieben begannen.

Dies zeigte sich ganz deutlich, als am 22. März 1946 der aus dem Londoner Exil zurückgekehrte Journalist und damalige Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“ die Zensurmechanismen der Alliierten bloßstellte — vor allem unter dem Gesichtspunkt des beginnenden „War of Words“⁵³. Pollak meinte überdies vertraulich, „daß die Amerikaner sehr darauf aus sind, auf dem Wege über das, was heute alliierte Zeitungen sind, später österreichische Zeitungen vorzubereiten, die im Gegensatz zu den Parteiblättern ‚unabhängig‘ sein sollen, d. h. kapitalistisch und vom ausländischen Kapital kontrolliert — eine Entwicklung, die in der heutigen amerikanischen Zone demonstrativ und beinahe aggressiv betrieben wird“⁵⁴. Obwohl er seine öffentlichen Angriffe fortsetzte und US-Presseoffiziere intern vehement und mehrfach die Entlassung Pollaks als Chefredakteur forderten, lehnten die entscheidenden Stellen innerhalb der US-Administration in Österreich jede „Bestrafung“ Pollaks ab, denn er hatte sich auf Grund der permanenten antikommunistischen Berichterstattung der „Arbeiter-Zeitung“ das Privileg erkaufte, gelegentlich auch Seitenhiebe gegen die US-Medienpolitik austeuern zu dürfen. Bundespräsident Karl Renner formulierte dieses politische Kalkül der Amerikaner etwas bildhafter, als er davon sprach, Pollak keinesfalls „den russischen Wölfen auszuliefern“⁵⁵, da die Sowjets im Alliierten Rat bereits mehrfach die Bestrafung Pollaks gefordert hatten.

Gegen kommunistische Tageszeitungen und deren Redakteure wurden bei Angriffen gegen die Besatzungsmacht, im konkreten Fall in Oberösterreich durch die „Neue Zeit“, sehr wohl Maßnahmen gesetzt. Der Redakteur wurde wegen seines Berichts über einen US-Polizeioffizier im Zusammenhang mit

„Polizeisäuberung in Linz“ zu zwei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 600 Schilling verurteilt⁵⁶ der Herausgeber entlassen.

Obwohl die formale Aufhebung der alliierten „Deklaration über die österreichische Pressefreiheit“ vom 1. Oktober 1945 erst im Juni 1955 erfolgte⁵⁷, waren deren Nachzensurbestimmungen seit 1946/1947 nicht mehr gültig, da eine interalliierte, gesetzlich notwendige Einigung in den meisten Einzelfällen nicht mehr erzielt werden konnte. Der endgültige Verzicht der US-Pressepolitik auf Nachzensur war durch eine ideologische Nachjustierung auf totale antikommunistische Propaganda bewirkt worden und war keineswegs ein geplanter weiterer Schritt zur antifaschistischen Reorientierung und demokratischen Neugestaltung der österreichischen Presse.

Je länger die Besetzung dauerte, desto deutlicher wurde die politische Zuverlässigkeit österreichischer Redakteure in außenpolitischen Fragen. So ersucht 1948 Canaval um vertrauliche Weisungen seitens der US-Behörden im Rahmen der antikommunistischen Propaganda — ein Ansinnen, welches einen Offizier der seit 1945 in Salzburg aktiv war, van Eerden, überraschte: „The reasons for the request are undoubtedly sincere but we are trying to help set up a free press here. Issuing policy guidance is certainly no way to foster a free press“⁵⁸. Überdies bestand gar kein Grund, da die österreichischen Zeitungen aus der Sicht der US-Propagandainstitutionen, die seit 1946/1947 ständige Koordinationssitzungen abhielten, ihre Funktion in antikommunistischer Berichterstattung zur Gänze erfüllten.

Wohl erhielten Canaval und einige seiner Mitglieder „monatlich einige tausend Schillinge zur Verfügung gestellt“, um „eine amerikanerfreundliche Haltung der ‚Salzburger Nachrichten‘ hervorzurufen“⁵⁹; doch wurden diese Zahlungen eines „regional public affairs officers“ nur Ende 1950 bis Mitte 1951 geleistet, da dessen Nachfolger, Abraham N. Hopman, diese ab September 1951 nicht mehr fortsetzte, wie er dem Verfasser in einem Schreiben mitteilte⁶⁰.

1952 begannen plötzlich die „Salzburger Nachrichten“ ganz offen die US-Politik in Österreich in Einzelfragen massiv zu kritisieren. Einer der Punkte betraf die geplante Amnestierung von ehemaligen Nationalsozialisten sowie die Wiedergutmachungsfrage in Bezug auf Restitution von Vermögen jüdischer Opfer des Nationalsozialismus, in denen die Salzburger eine „nationale“ Position vertraten. Auch im Besatzungsalltag änderte sich einiges, so daß Canaval am 17. Juli 1952 einen Zwischenfall, in den zwei amerikanische Soldaten verwickelt waren, benützte, um unter dem Titel „Neger in Salzburg“ eine Rassengruppe amerikanischer Soldaten in beschimpfender und hetzender Weise anzugreifen“ — wie dies

der US.-Botschafter Donnelly in einem besorgten Brief an Bundeskanzler Leopold Figl feststellte⁶¹. Bei einer „Off the Record Press Conference“ erklärte Dalma den rassistischen Standpunkt seines Chefs damit, daß „it was very difficult, (...) for a continental European who looked on Negroes only with a sense of detached curiosity to find any human or cultural linkage with them ... The problem here, was not biological but sociological; and it was to be hoped that American authorities, in assessing Austrian reactions to the presence of an ‚African‘ element on their soil, would appreciate the cultural traditions that gave rise to it⁶².“ Botschafter Donnelly verwarf entschieden dieses primitive, „soziologisch“ verbrämte Rassistiskonzept.

Die Konflikte zwischen den „Salzburger Nachrichten“ und den US-Behörden sollten sich noch weiter fortsetzen. In einem Gespräch mit amerikanischen Diplomaten konstatierte der österreichische Außenminister, Karl Gruber, selbst einen deutlichen Ruck nach rechts, wobei die redaktionelle Politik der „Salzburger Nachrichten“ dem allgemeinen Trend entsprach⁶³. Gruber erklärte das Phänomen des Anwachsens von „Neonazismus“ in Österreich mit der wachsenden politischen Bedeutung des deutschnationalen VdU und der gleichzeitigen Fixierung auf Antikommunismus um jeden Preis, eine Grundlinie die die Amerikaner selbst seit 1947 kontinuierlich vertraten. Eine Beeinflußung der „Salzburger Nachrichten“ wäre seiner Meinung nach nur durch zwei Komponenten zu erzielen: „... American money and willingness to resort to threats⁶⁴.“ Wie wenig erfolgversprechend eine derartige mögliche Justierung politischer Zielvorstellungen im Rahmen der „Salzburger Nachrichten“ war, ergibt sich jedoch aus den redaktionellen Grundmotiven Canavals, der im Zusammenhang mit der Gründung des „Bild-Telegrafs“ ganz offen eine Zeitung forderte, die dem „Tenor der rechtsbürgerlichen Mitte entspricht⁶⁵.“

Letzten Endes zeigte es sich aber 1954, daß eine Trendwende durch die Amerikaner nicht mehr durchzusetzen war, da sie die repressiven Maßnahmen der ersten Besatzungszeit de facto nicht mehr benützten. Gleichzeitig war jedoch stillschweigend bereits auf eine antifaschistische Berichterstattung zugunsten antikommunistischer Propaganda verzichtet wurden. Solange österreichische Medien diese primären Zielvorstellungen realisierten, wurden „rechtslastige“ Tendenzen negativ registriert, ohne daß es erfolgversprechende Gegenmaßnahmen geben konnte: Im „nationalen Interesse“ der USA rangierte in den späten 40er und in den 50er Jahren Antikommunismus weit vor Antifaschismus und demokratischer Reorientierung. Der Verzicht auf Zensurmaßnahmen war eine Komponente in einem Maßnahmenkatalog,

um den Österreichern die Besatzung und den Kalten Krieg „verträglicher“ erscheinen zu lassen. Demokratische Kurskorrekturen konnten jedoch in weiterer Folge nicht mehr in die Praxis umgesetzt werden.

„Exchange of Persons“

Mit der Schlagzeile „USA kündigen aktiven Kulturaustausch mit Österreich an. Amerikanische Regierung veröffentlicht Programm für Austausch von Persönlichkeiten des kulturellen Lebens“ propagierte der „Wiener Kurier“ am 1. April 1947 eine der, langfristig gesehen, „erfolgreichsten“ „Umerziehungsprogramme“ der US-Besatzungsmacht.

Unter Hinweis auf die Moskauer Deklaration aus 1943 sollte Österreich als befreites Land gelten und daher auch der Austausch von „Personen beider Länder ..., die auf erzieherischem, publizistischem und religiösem Gebiet an wichtiger Stelle stehen“, bewußt von der US-Regierung gefördert werden, wobei jedoch festzuhalten wäre, daß die Ein- und Ausreise von Zivilisten in Österreich nachwievor unter alliierter Kontrolle stand.

Zu diesen Personenkategorien gehörten Professoren, Lehrer, aber auch „führende Männer der Presse, des Rundfunks und des Filmwesens“. Gerade im Bereich der Journalistik vertraten die Propagandaoffiziere der US-Besatzungsmacht in Österreich die Ansicht, daß primär junge, aufstrebende Talente gefördert werden sollten.

Es sollte jedoch noch bis 1949 dauern, ehe das Programm richtig zu laufen begann. In den ersten Monaten zwischen Ende August 1949 und Juni 1950 fuhren 50 Personen in die USA, 10 davon arbeiteten als Journalisten im Rundfunk oder bei Zeitungen⁶⁶. Bereits am 24. Juni 1949 waren als eine Art „Fact Finding Mission“ zwei Journalisten und eine Redakteurin in die USA gefahren, die jedoch insofern eine Ausnahme darstellten, als Franz Cyrus der Starreporter des unter US-Kontrolle stehenden „Wiener Kuriers“ war und Inge Santner ebenfalls für diese Zeitung schrieb⁶⁷. Karl Siepen repräsentierte auch eine Ausnahme, da er als Direktor der von den Amerikanern mitbegründeten offiziellen „Austria Presseagentur“ fungierte. Insgesamt waren bei diesem Termin 13 Persönlichkeiten auf der Reiseliste.

Während bei den drei eben genannten eher interne Auswahlgründe entscheidend waren, wurde bei der zweiten Gruppe ein kompliziertes Auswahlverfahren erprobt: Nachdem bereits der Leiter der sozialistischen Verlagsgruppe „Konzentration“, Julius Deutsch⁶⁸, eine Liste von möglichen Kandidaten erstellt hatte, wurde ein eigenes Komitee gegründet, dem Journalisten der beiden Parteizeitungen (Schiffleitner für die ÖVP, Hannak für die SPÖ, Ernst Molden für die unabhängige Presse, Siepen für die

APA, zwei Amerikaner aus der Public Information Division, ein Mitarbeiter der Education Division, zwei Repräsentanten des Bundespressedienstes (Meznik und Kronhuber) sowie vier US-Auslandskorrespondenten) angehörten⁶⁹. Die ausgewählten Journalisten sollten an einem ganz besonderen Projekt, dem „University of Missouri Journalism Project“⁷⁰, teilnehmen:

Im Rahmen dieses Projekts sollten zwei Wochen lang Vorlesungen und anschließend eine Reihe von Zeitungen besucht werden, um auch in der Praxis arbeiten zu können (bei den Zeitungen „Des Moines Register & Tribune“, „Kansas City Star and Times“, „St. Louis Star Times“, „Memphis Commercial Appeal“, „Cleveland Ohio News“ and „Plain Dealer“ sowie „Washington DC Post“). Nach zwei Wochen Praxis sollten jene Journalisten und eine Journalistin an die Universität zurückkehren, um über ihre Erfahrungen zu diskutieren.

Das Durchschnittsalter der Gruppe lag bei 30 Jahren. Die Kandidaten wurden aus den Vorschlagslisten der Presse der politischen Parteien und der unabhängigen Presse rekrutiert, wobei jedoch insgesamt ein konservatives Übergewicht zu bemerken war. Dies wurde in realpolitischer Sicht noch verstärkt, da die SPÖ einen Kulturredakteur nominierte — ganz im Gegensatz zur ÖVP, die Hugo Portisch, Redakteur bei der „Österreichischen Tageszeitung“, vorgeschlagen hatte⁷¹. Vergleicht man die übrigen Listen, so wird man feststellen, daß mit Ausnahme von Walter Hacker und Margarete Helfgott keine „politischen“ Redakteure von der SPÖ in die USA geschickt wurden. Das führte zu einem Übergewicht von USA-Experten konservativer Sozialisation in den 60er und 70er Jahren, wobei wiederum nicht so sehr die ÖVP-Kandidaten, denn die Kandidaten der unabhängigen Presse dominierten⁷².

Bei einer Analyse der vorhandenen Auswahllisten⁷³ stellt sich heraus, daß rund 36 Journalisten und Journalistinnen in die engere Wahl gezogen wurden, jedoch konnten nur 44%, das waren 16, tatsächlich fahren. Betrug der Anteil von Journalisten 1949 am gesamten Exchange of Persons Program noch 20% so fiel er 1953 auf unter 10%.

In der folgenden Tabelle sollen die unterschiedlichen Kategorien der Kandidaten untersucht werden — vor allem unter den Gesichtspunkten Geschlecht, Berufsspezifikation nach Medium und politische Ausrichtung des Arbeitgebers. Diese Daten des Selektionsverfahrens werden der Realisierung im Austauschprogramm gegenübergestellt:

	Auswahl (n=36)
Frauen	14% (5 Journalistinnen)
Rundfunk	8% (3)
Printmedien	92% (33)

US Connection	22% (8)
(ehemalige Mitarbeiter v. US-Medien)	
ÖVP-Zeitung	17% (6)
SPÖ-Zeitung	22% (8)
Unabhängig eher konservativ	61% (22)

	tatsächlicher Austausch (n=16)
Frauen	18,75% (3)
Rundfunk	12,5% (2)
Printmedien	87,5% (14)
US Connection	25 % (4)
(ehemalige Mitarbeiter v. US-Medien)	
ÖVP-Zeitung	25 % (4)
SPÖ-Zeitung	18,75% (3)
Unabhängig, eher konservativ	56,25% (9)

Neben dem geringen Frauenanteil fällt vor allem auf, daß die Printmedien eindeutig bevorzugt wurden, was auch darauf zurückzuführen ist, daß die österreichischen Mitarbeiter des US-Senders Rot-Weiß-Rot ihre Arbeitgeber voll überzeugt hatten und auch in der politischen Propaganda sehr erfolgreich waren. Weniger zufrieden waren die US-Pressesoffiziere, vor allem der Journalist und Chefredakteur des „Wiener Kurier“, Theodore Kaghan, mit dem österreichischen Journalismus. Im folgenden sollen Kaghans Kritikpunkte im Original wiedergegeben werden, um die Zielrichtung seiner Argumentation und seiner redaktionellen Handlungsweise besser zu skizzieren:⁷⁴

“The Kurier, at first, was not a great success because it made the mistake of allowing Austrian editors too free a hand. ... Its news coverage was second-rate because the editors were allowed to devote too much space to journalism, European-style, instead of news, American-style. The paper was heavy with culture and light on facts. News was compressed and brief, the headlines rarely stated a fact, they merely announced a subject ... The chief aspect of the new approach was the American presentation of news, with headlines to attract the eye and to tell a story. Although European-style reading matter was retained, space was juggled so that a considerable amount of world news was brought to the public daily in a brief, concise, factual manner ... Indeed, it was the example of the Wiener Kurier that influenced the rest of the Vienna press toward giving more space to factual news of the world in order to compete with the Kurier.”

In dem Zusammenhang wurde jedoch nicht vergessen, daß der „Wiener Kurier“ auch politische Aufgaben im Dienste der amerikanischen Besatzungsmacht zu erfüllen hatte. Bei der Auswahl der nach modernsten US-Richtlinien auszubildenden Journalisten sollte jedoch die politische, „prowestliche“ Grundlinie dominieren. Während 1947 „nur“ die Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer ihrer Gliederungen ein Hinderungsgrund für die Teilnahme an dem offiziellen

Austauschprogramm war — die US-Geheimdienste kümmerten sich jedoch bei der Immigration von Wissenschaftlern und Technikern mit NS-Vergangenheit nicht darum —, wurde 1949 über die „Policy regarding Austrian specialists with Nazi or ‚pink‘ backgrounds“ diskutiert⁷⁵, wobei die Weisung aus Washington lautete, „that individuals with National Socialist backgrounds could not be considered for inclusion in the program“⁷⁶. Daß sich dies in der Praxis nicht immer realisieren ließ, zeigt der Fall von Karl Siepen, der sehr wohl 1938 als deutschnational eingestuft wurde (Mitglied des „Deutschen Klubs“), verschiedenen deutschnationalen Organisationen angehörte und Parteianwärter der NSDAP war⁷⁷; bereits im April 1938 fungierte er als Verwaltungschef des „Deutschen Nachrichten Büros“ in Wien.

Wie stark sich diese Bestimmungen auch gegen mögliche Sympathisanten des Kommunismus wandten, beweist beispielsweise ein Telegramm des Universitätsprofessors Otto Kauders an den Weltfriedenskongreß in Paris 1949, der von Kommunisten dominiert wurde⁷⁸. Er mußte sich von diesem „politischen Fehler“ distanzieren, sonst wäre er aus dem „Austrian Specialists Program“ gestrichen worden.

Zur Auswahl der Journalisten im Rahmen des „Exchange of Persons Programs“ wäre zu sagen, daß unter den 36 für diesen Beitrag erfaßten Personen später überaus prominente und einflußreiche Persönlichkeiten waren wie die Schriftstellerin Ilse Aichinger, deren Reportagen und Aufsätze teilweise im „Wiener Kurier“ veröffentlicht worden waren⁷⁹. Dazu gehörten auch der sozialistische Journalist Paul Blau⁸⁰, 1967 bis 1970 Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, der spätere Generaldirektor der BAWAG Fritz Klenner⁸¹, der spätere Chefredakteur der katholischen Wochenzeitung „Die Furche“ Willy Lorenz⁸², der prominente Journalist und 1960—1986 Vorsitzende der Sektion Journalisten im ÖGB, Günther Nening⁸³, sowie der Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Viktor Suchy⁸⁴ oder die ständige Kommentatorin der Tageszeitung „Die Presse“, Ilse Leitenberger⁸⁵. Alle Genannten wurden in die engere Wahl gezogen, aber nach den vorhandenen Unterlagen und Listen für die Jahre 1949—1953 nicht in die USA geschickt. Obwohl die Aufzählung beweist, daß viele spätere Spitzenjournalisten und Zeitungsherausgeber von den diversen Gremien des „Exchange of Persons Program“ nicht berücksichtigt wurden, reisten eine Reihe von in weiterer Folge einflußreichen Mediengestaltern in die USA: Franz Grössl⁸⁶, 1951—1963 und 1968—1970 Chefredakteur des ÖVP-Parteiorgans „Das Kleine Volksblatt“ und 1963—1968 Generaldirektor des „Österreichischen Verlages“ der ÖVP sowie 1973—1978 im Bundespressedienst. Von der SPÖ wurde ein anderer prominenter Journalist der

50er und 60er Jahre berücksichtigt, Walter Hacker, ab 1967 Chefredakteur der „Sozialistischen Korrespondenz“ und ab 1976 Internationaler Sekretär der SPÖ⁸⁷. Kurt Hampe⁸⁸, einer der „Pioniere“ des Nachrichtenwesens nach dem Zweiten Weltkrieg und 1947—1959 AP-Chefredakteur sowie in weiter Folge 12 Jahre lang Leiter des österreichischen Informationsdienstes in den USA, gehörte zu den Ersten, die in die USA fahren konnten.

Aber nicht nur „Männer der Praxis“ wurden berücksichtigt, sondern auch Wissenschaftler und hier besonders der Mann, der das Wiener Institut für Publizistik in den 60er und 70er Jahren prägte: Kurt Paupic⁸⁹. Paupic arbeitete seit 1948 als Assistent am Institut für Zeitungswissenschaft und sollte US-amerikanische Medienforschung auch in Österreich bekannt machen. Bemerkenswert ist, daß Paupic jedoch stärker vom Historismus der Wiener Schule geprägt wurde, als von modernen Erkenntnissen der US-Medienforschung, wobei im Dissertationsbereich eine überdurchschnittlich starke Amerika-Fixierung festzustellen ist, jedoch wiederum eher im historischen Bereich.

So dissertierte ein anderer Austauschpraktikant, Hugo Portisch, mit dem Thema „Presse und Pressefreiheit im amerikanischen Bürgerkrieg“, das er während seines Aufenthaltes an der School of Journalism, University of Missouri, vorbereitet hatte⁹⁰. Portisch sollte die sicherlich größte Karriere jener Journalisten machen, die vom „Exchange of Persons Program“ erfaßt worden waren: 1950—1953 Ressortleiter in der „Wiener Tageszeitung“, 1953—1955 stellvertretender Leiter des österreichischen Informationsdienstes in New York, 1958 bis 1967 Chefredakteur des „Kuriere“, dem er seit 1955 angehörte. Portisch verfaßte zahlreiche Bücher zu außenpolitischen Themen unter besonderer Berücksichtigung des US-amerikanischen Standpunktes, und gilt bis heute als „der“ Spezialist für Großmachtkonflikte und Abrüstung und hat auch das Nachkriegsgeschichtsverständnis durch seine ORF-Dokumentation und Publikationen „Österreich II“ maßgeblich beeinflußt. Bemerkenswert an seinem Lebenslauf vom 30. April 1950 ist, daß er auf der Höhe des Kalten Krieges im Zentralorgan der ÖVP es zu seinen „Hauptaufgaben“ zählte, „gegen die kommunistischen, im weiteren Sinn die marxistischen Lehren zu kämpfen“ — gleichzeitig betonte er aber seine antifaschistische Familientradition und den „Kampf gegen die nazistischen Lehren“⁹¹. Es steht außer Zweifel, daß Hugo Portisch durch seinen ersten Amerika-Aufenthalt maßgeblich in seiner außenpolitischen Berichterstattung beeinflußt wurde — fast ebenso stark wie durch seine Jugenderlebnisse, als er in Preßburg nach dem Einmarsch der Deutschen „zahlreichen Angriffen pronazistischer Lehrer und

Mitschüler ausgesetzt war, die das eingestellte Blatt seines Vaters ein ‚Judenblatt‘ und ‚Hetzblatt‘ nannten“ und in weiterer Folge sein Vater auch angeklagt wurde. Ein weiterer Punkt, der im Rahmen des „Exchange of Persons Programs“ eine essentielle Rolle spielte, lag im kulturellen Bereich, da die meisten Österreicherinnen und Österreicher die Amerikaner zwar für technisch kompetent, jedoch für ein unkultiviertes Volk hielten — ein weitverbreitetes Vorurteil, das bis heute erhalten geblieben ist. Besonders stark scheint die Meinungsänderung der Sozialisten gewesen zu sein, ein Faktum das nicht nur bei der Kulturredakteurin der „Arbeiter-Zeitung“, sondern auch bei den SPÖ-Politikern wie Alfred Migsch oder Marianne Pollak ebenso zu bemerken war wie bei dem SPÖ-Justizminister Otto Tschadek, dem SPÖ-Chefideologen Karl Czernetz oder dem SPÖ-Zentralsekretär Otto Probst⁹².

Sowohl Journalisten als auch SPÖ-Funktionäre galten im Rahmen des gesamten Propagandaplans des Department of State für Österreich als

“Priority Target Groups.

- a. The cultural elite which, broadly defined, includes the slowly vanishing Austrian middle-class. That element is not only most strongly represented in the government at this time, but its value judgments are widely reflected in public opinion. Artists, educators and journalists fall into this category.
- b. Labor, whose leadership constitutes the spearhead of anti-Communist and anti-Soviet efforts in Austria and which, by the same token, is most strongly subjected to Communist and Soviet blandishments and attacks⁹³.”

Zur Verwirklichung dieses Programms wurde unter Punkt e nicht nur das Exchange of Persons angeführt, sondern auch die US-Presse in Österreich (Wiener Kurier, US-Pressendienste, Marshall-Plan-Propaganda), der Rundfunk (Sendergruppe Rot-Weiss-Rot), die Information Centers (Bibliotheken, Filme, Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft).

Vergleicht man die politische Einstellung der Teilnehmer an dem Austauschprogramm im Bereich Journalistik, so wird man ein deutliches Übergewicht an unabhängig-konservativen bzw. ÖVP-nahen Praktikern feststellen, wobei jedoch, vom Medienecho in Österreich her gesehen, kurzfristig die Berichterstattung bzw. die Lecture-Tätigkeit von SPÖ-Funktionären dominiert. Nach 1950 nimmt überdies die Zahl der Journalisten am gesamten Austauschprogramm deutlich ab: 1953/1954 nur mehr rund 8,5% (insgesamt 34 Personen, darunter acht politische Funktionäre — vier von ihnen Mitglieder des Nationalrats). Die Propagandafunktion durch möglichst positive Reiseberichte und die Verbreitung derartiger Nachrichten

scheinen politische Funktionäre nach US-Ansicht effizienter realisiert zu haben. Im Vergleich dazu war nur der RAVAG-Journalist, Karl Rössel-Majdan, erfolgreich. Gemeinsam mit ihm waren der Chefredakteur der „Südost-Tagespost“, Emil Portisch, der oberösterreichische Redakteur Josef L. Furlinger und Friedrich Katscher, Wissenschaftsredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, in die USA gereist⁹⁴.

Resümee

Dem Verfasser ist bewußt, daß die eben skizzierten Beeinflussungsmethoden keineswegs komplett dargestellt wurden, sonst hätte beispielsweise die Ausbildung in amerikanischen Medien wie dem Sender Rot-Weiß-Rot stärker betont werden müssen, denn aus diesem Bereich kamen prägende Impulse für den Nachkriegsjournalismus. So arbeiteten im „Script-Department“ Peter Weiser, Jörg Mauthe, Wolfgang Kudrnofsky sowie Ingeborg Bachmann⁹⁵. Die Namen ließen sich beliebig ergänzen.

Zu Recht stellt Reinhold Wagnleitner den Prozeß der „Amerikanisierung“ den er durch kulturpolitisch geprägte Begriffe zu relativieren versucht („Colonisation“), um aber inhaltlich wieder zu dem politischeren Begriff „Amerikanisierung“ zurückzukehren (unter bewußtem Einschluß von ökonomischen, politischen und kulturellen Komponenten), in den Mittelpunkt seiner Analysen über die US-Nachkriegskultur in Europa und Österreich⁹⁶. Ihm gelingt es, die gesellschaftspolitische Seite der amerikanischen Beeinflussung deutlich zu machen, da „nach 1945 die US-Kulturindustrie über jenes kulturelle Kapital, die Codes der Modernität, verfügte, die vor allem Jugendliche, aber keineswegs nur diese, ansprachen, wurden diese Modernisierungsphänomene allgemein als amerikanisch empfunden⁹⁷.“

Es ist daher kein Zufall, daß beispielsweise die Sendergruppe Rot-Weiß-Rot das Image des modernen, aufgeschlossenen Rundfunks verkörperte — ganz im Gegensatz zum Regierungssender RAVAG, wobei diesem Image keineswegs immer auch moderne und fortschrittliche politische Einstellungen zu Grunde lagen. Verstärkt wurde diese gesellschaftspolitische Komponente durch die ökonomische Überlegenheit der USA, die durch ein simples Propagandabild von amerikanischen Lebensverhältnissen im Alltag zementiert wurde, welches wiederum an stereotypen Vorstellungen der Zeit der großen Auswanderung um die Jahrhundertwende anknüpfen konnte. In geopolitischer Hinsicht fanden sich sehr bald Anknüpfungspunkte im „Antibolschewismus“, der wiederum auf einer „Russophobie“ aus den Tagen der Habsburger Monarchie aufbauen konnte.

Erst eine Mischung all dieser essentiellen Grundbedingungen ermöglichte den augenscheinlichen

Erfolg der Meinungsbeeinflussung durch US-Medienoffiziere, die sich bis heute fortsetzt. Eines von vielen Beispielen wäre die Vietnam-Berichterstattung österreichischer Medien, die wesentlich unkritischer und regierungsfreundlicher war, als jene von amerikanischen respektive europäischen Meinungsmachern (z. B. Schweden). Selbst nach 30 Jahren „Besatzungsende“ sind die Österreicher — trotz „Waldheim“ — die „amerikafreundlichsten Westeuropäer“ wie eine im April 1987 publizierte Meinungsumfrage aus zwölf Ländern beweist⁹⁸. Aus den Antworten wird deutlich, daß die Österreicher amerikanische Versuche der politischen und ökonomischen Beeinflussung im Durchschnitt keineswegs so kritisch beurteilen wie andere Nationalitäten. Ein Faktum, zu dem die „neue Nachkriegsjournalistenelite“ einen wesentlichen Beitrag geleistet hat — ganz im Sinne der herrschenden gesellschaftspolitischen Interessenskonstellation.

¹ *Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung.* Hrsg. v. Oliver Rathkolb, Wien 1985 sowie einzelne Fallstudien wie U. S.-Entnazifizierungspolitik in Österreich zwischen kontrollierter Revolution und Elitenrestauration (1945–1949). In: *Zeitgeschichte* 11, Heft 9/10 (1984) 302–325; N. S.-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU. In: *Verdrängte Schuld — Verfehlt Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955.* Hrsg. v. Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley und Oliver Rathkolb, Wien 1986, 73–99. *Anmerkungen zur Entnazifizierungsdebatte über Richter und Staatsanwälte in Wien 1945/46 vor dem Hintergrund politischer Obsessionen und Pressionen während des Nationalsozialismus.* In: *Justiz und Zeitgeschichte* 1986. Hrsg. v. Erika Weinzierl und Karl R. Stadler, Wien 1987 [im Druck] und für die Kunst gelebt. *Anmerkungen zur Metaphorik österreichischer Kulturschaffender im Musik- und Sprechtheater nach dem Nationalsozialismus.* In: *Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit.* Hrsg. v. Anton Pelinka und Erika Weinzierl, Wien 1987, 96–120.

² Vgl. dazu für Österreich im Medienbereich Michael Schönberg: *Amerikanische Informations- und Medienpolitik in Österreich 1945–1950.* Hauptband und Dokumentation I+II. Phil. Diss. Wien 1975 sowie Alfred Hiller: *Amerikanische Medien- und Schulpolitik in Österreich 1945–1950.* Phil. Diss. Wien 1974 und Oliver Rathkolb: *Politische Propaganda der U. S.-Besatzungsmacht in Österreich 1945 bis 1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in der Presse-, Kultur- und Rundfunkpolitik.* Phil. Diss. Wien 1981.

Zu den U. S.-Planungen über Umfang und Durchführung der Entnazifizierungsmaßnahmen im gesamten gesehen siehe Lutz Niethammer: *Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns.* Berlin 1982 sowie ders.: *Problematik der Entnazifizierung in der BRD.* In: *Verdrängte Schuld* (o. Anm. 1) 15ff.

³ Vgl. dazu zuletzt *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Geheimdienst 1943–1945.* Bd. I. Hrsg. v. Alfons Söllner, Frankfurt/M. 1986. Vgl. auch die kritische Aussage eines deutschen Emigranten, der in dieser Gruppe mitgearbeitet hat und den Einfluß von Neumann, Kirchheimer und Marcuse eher in Richtung einer Gruppenarbeit, denn einer autonomen, individuellen Einzelleistung interpretiert (John H. Herz: *Vom Überleben. Wie ein Weltbild entstand.* Düsseldorf 1984, 134ff.)

⁴ Söllner (o. Anm. 3) 13f. Vgl. dazu als Einstiegsliteratur Wilfried Loth: *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955.* München 1980 sowie zuletzt Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948.* Frankfurt/M. 1985 sowie *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952.* Göttingen 1985. Gerald Stourzh: *Geschichte des Staatsvertrages 1945–1955. Österreichs Weg zur Neutralität.* Graz 1985 sowie Manfred Rauchensteiner: *Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945–1955.* Graz 1979.

⁵ Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force, Psychological Warfare Division, 29 April 1945: Directive for Psychological Warfare and Control of Austrian Information Services, abgedruckt bei Schönberg (o. Anm. 2), Hauptband 74ff.

⁶ Ebd. 75.

⁷ Ebd. 99 (Annex G dieser Direktive).

⁸ Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force Area, Provisional Handbook for Military Government in Austria, o. o. April 1945, 37ff.

⁹ National Archives (= NA), Washington, D. C., Record Group (= RG), 260 Austria, Box 845, Folder: Operation Freeborn.

¹⁰ Fritz Hausjell: *Entnazifizierung der Presse in Österreich.* In: *Verdrängte Schuld* (o. Anm. 1) 201. Vgl. dazu auch ders.: *Entnazifizierung der Pressejournalisten. Die Maßnahmen der Journalistengewerkschaft 1945–1949.* In: *Medien-Journal* 9, 4 (1985) 2ff.

¹¹ Gabriele Hindinger: *Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Oberösterreich im Jahre 1945* (Publikationen des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte und des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität Wien 6), Wien 1968, 126f.

¹² James M. Minifie: *Expatriate,* Toronto 1976, 163ff.

¹³ Ders.: *At an Alarming Rate,* In: *The Saturday Review of Literature* 19. Oktober 1946, 37f.

¹⁴ Mitteilung von Prof. Enzo Collotti, Mailand.

¹⁵ Minifie (o. Anm. 13) 10.

¹⁶ Vgl. dazu Hindinger (o. Anm. 11) 124f.

¹⁷ Presse und Vertrieb 1/1977, 51.

¹⁸ NA, RG 260, Box 98, Folder: Salzburger Nachrichten — Personal-Fragebogen.

¹⁹ Entsprechende Unterlagen wurden dem Verfasser von Fritz Hausjell zur Verfügung gestellt (Österreichische Journalistengewerkschaft, Aktenpaket „Korrespondenz, Landesgruppe Salzburg 1946–1956—1960—1963, Briefabschriften in Schreiben Schiffleitner an Grundner, 18. März 1946). Vgl. auch NA, RG 260, Box 95, Folder: Music & Theatre, Deputy Chief an Operations Coordinator, 15 April 1946.

²⁰ Johann Bunzl und Bernd Marin: *Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien* (Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit 3), Innsbruck 1983, 137f. Zur Illegalität Reimanns siehe seinen Aufnahmeantrag im Berlin Document Center sowie die Zitate bei Rathkolb (o. Anm. 2) 83f. und 92.

²¹ *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation.* Bd. 3. Hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1975, 96. Zu Strasser siehe auch *Who's Who in Austria*, 7th Ed., Vienna 1969, 724.

²² Privatarchiv Hans Cöhrssen (Frankfurt/M.), Denis Abbey an Cöhrssen, 1. Juni 1946 sowie 13. Juni 1946; die Briefe wurden dem Verfasser freundlicherweise von Marie Christine Habietinek zur Verfügung gestellt. Zu Kunstis Rolle als Zensor für Auslandsjournalisten in Berlin 1940 siehe Harry W. Flannery: *Assignment to Berlin,* London 1942, 16. 59 und 172f.

²³ NA, RG 260, Box 889, Folder 45, Memo, CIC 22 March 1950 sowie NA, RG 260, Box 888, Folder: Case of Dr. Geza Rech, Green to CIC, 23 August 1950; NA, RG 260, Box 889, Folder 42, Rohrachner an Keyes, 28 September 1950.

²⁴ Vgl. dazu die umfangreichen Quellen- und Textauszüge bei Alexandra Reininghaus Oskar Maurus Fontana. *Das Profil eines österreichischen Journalisten*. Phil. Diss. Salzburg 1983, 99ff.

²⁵ Ebd. 104f.

²⁶ Rathkolb, *Politische Propaganda* (o. Anm. 2) 119ff.

²⁷ Vgl. dazu Barbara Mettler: *Demokratisierung und Kalter Krieg. Zur amerikanischen Informations- und Rundfunkpolitik im Westdeutschland 1945–1948* (Rundfunkforschung 2), Berlin 1975.

²⁸ Rathkolb, *Politische Propaganda* (o. Anm. 2) 79.

²⁹ Viktor Reimann: *Die Dritte Kraft in Österreich*, Wien 1980, 25.

³⁰ Vgl. dazu Rathkolb, *Politische Propaganda* (o. Anm. 2) 440ff.

³¹ Ders.: *U. S.-Medienpolitik in Österreich 1945–1950. Von antifaschistischer „Reorientierung“ zur ideologischen Westintegration*. In: *Medien-Journal* 8, 3 (1984) 4f. sowie Rathkolb, *Politische Propaganda* (o. Anm. 2) 72.

³² Zur Problematik der Elitenkontinuität bei Journalisten siehe Fritz Hausjell: *Österreichische Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945–1947). Eine kollektivbiographische Analyse ihrer beruflichen und politischen Herkunft*. Phil. Diss. Salzburg 1985.

³³ NA, RG 260, Box 98, Folder: Salzburger Nachrichten, Militärregierung Österreich, Fragebogen Canaval, S. 4. Vgl. auch Gerhard Schmidt: *Patrioten, Pläne und Parteien. Das Werden der Österreichischen Volkspartei und ihrer Bünde im Bundesland Salzburg, vom 30. April 1945 bis zu den ersten Nationalratswahlen am 25. November 1945*, Salzburg 1961, 38f.

³⁴ Rathkolb, *U. S.-Entnazifizierungspolitik* (o. Anm. 1) 312f.

³⁵ NA, RG 260, Box 98, Folder: Salzburger Nachrichten, Militärregierung Österreich, Fragebogen Canaval, S. 2.

³⁶ *Widerstand* (o. Anm. 21) 96.

³⁷ Ebd. 96.

³⁸ NA, RG 260, Box 98, Folder: Salzburger Nachrichten, Pettegrove an Eberle, Landeshauptmann on Independent Press, 1 June 1948; die Propaganda Reimanns gegen das Nationalsozialistengesetz wich von der offiziellen Parteilinie der ÖVP ebenso ab wie die Kampagne der „Salzburger Nachrichten“ gegen das Währungsschutzgesetz. Vgl. auch Roland Stäuber: *Der Verband der Unabhängigen (VdU) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Eine Untersuchung über die Problematik des Deutschnationalismus als Einigungsfaktor einer politischen Partei in Österreich seit 1945*. Phil. Diss. St. Gallen 1974, 72ff. sowie Max E. Riedlsperger: *The Lingering Shadow of Nazism. The Austrian Independent Party Movement since 1945*, New York 1978, 33.

³⁹ *Die Oberösterreichische Nachrichten Story*. In: *Profil*, 20. Jänner 1976, 31.

⁴⁰ NA, RG 260, Box 862, Folder 92, Theodore Kaghan — History of the Wiener Kurier, 9f.

⁴¹ *Profil*, 20. Januar 1976, 31.

⁴² NA, RG 260, Box 99, Folder 214, History of D. D. V. (Demokratische Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H.) (by Dr. Behrmann) sowie NA, RG 260, Box 44, Folder 23, Fox an Pettegrove, Beginnings of "Oberösterreichische Nachrichten", 27 February 1947.

⁴³ NA, RG 260, Box 92, Folder: IBS Press Papers, Minifie — Press Policy, 8 September 1945, 1.

⁴⁴ Norbert Frei: *Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Pressetradition: Die Geschichte der Nachkriegszeitung Südost-Kurier* (Schriftenreihe der Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 52), München 1986, 10.

⁴⁵ NA, RG 260, Box 99, Folder 188, Herbert Kraus — Unser Programm sowie Die politische Einstellung der Länder-Zeitung.

⁴⁶ Vgl. dazu Rathkolb, *Politische Propaganda* (o. Anm. 2) 86f.

⁴⁷ Department of the Army, U. S. Army Intelligence and Security Command (Fort George Meade), Dalma, Alfons, S. 7 File Check Tomicie Stefan ("Stipe"), Dr.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Nähere Details über das Zustandekommen des Dekrets No. 1 bei Schönberg, *Informationspolitik* (o. Anm. 2) Hauptband 47ff. und Rudolf Tschögl: *Tagespresse, Parteien und alliierte Besatzung. Grundzüge der Presseentwicklung in der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945–1947*. Phil. Diss. Wien 1979, 10 sowie zuletzt Elfriede Sieder: *Die alliierten Zensurmaßnahmen zwischen 1945 und 1955 unter besonderer Berücksichtigung der Medienzensur*. Phil. Diss. Wien 1983.

⁵⁰ NA, RG 260, Box 44, Folder 24, Suspensions und NA, RG 260, Box 98, S. 1, Kaghan to Van Eerden, 31 January 1946.

⁵¹ NA, RG 260, Box 892, Folder: Salzburger Nachrichten, Minutes of Board of Inquiry, 3 January 1946.

⁵² Linzer Tagblatt, 7. Februar 1946, S. 1. Zur internen US-Diskussion und den Reaktionen auf Oberhumpers Artikel siehe NA, RG 260, Box 98, Folder Linzer Tagblatt

⁵³ NA, RG 260, Box 54, Folder 28, Burns an McCrystal, Arbeiter-Zeitung Editorial, 22. März 1946.

⁵⁴ *Diplomatie zwischen Parteiproporz und Weltpolitik. Briefe, Dokumente und Memoranden aus dem Nachlaß Walter Wodaks 1945–1950*, Hrsg. v. Reinhold Wagnleitner (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 3), Salzburg 1980, 93.

⁵⁵ NA, RG 260, Box 916, Folder: Classified Documents from ISB, Vol. I, Kretzmann, Memo — The Case of Arbeiter-Zeitung, 10 September 1946.

⁵⁶ Siehe dazu die Beschreibung des Vorfalles bei Rathkolb, *Politische Propaganda* (o. Anm. 2) 106ff.

⁵⁷ Tschögl, *Tagespresse* (o. Anm. 49) 105f.

⁵⁸ NA, RG 260, Box 886, Folder 68, Van Eerden an Eberle, 29 March 1948.

⁵⁹ Österreichisches Institut für Zeitgeschichte, Wien, Ungeordneter Bestand Albert Löwy, Information.

⁶⁰ Schreiben von Abraham N. Hopman (dem Nachfolger Siemers) an den Verfasser, 13. Jänner 1984, 1. Die Namen der Redakteure sind dem Verfasser bekannt, doch bat Mr. Hopman um Vertraulichkeit:

⁶¹ Bundeskanzleramt (Wien), Bestand Alliierte Verbindungsstelle (Palais Dietrichstein, Keller), Verb. Zl. 7736/VI.

⁶² Österreichisches Institut für Zeitgeschichte, Wien, Ungeordneter Bestand Löwy, Memo — Informal Meeting, 25 July 1953.

⁶³ NA, RG 84, Vienna Post Files 1950–52, 361. 2 Austrian Cabinet, Memo of Conversation (Gruber, Klaus, Espy, Hale), 2 October 1952, 2.

⁶⁴ Ebd. 3.

⁶⁵ Niederösterreichisches Landesarchiv, Nachlaß Leopold Figl, 0160, Projekt „Bild-Telegraf.“

⁶⁶ NA, RG 260, Box 100, Folder: Wiener Kurier, Austrian Experts, 24 June 1949, 2.

⁶⁷ Rathkolb, *Politische Propaganda* (o. Anm. 2) 198f.

⁶⁸ NA, RG 260, Box 918, Folder 4, Deutsch an Lec, 22 April 1949.

⁶⁹ NA, RG 260, Box 101, Folder: Projekt in Journalism, Selection Committee.

⁷⁰ Ebd., University of Missouri Journalism Project, 28 April 1950.

⁷¹ Ebd., Candidates Selected, Meeting of 27 April.

⁷² NA, RG 260, Box 100, Folder: Wiener Kurier, Austrian Experts, 24 June 1949; NA, RG 260, Box 101, Folder ISB, Name & Address; NA, RG 260, Box 101, Folder: Project in Journalism, Special Orders, 26 September 1950. Nachfolgende Akten wurden dem Verfasser dankenswerterweise von Fritz Hausjell zur Verfügung gestellt, NA, RG 59, 511. 633/8–1152; 511. 633/12–1552; 511. 633/7–2654.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ NA, RG 260, Box 862, Folder: 92, Ted Kaghan, History of the Wiener Kurier, 2ff.

⁷⁵ NA, RG 260, Box 100, Folder: Reorientation Committee, Whiting an Johnson, 27 May 1949.

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ NA, RG 260, Box 938, Folder: Min. of Int.-NSDAP Screening, Memo, CIC Case No. V-2711, 27 February 1947, 31.

⁷⁸ NA, RG 260, Box 101, Folder: Classified Data, Department of the Army, May 1949, Subject: Otto Kauders.

⁷⁹ NA, RG 260, Box 918, Folder 1, Ilse Aichinger.

⁸⁰ Ebd., Paul Blau, 25. Mai 1949.

⁸¹ *Persönlichkeiten Europas. Österreich*, Standsstad-Luzern 1975, o. S.

⁸² Ebd.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ NA, RG 260, Box 918, Folder 1: Lebenslauf Viktor Suchy.

⁸⁵ Hausjell, *Österr. Tageszeitungsjournalisten* (o. Anm. 32) 613.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ *Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, Band 1. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte München und der Research Foundation for Jewish Immigration unter der Gesamtleitung von Werner Röder und Herbert A. Strauss, München 1980, 261.

⁸⁸ Die Presse, 25.—27. Mai 1985, 11.

⁸⁹ NA, RG 260, Box 101, Folder: Special Journalism Project, Fragebogen, Paupie Kurt.

⁹⁰ Ebd., Fragebogen Portitsch, Hugo Wilhelm.

⁹¹ Ebd., Punkt 42.

⁹² NA, RG 59, 511. 633/12—1552, Annex A, S. 2. Ebd. 4 und 7.

⁹³ NA, RG 260, Box 889, Folder 43, USIA Country Paper, 2 May 1950.

⁹⁴ NA, RG 59, 511. 633/7—2654, Enc. 3.

⁹⁵ Elisabeth Hohl-Jahn: *Ohrenzeugen. Radio als Lebensgefühl der fünfziger Jahre*. In: *Die „wilden“ fünfziger Jahre. Gesellschaft, Formen und Gefühle eines Jahrzehnts in Österreich*. Hrsg. v. Gerhard Jagschitz und Klaus-Dieter Mulley, St. Pölten 1985, 242.

⁹⁶ Reinhold Wagnleitner: *Die Kinder von Schmal(t)z und Coca-Cola. Der kulturelle Einfluß der USA im Österreich der fünfziger Jahre*, ebd. 144—173. Vgl. auch ders.: *Propagating The American Dream: Cultural Policies as Means of Integration*. In: *American Studies International*, April 1986, 60—84.

⁹⁷ Wagnleitner, *Kinder* (o. Anm. 96) 166.

⁹⁸ Die Presse, 10. April 1987, 1.

AK SOZIAL WISSENSCHAFTLICHE DOKUMENTATION

~2,5 Mio. Zeitungs-
und Zeitschriftenartikel
aus 100 Jahren
nach Sachgebieten
gesammelt & geordnet
leicht und sofort zugänglich

SOWIDOK-Datenbank:
500.000 Literaturhinweise ab 1980
gespeichert, abfragbar über die
Informationsvermittlungsstellen
der Nationalbibliothek,
der Bibliotheken der WU-Wien und
der Universitäten Wien, Graz,
Linz, Salzburg und Innsbruck

AK SOZIAL WISSENSCHAFTLICHE STUDIENBIBLIOTHEK

230.000 Bücher
und über
1100 Fachzeitschriften
und Tageszeitungen
warten auf Sie!

Autorenkatalog
Schlagwortkatalog
EDV-Recherchen
Mikro-Lesegeräte
Münz-Kopierer

Aktuelle Information zu den Sachgebieten:
Wirtschaft - Politik - Gesellschaft
Sozialpolitik - Arbeitswelt - Arbeiterbewegung
Bildung - Kultur - Geschichte
Umweltprobleme - Konsumentenschutz - Recht

Sozialwissenschaftliche
Dokumentation
der Kammer für
Arbeiter und Angestellte
für Wien
1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20-22
Tel. 65 37 65/393
Mo-Fr 8-16 Uhr

Sozialwissenschaftliche
Studienbibliothek
der Kammer für
Arbeiter und Angestellte
für Wien
1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20-22
Tel. 65 37 65/452 Auskunft
352 Lesesaal
Mo-Fr 13-19.30 Uhr
Sa 9-12 Uhr

FRITZ HAUSJELL

Die gescheiterte Alternative

Das Modell der Sozialisierung der Betriebsgewinne einer Zeitung am Beispiel der *Salzburger Nachrichten* (1945—1960)¹

„Hätten wir heute die Presse noch einmal neu zu ordnen, wie wir es nach dem Kriege konnten, müßten wir nach Wegen suchen, um zu verhindern, daß sie so uneingeschränkt den privatkapitalistischen Interessen ausgeliefert wäre, wie sie es heute ist.“

Gerd Bucerus, Großverleger (u. a. „Die Zeit“) 1969²

Einleitung

Man stelle sich vor, der „Kurier“ und die „Neue Kronen-Zeitung“ stellen den überwiegenden Teil ihrer Gewinne zur Sanierung österreichischer Kulturbauten, etwa des desolaten Naturhistorischen Museums in Wien, zur Verfügung. Und stellen Sie sich weiters vor, daß diese beiden auflagenstarken Blätter dies nicht als einmalige PR-Aktion machen, sondern seit Jahren. Denn die österreichischen Zeitungsunternehmen haben sich verpflichtet, ihrer vielzitierten „öffentlichen Aufgabe“ auch im ökonomischen Bereich gerecht zu werden.

Daß bei den Zeitungen, die Gewinne schreiben — was bei der Tagespresse heute nur etwa bei der Hälfte der Fall ist —, diese in Wirklichkeit ausschließlich den Eigentümern zugute kommen, ist das Ergebnis einer Entwicklung, deren Richtung am Beginn der Zweiten Republik noch nicht entschieden war. Heutzutage gilt es nicht nur in den Köpfen von österreichischen Unternehmern als das „natürlichste“, daß ein Eigentümer eines Medienbetriebes den Gewinn für sich behält. Daß auch diese Einstellung einem Entwicklungsprozeß unterlag, zeigt schon allein der Hinweis darauf, daß es unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg etwa in Deutschland einen Vorsitzenden des deutschen Zeitungsverlegerverbandes gab, der 1946 feststellte:

„Wir wollen keine kapitalistische Presse, wir wollen als Beispiel sozialen Denkens nicht die restlose Ausnutzung einer Gewinnabschöpfung, sondern wir verlangen Sicherheit des Unternehmens im deutschen Gesetz, das außer der kapitalistischen Form Möglichkeiten genug bietet, die neue deutsche Presse durch Sicherstellung der Unabhängigkeit sowohl des Unternehmens als auch der Person des Lizenzträgers zu gewährleisten.“³

Ein Paradebeispiel dafür war in Deutschland die „Frankfurter Rundschau“, die als „gemeinnütziges Unternehmen“ geführt werden sollte, ein Modell, das

allerdings nur kurz Bestand hatte⁴. Einige andere deutsche Zeitungen diskutierten damals ähnliche Modelle oder versuchten abseits der rein privatkapitalistischen Organisationsform neue Wege, über Stiftungen und über Beteiligung der Redaktion am Verlag⁵.

Auch in Österreich begann nach der militärischen Niederringung des NS-Regimes eine neue Ära. Die Medien wurden durch Entscheidungen der Alliierten neu geordnet. Die Periode des Faschismus hatte Anhänger des kapitalistischen Gesellschaftssystems zumindest verunsichert und Sozialisten und Kommunisten in der Auffassung bestärkt, daß die Produktionsverhältnisse dringend einer Änderung bedürfen. Den Sieg des Faschismus erlebte ein Teil der Bourgeoisie als Erfolg, weil dadurch der drohende Zusammenbruch des Kapitalismus abgewendet wurde. Die Niederlage des Faschismus im Jahr 1945 war dann das zweite Erfolgserlebnis für jene, da durch den „Wiederaufbau“ der Kapitalismus an einem früheren Punkt wieder ansetzen konnte⁶. Das Bürgertum befand sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit allerdings in einer Legitimationskrise hinsichtlich des von ihm bevorzugten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Dies ging im Bereich der Medienproduktion so weit, daß der Verband der Zeitungsherausgeber, der trotz der Präsidentschaft des sozialdemokratischen Ministers Oskar Helmer damals mehrheitlich kein sozialistisch orientiertes Gremium war, 1945/1946 mehrmals die Forderung nach Verstaatlichung der Papierindustrie erhob⁷. 1947 war die Mehrheit der Zeitungsherausgeber von dieser Forderung jedoch schon abgerückt, lediglich die KPÖ-Vertreter urgieren diese weiterhin⁸.

Aber auch in den eigenen Reihen gab es Ansätze, traditionelle kapitalistische Produktionsverhältnisse — wenn schon nicht grundsätzlich in Frage zu stellen, so doch — zu modifizieren. Hier wäre etwa das Beispiel der 1946 zunächst als Wochenblatt gegründeten „Presse“ in Wien zu nennen. Der Altjournalist Milan Dubrovic erinnert sich 1986 an das erste Jahr. Ernst Molden, der Herausgeber und Chefredakteur der „Presse“, ließ damals ihn und einen Kollegen rufen und sagte:

„Wir haben — was wir nie erwartet haben — im ersten Jahr einen Reingewinn, einen hohen. Ich will aber nicht Geld verdienen daran. Ich erwäge, wenn ihr mit den Kollegen redet, daß wir einen 15. Monatsgehalt auszahlen.“⁹

Dubrovic im Rückblick weiter über Ernst Molden:

„Das war das Vorbild eines Unternehmers; der hat gesagt: ‚Um Gottes Willen, wir haben einen Gewinn! Was mach' ma mit dem Geld!‘“¹⁰?

Zumindest ein Teil des Reingewinnes wurde in der Folge als „außertourliche Gratifikation“ an die Mitarbeiter dieses Blattes ausbezahlt¹¹. Was bei diesem Wiener Blatt ein einmaliger Sonderfall blieb, war bei zwei bedeutenden Bundesländerzeitungen jedoch

durchdachtes Modell, das auch einige Jahre praktiziert wurde.

Als die „Oberösterreichischen Nachrichten“ in Linz Anfang Oktober 1945 von der amerikanischen Besatzungsmacht an österreichische Eigentümer und Herausgeber übergeben wurde, präsentierte sich die Verlagsgesellschaft als etwas für österreichische Verhältnisse völlig Neuartiges. Den Lesern teilte diese Tageszeitung mit, daß die Verlagsgesellschaft „einen neuen Typus von Zeitungsherausgebern“ darstelle:

„Ihr Zweck ist weder Geldverdienst, noch läßt sie Einflußnahme eines Interessenkreises zu, denn ihre Zeitung wird einzig und allein der Bevölkerung und dem Wiederaufbau dienen. Gewinne werden zur Verbesserung der Zeitung selbst und für das öffentliche Wohl verwendet.“¹²

Einerseits bestand die Verlagsgesellschaft aus sechs Vertretern der politischen Parteien und Interessensgruppen Oberösterreichs. Andererseits sollte ein großer Teil des Reingewinnes über ein Kuratorium „sozialen und kulturellen Zwecken zugunsten der Öffentlichkeit zugeführt“ werden¹³.

In der Selbstdarstellung wurde bald darauf betont, daß der eingeschlagene Weg „dem Zeitungswesen überhaupt ganz neue Richtungen zu einer wahrhaften Betriebsdemokratie, deren Ziel es ist, dem Volksganzen zu dienen“, „gewiesen habe“¹⁴. Und anläßlich der erstmaligen Verteilung des der Belegschaft laut Gesellschaftsvertrag zustehenden Anteiles am Reingewinn im Frühjahr 1946 titulierte sich das Unternehmen „sozialer Betrieb“. Die Verlagsgesellschaft wolle es weiter so halten, wurde damals versichert,

„und damit weit über den Alltag hinaus ihr(en) Teil leisten zur Schaffung und Festigung eines neuen Österreichs und schließlich mehr noch: im Ringen der Menschheit um Fortschritt“¹⁵.

Bei den „Oberösterreichischen Nachrichten“ währte der so versuchte Fortschritt freilich nicht sehr lange. Spätestens ab Beginn der 50er Jahre, so erinnert sich der damalige Teilhaber Fritz Molden, gingen die Gewinne zur Gänze an die Eigentümer¹⁶.

Die zentrale Frage, die eine kapitalistisch organisierte Gesellschaft für das Verhältnis von Medienproduktion und Demokratie aufwirft, hat ihren Brennpunkt in dem grundlegenden Problem, daß Medien einerseits (ökonomische) Partikularinteressen verfolgen, andererseits aber einem im Grundsatz der Pressefreiheit postulierten „Allgemeininteresse“, der sogenannten „öffentlichen Aufgabe“ entsprechen wollen. Wie weit können unter kapitalistischen Bedingungen arbeitende Massenmedien eben diesem letztgenannten Postulat entsprechen? Der Lösungsversuch dazu lautete für die „Oberösterreichischen Nachrichten“ und die „Salzburger Nachrichten“ vereinfacht ausgedrückt: Da Presse eine öffentliche Aufgabe hat, einem „Allgemeininteresse“ unterliegt, sind die daraus erzielten Gewinne auch eine öffentliche

Angelegenheit und somit der Allgemeinheit zuzuführen. Im folgenden werden nun die Ansätze zu neuen Organisationsformen am Beispiel der „Salzburger Nachrichten“ genauer dargestellt und analysiert.

Sozialisierung der Betriebsgewinne der *Salzburger Nachrichten* — das Modell in der Selbstdarstellung

Wenn hier einleitend nachgezeichnet wird, wie die „Salzburger Nachrichten“ ihr neuartig konstruiertes Medienunternehmen zu Beginn und am Ende des Modells sowie danach in der Öffentlichkeit präsentierten, zeigt sich bereits die im Laufe der Zeit sich verändernde Einstellung zu jener Innovation, die nun schon in Vergessenheit geraten ist. Die anfängliche Euphorie und der Erneuerungswille, die in den Berichten deutlich mitschwingen,¹⁷ weichen nach knapp zehn Jahren — 1955 im Rückblick auf kurz davor Beendetes — der Rechtfertigung der Restaurierung traditioneller Verhältnisse. Eineinhalb Jahrzehnte später ist das Modell dann nur noch eine Nebenbemerkung wert.

Anläßlich der konstituierenden Sitzung des „Kuratoriums der Salzburger Nachrichten“, jenes Vereines, der in der Folge 50 Prozent des Reingewinnes an die Allgemeinheit verteilen sollte, informierte das damals schon führende Blatt im Raum Salzburg erstmals ihre Leser über das neue Modell:

„Die ‚Salzburger Nachrichten‘ sind kein Zeitungsunternehmen im bisher üblichen Sinne, sie dienen nicht irgendeiner Partei oder Interessengruppe, auch nicht geschäftstüchtigen Unternehmern, sondern der Allgemeinheit. Dies geht schon aus der Tatsache hervor, daß der Reingewinn dieser Zeitung nicht privatkapitalistischen Zwecken dient oder einmal dienen soll. (...) Die Österreicher, die das Blatt aus amerikanischen (sic!) Besitz erhielten, wollen an den ‚Salzburger Nachrichten‘ nur arbeiten. Nicht verdienen. Deshalb wird alljährlich der größte Teil des Reingewinnes für Zwecke des Wiederaufbaues Verwendung finden; daneben sollen aber auch die sozialen Aufgaben eines solchen Betriebes in ganz besonderer Weise ihre Erfüllung finden...“¹⁷

Zwei Tage später bezeichneten sich die „Salzburger Nachrichten“ im eigenen Blatt als „Zeitungsform mit sozialisiertem Betriebsgewinn“, die

„50 Prozent des Reingewinnes für soziale und kulturelle Zwecke der Stadt und dem Land Salzburg zur Verfügung stellt. Darüber hinaus gewährt das Unternehmen aber auch seinen Arbeitern und Angestellten weitere 25 Prozent seines Gewinns. Um die richtige Verteilung dieser für soziale Zwecke bestimmten Leistungen zu kontrollieren, wurde über Vorschlag der Zeitung nunmehr ein eigener Verein unter dem Namen ‚Kuratorium Salzburger Nachrichten‘ konstituiert, der aus zwölf namhaften Persönlichkeiten des Salzburger öffentlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens besteht und den Landeshauptmann sowie den Bürgermeister der Stadt Salzburg zum Vorsitzenden bzw. Vorsitzendenstellvertreter hat. Diesem Kuratorium gehören auch Vertreter der Arbeiterschaft des Betriebes und des Redaktionsstabes als Vertrauensmänner an ...“¹⁸

Was als dauerhafte Einrichtung angekündigt wurde,

währte indes nur knapp bis vor Abzug der letzten Besatzungstruppen. Ab 1948 bzw. 1954 diente der Großteil des Reingewinnes der „Salzburger Nachrichten“ dann — was er ursprünglich nie sollte — „privatkapitalistischen Zwecken“. Lediglich der 25prozentige Gewinnanteil für die Mitarbeiterschaft wurde vorerst noch beibehalten.

Verlagsdirektor Max Dasch wiederum bemühte sich 1955 in seinem Rückblick, die weitgehende Sozialisierung der Betriebsgewinne als amerikanische Planung darzustellen, was sie auch tatsächlich war, anfangs aber — siehe oben — als eigenen „Vorschlag der Zeitung“ den Lesern erklärte. Dasch 1955:

„In den Verträgen der Gesellschafter sind die Grundgedanken aus der ursprünglichen Planung des ISB eingebaut worden. Welche Summen ... aus dem Reingewinn gemeinnützigen Institutionen oder Vereinen, für den Wohnbau und an den Unterstützungsverein den Angestellten zur Verfügung gestellt wurden“.

zeigt eine Aufstellung der Gelder, die von den „Salzburger Nachrichten“ zwischen 1945 und 1955 verschenkt wurden¹⁹. Dann wies er darauf hin, daß durch Neugründungen und Importe ausländischer Presseprodukte man nun „wohl von einer starken Konkurrenz gegenüber 1945 sprechen“ könne. Das Blatt mußte durch etliche Maßnahmen verbessert werden, führte Dasch in jenem Rückblick weiter aus.

„Dies hatte jedoch zur Folge, daß der Aufwand wesentlich anstieg. Nach sachlichen Erwägungen und im steten Bemühen, die Zeitung finanziell unabhängig zu halten, mußte daher das finanzielle Fundament gesichert werden. Die Herausgeber beschlossen, wohl immer noch wie bisher, 25 Prozent des Reingewinnes an die Angestellten auszuschütten, den Rest jedoch zur finanziellen Sicherung zu verwenden.

Das Kuratorium der ‚Salzburger Nachrichten‘, welches die zur Verfügung gestellten Beträge verteilte, konnte diese Maßnahme verstehen und löste sich im Jahr 1954 auf²⁰.“

Es sei also der großer gewordene ökonomische Druck am Zeitungsmarkt gewesen, der das Modell der weitgehenden Sozialisierung der Betriebsgewinne zu Fall gebracht hat, argumentierte der Hälfteeigentümer in der von den „Salzburger Nachrichten“ hergestellten Zeitungsöffentlichkeit. Wie stichhaltig dieses Argument ist, soll in einem der nachfolgenden Abschnitte erläutert werden.

15 Jahre später ist dem Verlagsdirektor und Hälfteeigentümer Max Dasch in einer zusammenfassenden Rückschau auf 25 Jahre „Salzburger Nachrichten“ das längst begrabene Modell nur noch diesen Satz wert:

„Der Reingewinn sollte zum Teil für den Wiederaufbau der Stadt und zum Teil für die Betriebsangehörigen verwendet werden²¹.“

Doch diese letzte Selbstdarstellung ist nicht nur bezeichnend kurz, sondern auch zumindest unpräzise. Denn aus dem Zusammenhang, in dem dieser Satz steht, geht einerseits hervor, daß die amerikanische Besatzungsmacht eine derartige Gewinnverteilung

beabsichtigt hatte; es wird aber nicht erwähnt, daß dies dann auch realisiert wurde. Andererseits erweckt die Formulierung „zum Teil“ den Eindruck, daß es sich um einen Teil, nicht aber um die Hälfte bzw. insgesamt 75 Prozent des Reingewinnes handelte, die verteilt wurden.

Resümiert man die Selbstdarstellung dieses Teils der Geschichte der „Salzburger Nachrichten“, so könnte man sich die Frage stellen, ob das Blatt heute Angst vor dem Wissen über das vor Jahrzehnten Mögliche hat.

Der Verein

„Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ Eine U.S.-amerikanische Idee

Die zunächst von 7. Juni bis 22. Oktober 1945 von amerikanischen Besatzungstruppen herausgegebenen „Salzburger Nachrichten“ kamen mit 23. Oktober in österreichische Hände. Daß das Blatt nicht wie die „Oberösterreichischen Nachrichten“ — und wie von den Amerikanern beabsichtigt — von einem Konsortium von Vertretern verschiedener politischer Anschauungen und Gesellschaftsgruppen herausgegeben wurde, sondern in das Eigentum von zwei Einzelpersonen, Gustav A. Canaval und Max Dasch, überging, lag primär an der Weigerung der Parteienvertreter der SPÖ und der KPÖ, mit Canaval zusammenzuarbeiten, da dieser zur Zeit des „Ständestaates“ maßgeblicher Funktionär der „Ostmärkischen Sturmsharen“ war²².

Die Idee, die Gewinne der „Salzburger Nachrichten“ der Allgemeinheit zugute kommen zu lassen, kam eindeutig von amerikanischen Presseoffizieren. „It was the generosity of the American founders, that this newspaper should be conducted to the common profit“, hielten die Neoeigentümer des Blattes, Canaval und Dasch, im Frühjahr 1946 in einem Brief an General Arthur J. MacChrystal fest²³. Aus diesem Brief an den damaligen Chef der USFA-Nachrichtenabteilung geht auch hervor, daß die Art der Aufteilung der Gewinne bereits von den Amerikanern fixiert worden war: 50 Prozent für den Wiederaufbau und für kulturelle Zwecke von Stadt und Land Salzburg, 25 Prozent für das Personal des Unternehmens und 25 Prozent zur Bildung einer Finanzreserve. Dasch und Canaval stimmten dem schon bei der Übergabe im Oktober 1945 zu und wiederholten ihr Einverständnis mit den Vorschlägen der Amerikaner in dem bereits erwähnten Brief.

„We ... hope, that the sense of the American generosity had been understood absolutely clearly by us and now after six month of honest work, we hope, to show You, that the pound entrusted to us, (as the Bible puts it) has been applied for a right thing²⁴.“

Nun gehe es darum, führten die beiden Eigentümer der „Salzburger Nachrichten“ in jenem Schreiben weiter aus, „our given promise concerning the

Control Committee (Kuratorium)“ zu erfüllen.

Am 18. Mai 1946 fand dann die konstituierende Sitzung des „Kuratoriums der Salzburger Nachrichten“ im Sitzungssaal der Salzburger Landesregierung statt²⁵. Die Bildung dieses Vereines wurde allerdings erst zehn Monate später, am 25. Februar 1947, bei der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Salzburg angezeigt²⁶.

Die rechtliche Basis des Kuratoriums

Obwohl die „Salzburger Nachrichten“ bereits am 23. Oktober 1945 in den Besitz von Dasch und Canaval übergang, wurde von beiden erst am 11. April 1946 ein Gesellschaftsvertrag abgeschlossen. Um die Ideen, die ursprünglich dieser Tageszeitung zugrunde lagen, zu vermitteln, werden hier auszugsweise die „allgemeinen Grundsätze“ der „Salzburger Nachrichten“ Verlags-Gesellschaft m. b. H.“ angeführt:

„Zweck dieses Vertrages ist die Errichtung einer Druck- und Verlagsgesellschaft, welche durch Herausgabe einer Tageszeitung an der Erziehung des österreichischen Volkes zur Austragung politischer und weltanschaulicher Gegensätze in sachlicher und sauberer Art mit geistigen Mitteln und im Geiste gegenseitiger Duldung und Achtung mitwirken soll. (...) Die Genannten (d. s. Dasch und Canaval — F. H.) werden insbesondere dafür Sorge zu tragen haben, daß bei der Führung des Unternehmens, insbesondere bei Herausgabe von Zeitungen und sonstigen Druckschriften, die nachfolgenden Grundsätze eingehalten werden:

- a) in den von der Gesellschaft herausgegebenen Zeitungen und Druckschriften dürfen undemokratische, nationalsozialistische, faschistische oder antiösterreichische und unsoziale Gedanken in keiner wie immer gearteten Firma (sic! Form) vertreten werden;
- b) unter der vorstehend genannten Einschränkung sollen jedoch alle verschiedenen Meinungen gleichmäßig, und frei in den Zeitungen und Druckschriften zu Worte kommen können;
- c) die Zeitungen und Druckschriften müssen daher vollkommen objektiv, frei von jeder Parteibindung und frei von feindlicher Einstellung gegen Ideen oder Personen mit dem Ziele redigiert werden, die verschiedenen Meinungen und Anschauungen auszugleichen;
- d) die Gesellschafter, die Mitglieder des Aufsichtsrates, die Geschäftsführer, Prokuristen und sonstigen leitenden Angestellten der Gesellschaft dürfen bei keiner politischen Partei aktiv tätig sein. Um die Einhaltung obiger Grundsätze zu gewährleisten verpflichten sich die Vertragsteile gleichzeitig mit der im nachfolgenden zu gründenden Gesellschaft m. b. H. durch einen Vertrag mit dem Verein „Kuratorium Salzburger Nachrichten“ zur Einhaltung dieser Grundsätze²⁷.

Nach Abzug der Besatzungsmächte aus Österreich und nach Auflösung des „Kuratoriums der Salzburger Nachrichten“ wurden diese allgemeinen Grundsätze vorerst weitgehend beibehalten. Lediglich jener letzte Satz unter Litera d), der sich auf die Kontrolle der Einhaltung der genannten Grundsätze durch das Kuratorium bezieht, wurde im Oktober 1956 ersatzlos gestrichen²⁸. Hälfteigentümer Dasch verweist 25

Jahre nach der Gründung der „Salzburger Nachrichten“ in einem Rückblick darauf, daß diese „Grundsätze und Leitgedanken sowie Richtlinien ... nie geändert“ wurden²⁹. Er führt dort aber unkorrekterweise nur die ersten drei Absätze (a bis c) an.

Für das Kuratorium von Bedeutung war primär § 8 des Gesellschaftsvertrages:

„Bei der Verteilung des Reingewinnes haben nachfolgende Grundsätze zu gelten:

- a) 25% (fünfundzwanzig Prozent) des Reingewinnes werden zur Bildung und Stärkung von Reserven der Gesellschaft verwendet, bis diese Reserven den Betrag von ... 300.000.- S (dreihunderttausend Schilling) erreicht haben. Erst nach Erreichung dieses Betrages kann dieser 25% Gewinnanteil für die Vergrößerung von Betriebsanlagen, technische Neuananschaffungen, die das normale Ausmass überschreiten oder auch für die Erhöhung der Stammeinlage verwendet werden.
- b) 25% (fünfundzwanzig Prozent) des Reingewinnes werden für soziale Aufwendungen im Interesse der Angestellten und der Arbeiterschaft der Gesellschaft zur Verfügung gestellt.
- c) die restlichen 50% (fünfzig Prozent) des Reingewinnes sind dem Verein „Kuratorium Salzburger Nachrichten“ alljährlich zur Verfügung zu stellen, welcher im eigenen Ermessen über die Verteilung dieses Betrages im Sinne seiner Satzungen beschliesst³⁰.

Nach der Auflösung des Kuratoriums und dem Abzug der Besatzungsmächte wurde dann der Gesellschaftsvertrag dahingehend abgeändert, daß die Hälfte des Reingewinnes nicht mehr über das Kuratorium, das ja ohnedies nicht mehr existierte, der Allgemeinheit zugeführt werden sollte. Zudem wurde der Betrag für die Finanzreserve bzw. Rücklage, die aus einem Viertel des Reingewinnes gespeist wurde, der Geldwertung und den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen angepaßt, d. h. wesentlich erhöht. Der die Gewinnverteilung regelnde § 8 lautete ab Oktober 1956 zur Gänze:

- „a) 25% (fünfundzwanzig Prozent) des Reingewinnes werden für soziale Aufwendungen im Interesse der Angestellten und Arbeiterschaft der Gesellschaft zur Verfügung gestellt.
- b) Sobald die Umstellungsrücklage, die nur zur Deckung von Verlusten verwendet werden darf, hiedurch unter den Stand von 2.000.000.- S sinkt, sind ihr aus den laufenden Gewinnen alljährlich jeweils 25% (fünfundzwanzig Prozent) solange zuzuführen, bis sie wieder auf 2.000.000.- S nachgefüllt ist³¹.

Von den Gesellschaftern wurde also 1956 durch eine klare Änderung des Gesellschaftsvertrages ein Schlußstrich unter die Ära der gemeinnützigen Orientierung dieses Zeitungsverlages gezogen. Hier wurde auf juristischer Ebene lediglich etwas nachgeholt, was schon einige Zeit davor de facto durchgeführt worden war.

Von den Statuten bzw. Satzungen des Vereines „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“, die u. a. die Entscheidungsmodalitäten des Gremiums zur Verteilung der Hälfte des Reingewinnes der „Salz-

burger Nachrichten“ regelten, sollen hier nur die wichtigsten angeführt werden.

Die Zwecke des Kuratoriums, das sich in § 1 als „unpolitisch“ deklarierte, waren:

1. Die Mitwirkung an der Erziehung des österr. Volkes zur Austragung politischer und weltanschaulicher Gegensätze, in sachlicher und sauberer Art, mit ausschliesslich geistigen Mitteln und im Geiste gegenseitiger Duldung und Achtung; der Verein bekämpft undemokratische, nationalsozialistische, faschistische und anti-österreichische Gedanken und Tendenzen in publizistischer Form.
2. Die Förderung des kulturellen Lebens in Salzburg, der Wiederaufbau der Stadt Salzburg und des Salzburger Fremdenverkehrs, sowie der Salzburger Festspiele³².

Erreicht werden sollten diese Vereinsziele

- ad 1. Durch Überwachung der Salzburger Nachrichten Verlagsgesellschaft m. b. H. bei der Herausgabe der Tageszeitung „Salzburger Nachrichten“ nach den Bestimmungen eines mit dieser Gesellschaft zu errichtenden Vertrages.
- ad 2. Durch Subventionen aus jenen Mitteln, welche dem Verein alljährlich durch die Salzburger Nachrichten Verlagsgesellschaft m. b. H., als Anteile aus dem bilanzmässigen Reingewinn dieser Gesellschaft zur freien Verfügung gestellt werden. Auch aus anderen Quellen dem Verein zufließende Beträge sind in gleicher Weise zu verwenden³³.

Der Verein selbst war als exklusiver Zirkel geplant, dessen Mitgliederzahl auf 12 Personen beschränkt war. Diese ordentlichen Mitglieder durften keine ehemaligen NSDAP-Mitglieder sein und dem Aufsichtsrat sowie der Geschäftsführung der „Salzburger Nachrichten“ nicht angehören. Die beiden Gesellschafter des Blattes hingegen hatten das Recht, je einen Vertreter in das Kuratorium zu entsenden³⁴.

Aufgrund der großen Aufgaben des Kuratoriums, das ja nicht nur die Verteilung der Hälfte des Reingewinnes, sondern auch die Kontrolle der fixierten inhaltlichen Linie des Blattes zu besorgen hatte, sollte der Vereinsausschuß — das Organ, das die Beschlüsse der Hauptversammlung des Vereines zu vollziehen hatte und aus Obmann, Schatzmeister, Schriftführer und deren Stellvertretern bestand — „allmonatlich mindestens eine Sitzung“ abhalten. Die Haupt- bzw. Generalversammlung, die bei Vereinen üblicherweise alle ein bis zwei Jahre einmal stattfindet, sollte hier „in regelmäßigen Abständen von ungefähr 3 Monaten, mindestens aber 4 mal jährlich“ durchgeführt werden. Dieser Rhythmus deutet auf die Wichtigkeit hin, die die Initiatoren des Modells diesem Verein als Instrument der Kontrolle des neuen Zeitungstyps „Salzburger Nachrichten“ mit großer Wahrscheinlichkeit bemessen hatten³⁵.

Das Kuratorium als Vertretungsinstanz aller Gesellschaftsgruppen?

Welche gesellschaftlichen und politischen Gruppen waren nun in diesem per Gesellschaftsvertrag und Vereinsstatuten recht mächtigen Gremium vertreten? Eine erste Liste, die von den Gesellschaftern Dasch

und Canaval im Frühjahr 1946 den Amerikanern — mit der Bemerkung: „the enclosed list ... is only a proposal and may be changed at any time, if You like³⁶“ — vorgeschlagen wurde, enthielt folgende Personen:

- Ing. Albert J. Hochleitner, Landeshauptmann von Salzburg (der als Präsident des „Kuratoriums der Salzburger Nachrichten“ vorgesehen war);
- Josef Neumayer, Bürgermeister der Stadt Salzburg (der als Vizepräsident des Vereines fungieren sollte);
- Domkapitular Dr. Franz Simmerstätter, Kapitelvikar des Fürsterzbischofs von Salzburg;
- Oberst Heinrich Baron Puthon, Vorsitzender der Festspielhausgemeinde Salzburg;
- Josef Ausweger, Vizepräsident des Salzburger Landtages und Präsident der Salzburger Handelskammer;
- Bartlmac Hasenauer, Präsident der Salzburger Landwirtschaftskammer;
- Hans Webersdorfer, Kommissarischer Präsident der Salzburger Arbeiterkammer;
- Dr. Martin Huber, Präsident der Finanzprokuratur (Finanzlandesdirektion) von Salzburg;
- Prof. Dr. Bernhard Paumgartner, Direktor der Musikhochschule Mozarteum;
- Hofrat Hans Hofmann-Montanus, Direktor des Verkehrsbüros;
- Ferdinand Veit, Vizepräsident des „Kulturbundes“;
- Dr. Hans Behrmann, Direktor der „Oberösterreichischen Nachrichten“;
- Karl Hinterbauer, Chefmetteur und Vorsitzender der Arbeitergewerkschaft bei den „Salzburger Nachrichten“;
- Karl Engl, Redakteur und Vertrauensmann des Redaktionsstabes der „Salzburger Nachrichten“³⁷.

Auf den ersten Blick fällt auf, daß die Hälfte der Bevölkerung nicht im Kuratorium vertreten war, da lediglich Männer darin saßen. Parteipolitisch war das Kuratorium grundsätzlich zwar nicht einseitig konstruiert, aber aufgrund der Mehrheitsverhältnisse de facto stärker von ÖVP-nahen Persönlichkeiten geprägt. „Das Kuratorium hatte ursprünglich unter seinen Mitgliedern auch einige Sozialisten“, erwähnte Chefredakteur Canaval in der letzten, auflösenden Generalversammlung des Vereines: „doch traten diese vor einer damals stattfindenden Wahl aus. Auf die Vertretung der Kommunisten war verzichtet worden³⁸.“ Auch Viktor Reimann, von 1945 bis 1949 in der Redaktion der „Salzburger Nachrichten“, kann sich daran erinnern, daß Bürgermeister Neumayer (SPÖ) sich bald aus dem „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ zurückzog, „weil ihm die Richtung der Zeitung nicht paßte³⁹.“ Neumayer und seine Parteifreunde dürften kurz vor den Landtags- und Nationalratswahlen 1949 das Kuratorium verlassen haben, da Neumayer im März 1948 noch an einer Sitzung des Kuratoriums teilgenommen hatte⁴⁰.

Im Herbst 1948 versuchte der neue Salzburger Landeshauptmann, Rehr, der damals einen großen Konflikt mit dem Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten“ hatte, Mitglied des „Kuratoriums der Salzburger Nachrichten“ zu werden. Rehr bot

Canaval im Gegenzug eine Mitgliedschaft im „Katholischen Pressverein“ an. Doch Canaval, der den neuen Landeshauptmann in manchen Fragen publizistisch in den „Salzburger Nachrichten“ attackierte, wollte sich nicht der Gefahr aussetzen, von Rehl über das Kuratorium kontrolliert zu werden⁴¹.

Aktivitäten des Kuratoriums

Obwohl in den Statuten des Vereins „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ u. a. fixiert war, daß sich alle Mitglieder mindestens viermal pro Jahr zu einer Hauptversammlung treffen sollten, fanden diese Zusammenkünfte in den ersten Jahren lediglich halbjährlich bis jährlich statt. Nach der konstituierenden Generalversammlung am 18. Mai 1946 fanden drei weitere am 13. August 1947, am 23. März 1948 und am 16. November 1948 statt⁴². Bei drei Sitzungen waren auch Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht anwesend.

Wie aus den vorhandenen Sitzungsprotokollen hervorgeht, gaben zumeist der Kuratoriumsvorsitzende, Hochleitner, sowie der Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten“, Canaval, einen Überblick über die redaktionelle und finanzielle Entwicklung des Blattes. Dabei wurden u. a. konkrete Auflagenzahlen und andere Wirtschaftsdaten genannt. Zudem liefen Diskussionen über die konkrete Verteilung des Hälfteanteiles am Gewinn, wobei die größeren Beträge in den Sitzungen selbst ausgehandelt und die Kleinunterstützungen an zahlreiche Kulturinstitutionen, Sportvereine und Kirchenstellen von einem Unterausschuß vorentschieden wurden. Die sehr knapp gefaßten Sitzungsprotokolle geben nachträglich nur wenige Einblicke in die tatsächlich gelaufenen Entscheidungsprozesse innerhalb der Kuratoriumssitzungen und schon gar nicht in jene, die außerhalb vorgingen.

Das „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ war vermutlich über das Jahr 1948 hinaus nicht aktiv. Dafür spricht, daß keine weiteren Sitzungsprotokolle in den Akten vorliegen (wobei die Durchsicht allerdings aufgrund der schwierigen Aktenlage nicht vollständig war). Wesentlicher spricht dafür jedoch der Umstand, daß lediglich die Hälfte der Reingewinne aus den Jahren 1945 bis 1947 über das Kuratorium tatsächlich verteilt wurde.

Die Höhe der über das Kuratorium verteilten Gewinnanteile und die Empfänger

Aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1945/1946 (mit 14 Monaten) wurden dem Kuratorium insgesamt 329.628,23 Schilling von der „Salzburger Nachrichten Verlagsgesellschaft m. b. H.“ zugewiesen und vom Verein im Jahr 1948 an diverse

Kulturinstitutionen (z. B. Landestheater, Kulturbund, Kulturvereinigung), Kirchenstellen (u. a. Fürst-erzbischof, Priesterseminar) und Bildungseinrichtungen (etwa Volkshochschulen) verteilt. Der Gewinnanteil 1947 — 331.636,26 Schilling — sowie der Rest aus 1945/1946 kam dann 1949 zur Auszahlung⁴³.

Verlagsdirektor Dasch führte später an, daß „in den Jahren 1950, 51, 52 ... die Reingewinne nur an die Gefolgschaft ausgeschüttet“ wurden,

„weil man in der Franz-Josef-Strasse ein Haus baute, um im Falle eines Rückschlages der Zeitung auch eine Deckung zu haben, denn im Laufe der Jahre wurden allein durch die Währungsreform und durch die Ausschüttungen (d. h. Gewinnsozialisierung — F. H.) sehr viel Geld ausgegeben und im Falle irgend eines Rückschlages hätte der Verlag keinerlei Reserven. Das Kuratorium war auch mit dieser Lösung der vergangenen Jahre einverstanden“⁴⁴.

Diese Argumentation des Hälfteeigentümers der „Salzburger Nachrichten Verlagsgesellschaft m. b. H.“ gegenüber den Mitgliedern des „Kuratoriums der Salzburger Nachrichten“ ist in zwei Punkten nicht richtig. Zum einen waren bereits die Gewinnanteile der Jahre 1948 und 1949, also nicht erst ab 1950, nicht an das Kuratorium weitergeleitet worden⁴⁵. Zum andern verfügte die Verlagsgesellschaft aufgrund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages (§8) über eine Reserve von 300.000 Schilling. Diese Reserve wurde aus einem dafür bestimmten Viertel des Reingewinnes laufend gespeist und war aufgrund des guten Geschäftserfolges schon Ende 1947 bis zu ihrer Höchstgrenze gefüllt. Der Verlag hatte also entgegen den Behauptungen Daschs sehr wohl Reserven für den Fall eines Rückschlages. Da das Unternehmen bis zumindest 1955 laufend Gewinne erzielte, konnte die Reserve auch nicht aufgebraucht sein.

Es drängt sich dabei der Schluß auf, daß hier bloß eine Argumentation vorgeschoben wurde, die der Verschleiерung des Bedürfnisses der beiden Gesellschafter nach persönlicher Gewinnbeteiligung dienen sollte. Auch hat der von Dasch in diesem Zusammenhang erwähnte Hausbau nichts mit der Gewinnausschüttung zu tun, da diese Investitionen doch nie vom Reingewinn getätigt werden. Hinzu kommt, daß die Verlagsgesellschaft zusätzlich zum erzielten Reingewinn allein in den Jahren 1948/1949 insgesamt 424.200 Schilling einer Investitionsrücklage zugewiesen bzw. vorzeitig abgeschrieben hat⁴⁶.

Die „Salzburger Nachrichten“ schrieben zwischen 1948 und 1955, wie bereits kurz erwähnt, weiterhin regelmäßig Gewinne, die zwischen 137.000 und 719.500 Schilling jährlich schwankten. Der Gesamtgewinn dieser Jahre betrug insgesamt 3.254.800 Schilling⁴⁷. Da bis Herbst 1956 im Gesellschaftsvertrag der die Gewinnverteilung regelnde §8 immer noch so lautete, daß 50 Prozent des Reingewinnes

dem Kuratorium zur Verteilung zustanden, hat die „Salzburger Nachrichten Verlagsgesellschaft m. b. H.“ immerhin den Betrag von 1,627.400 Schilling — vertragsrechtlich nicht gedeckt — für sich zurückbehalten und vermutlich — ebenfalls wider die Regelungen des Gesellschaftsvertrages — an die Gesellschafter Dasch und Canaval ausbezahlt.

Als im November 1954 die Auflösung des „Kuratoriums der Salzburger Nachrichten“ betrieben wurde, „spendeten“ Dasch und Canaval dem Verein abschließend aus dem Reingewinn der letzten beiden Jahre insgesamt 50.000 Schilling⁴⁸ — obwohl dem „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ laut Gesellschaftsvertrag allein aus dem Reingewinn der Jahre 1953/1954 rund 453.750 Schilling zugestanden wären⁴⁹.

Das Kuratorium als umfassende Kontrollinstanz

Bei der Übergabe der Lizenz zur Zeitungsherausgabe an Dasch und Canaval stellte General Arthur J. MacChrystal, der Chef der USFA-Nachrichtenabteilung, in Anwesenheit von Salzburger Journalisten u. a. fest:

„Zu oft wurde dieses mächtige Instrument mißbraucht, um kleinlichen Zwecken oder der Befriedigung persönlichen Ehrgeizes oder Intrigen zu dienen, und nur zu oft überschatteten kaufmännische Interessen die wirkliche Aufgabe der Presse: Führer und Former der öffentlichen Meinung zu sein“⁵⁰.

Daß nach der Übergabe in österreichische Hände die „Salzburger Nachrichten“ weiterhin inhaltlich in der von der amerikanischen Besatzungsmacht beabsichtigten Weise gestaltet werden sollte, versprach die Redaktion im Editorial am 23. Oktober 1945. Bekräftigt wurde diese Haltung durch einen Brief der neuen Eigentümer Dasch und Canaval an den Chef der Nachrichtenabteilung der amerikanischen Besatzungstreitkräfte, der die Vereinbarungen zwischen den österreichischen Lizenznehmern und der amerikanischen Besatzungsmacht betreffend die inhaltliche Gestaltung der „Salzburger Nachrichten“ nach der Übergabe in österreichische Hände deutlich macht. Dort heißt es:

„Further it has been settled as follows: the newspaper should be of impartial, unpolitical character and moreover, it has to be really independent.

In order to control these matters, a special committee ought to be established, called ‚Kuratorium of the Salzburger Nachrichten‘.⁵¹“

Der Verein „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ hatte also nicht nur die Aufgabe, 50 Prozent der Reingewinne der „Salzburger Nachrichten“ gemeinnützigen Zwecken zuzuführen, sondern war zudem als die Einhaltung der inhaltlichen Linie kontrollierende Instanz gedacht. Dies wurde sowohl im Gesellschaftsvertrag als auch in den Vereinsstatuten eindeutig fixiert (siehe oben).

Trotzdem kam es in der Folge nie zur Errichtung eines dort erwähnten Vertrages⁵². Dennoch verstand sich das Kuratorium in den Jahren 1946—1948 durchaus als eine Instanz zur Kontrolle der inhaltlichen Linie. So betonte der Vorsitzende des Kuratoriums, Landeshauptmann Hochleitner, in der konstituierenden Generalversammlung, daß es die Aufgabe des Kuratoriums sei, „nicht nur die Haltung der Zeitung, sondern auch die Aufteilung des Reingewinnes zu überwachen“⁵³. Wengleich die inhaltliche Kontrolle sich weniger an den im Gesellschaftsvertrag fixierten Grundsätzen, denn an eigenem Ge- und Mißfallen orientiert hat, wie eine Durchsicht der protokollierten Äußerungen in den Kuratoriumssitzungen zeigt. In der ersten Sitzung des Kuratoriums führte Landeshauptmann Hochleitner, der den Vereinsvorsitz innehatte, zwar noch allgemein an, daß er es begrüße, „daß die ‚Salzburger Nachrichten‘ als vierte Salzburger Tageszeitung dem Parteihader ferne stehe“, denn

„früher standen die Zeitungen entweder im Dienst irgendeiner politischen Partei, oder sie waren rein geschäftliche Unternehmungen. Wenn die letzteren auch eine gewisse Neutralität vorgaben und sich ... überparteiliche Zeitungen nannten, so dienten diese doch, wie uns die Vergangenheit gelehrt hat, vielfach ganz bestimmten Interessensgruppen“⁵⁴.

Und Bürgermeister Neumayer, der Vizeobmann dieses Kontrollgremiums, „würdigte die objektive Haltung der ‚Salzburger Nachrichten‘“⁵⁵. Doch bereits in der zweiten Kuratoriumssitzung wurden in den Äußerungen zur inhaltlichen Gestaltung der „Salzburger Nachrichten“ die Partialinteressen der einzelnen Kuratoriumsmitglieder deutlich. So gab Bürgermeister Neumayer (SPÖ)

„die Erklärung ab, daß ungerechtfertigte Angriffe gegen die Gemeindepolitik nie vorgekommen seien. Deshalb herrsche zwischen Stadtgemeinde und ‚Salzburger Nachrichten‘ ein gutes Einvernehmen. Auch im Parteivorstand der SPÖ wären nie Einwände gegen die ‚Salzburger Nachrichten‘ erhoben worden“⁵⁶.

Bedenkt man, daß Neumayer ein oder zwei Jahre später das Kuratorium verlassen hat, „weil ihm die Richtung der Zeitung nicht paße“⁵⁷, so wird der konnotative Gehalt dieser Erklärung spürbar. Bekräftigt wird dieser Eindruck auch durch den Umstand, daß Neumayer (SPÖ) eine „Erklärung“ abgab,

während ÖVP-orientierte, konservative Kuratoriumsmitglieder den „Salzburger Nachrichten“ für ihre inhaltliche Linie Dank und volle Anerkennung aussprachen. So dankte etwa der Präsident der Handelskammer dem „Salzburger Nachrichten“-Chefredakteur „für die gute Führung der Zeitung, die dadurch einen Beitrag zum wirtschaftlichen Frieden leistete“⁵⁸. Der Vertreter der katholischen Kirche, Kanonikus Dr. Simmerstätter, wiederum führte aus,

„die Kirche stehe den Parteizeitungen in gewisser Distanz gegenüber, da sie sich von der Politik entfernt halten wolle. Der von den ‚Salzburger Nachrichten‘ eingehaltenen Linie zolle das f.(ürst)e.(rzbis)chöfliche Ordinariat volle Anerkennung“⁵⁹.

Da das Kuratorium ab 1949 keine Aktivitäten mehr setzte, war ab diesem Zeitpunkt auch die Überprüfung der Einhaltung der inhaltlichen Richtlinien zu Ende, wobei schon vor diesem Zeitpunkt die SPÖ sich aufgrund ihrer Minderheit im Kuratorium offensichtlich schwer tat. Chefredakteur Canaval erklärte dazu in der auflösenden Generalversammlung, daß

„dieses Kuratorium eine Alliierte Institution sei mit dem Zweck, den Reingewinn caritativen Zwecken zuzuführen und die Zeitung politisch zu überwachen. Das Kuratorium hatte ursprünglich unter seinen Mitgliedern auch einige Sozialisten, doch traten diese vor einer damals stattfindenden Wahl aus. Auf die Vertretung der Kommunisten war verzichtet worden. Durch den Austritt der Sozialisten hat das Kuratorium politisch seinen Sinn verloren“⁶⁰.

So gesehen hatte das Kuratorium schon am Beginn politisch nur begrenzt Sinn, da man auf Kommunisten, die die Zweite Republik immerhin mitbegründet haben, „verzichtet“ hatte.

Durch den Auftrag zur Überwachung der Linie der „Salzburger Nachrichten“ war das Kuratorium ein zweifellos recht machtvolles Instrument, dem sich später auch Rehr, der neue Salzburger Landeshauptmann, bemächtigen wollte, wie bereits dargestellt wurde.

Die Vorzüge und Nachteile eines derartigen Gremiums zur Kontrolle der inhaltlichen Linie einer Zeitung werden aus den verschiedenen Blickwinkeln natürlich jeweils anders gesehen. Für die amerikanische Besatzungsmacht, die die Stabilität der neugeschaffenen politischen Verhältnisse im Auge hatten, war diese Konstruktion sicherlich willkommen und sinnvoll. Dieses Kriterium der Stabilität, der Unterstützung des neuen gesellschaftlichen Status quo der unmittelbaren Nachkriegszeit, wird in den Vereinsstatuten sehr deutlich. Die Bestimmungen haben eindeutig konservierenden Charakter. Da sich das Kurato-

rium selbst reproduzieren sollte, wären gesellschaftliche Veränderungen vermutlich weitgehend spurlos an der Zusammensetzung des Kuratoriums vorbeigegangen. Eine Regelung, wie neue politische und soziale Gruppen Eingang in das Kontrollorgan einer der Allgemeinheit verpflichteten Zeitung finden könnten, war nicht vorgesehen.

Die Machtfülle des „Kuratoriums der Salzburger Nachrichten“ beschränkte sich indes nicht nur auf die ohnedies wichtigen Bereiche wie Gewinnverteilung und Kontrolle der inhaltlichen Linie. So hatte das Kuratorium bei der Neubestellung von Gesellschaftern ein gewisses, im Gesellschaftsvertrag geregeltes Mitspracherecht⁶¹ und Streitfälle zwischen den Gesellschaftern sollten vor einem Schiedsgericht entschieden werden, das aus „Mitgliedern des Vereins ‚Kuratorium Salzburger Nachrichten‘ von der Generalversammlung zu wählen“ sei⁶². Weiters sollte für den Fall einer Liquidation der Verlagsgesellschaft ein allfälliger Überschuß an den Verein „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ gehen⁶³. Die Macht des Kuratoriums ging sogar soweit, daß die „Salzburger Nachrichten Verlagsgesellschaft m. b. H.“ durch „einen einstimmigen Beschluss des Vereines aufgelöst werden“ konnte⁶⁴. Es ist allerdings zu bezweifeln, ob die Kuratoriumsmitglieder von allen diesen, im Gesellschaftsvertrag festgelegten Rechten Kenntnis hatten.

Das Ende des „Kuratoriums der Salzburger Nachrichten“ (1954)

Nachdem 1951 im Nationalrat ein neues Vereinsgesetz beschlossen worden war, gingen in den darauffolgenden Jahren die Sicherheitsdirektionen daran, bei den Vereinen die durch die neuen gesetzlichen Regelungen notwendig gewordenen ergänzenden Unterlagen zu urgieren. In diesem Zusammenhang trat die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Salzburg am 2. November 1954 an die Bundespolizeidirektion Salzburg heran, Erhebungen über die Tätigkeit des Vereins „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ anzustellen⁶⁵. Die Bundespolizeidirektion dürfte daraufhin beim Vorsitzenden des „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ nachgefragt haben, was bei jenem ein „ungutes Gefühl“ ausgelöst hatte. Er wollte „die ganze Angelegenheit vereinstechisch in Ordnung“ bringen⁶⁶. Also organisierte Hochleitner daraufhin eine Generalversammlung, die am 27.

November 1954 im Salzburger Hotel „Gablerbräu“ über die Bühne ging. Das Ergebnis der Sitzung war die Selbstauflösung des Kuratoriums, die Hochleitner einige Tage später unter Beifügung des ausführlichen Sitzungsprotokolls der Bundespolizeidirektion bekanntgab⁶⁷.

Mit diesem Akt war der rechtliche Zustand dem faktischen lediglich angepaßt worden, da die Vereinsaktivität den selbstgewählten rechtlichen Regelungen nachhinkte indem das „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ ab 1949 weder die Einhaltung der inhaltlichen Ziele der „Salzburger Nachrichten“ überwachte noch die Verteilung von 50 Prozent der Reingewinne dieser Zeitung durchführte.

Die Argumentationen, die in der Kuratoriumssitzung am 27. November 1954 zur Unterstützung des Selbstaufhebungsbeschlusses vorgebracht wurden, sind in vielen Punkten falsch und hatten offensichtlich nur die Funktion, das treibende Bedürfnis der Gesellschaft, nämlich den Gewinn der Zeitung für sich behalten zu können, zu verdecken. Die Einstellung der Eigentümer hatte sich gegenüber 1945/1946 grundlegend geändert.

Die Eigentümer argumentierten für die Auflösung des Modells primär mit wirtschaftlichen Argumenten. So meinte etwa Max Dasch:

„In den Jahren 1950, 51, 52 wurden die Reingewinne nur an die Gefolgschaft ausgeschüttet, weil man in der Franz Josef-Strasse ein Haus baute, um im Falle eines Rückschlages der Zeitung auch eine Deckung zu haben, denn im Laufe der Jahre wurden allein durch die Währungsreform und durch die Ausschüttungen (= Gewinnsozialisierung — F. H.) sehr viel Geld ausgegeben und im Falle irgend eines Rückschlages hätte der Verlag keinerlei Reserven. Das Kuratorium war auch mit dieser Lösung der vergangenen Jahre einverstanden. Ein weiterer Punkt war auch, dass infolge des Entstehens verschiedener Zeitungen die Auflage allmählich zurückging und die Wirtschaftlichkeit gegenüber den vergangenen Jahren sich verschlechtert hatte“⁶⁸.

Wie unhaltbar diese Argumentation ist, wurde weiter oben bereits detailliert dargelegt: Für einen eventuellen Rückschlag verfügte die Verlagsgesellschaft über eine Reserve, die aus einem Viertel der laufenden Reingewinne gespeist wurde; weiters hatten die genannten Investitionen mit der Gewinnverteilung nichts zu tun, da Investitionen bekanntlich nicht aus den Gewinnen finanziert werden. Wäre einmal kein Gewinn erzielt worden, so hätte eben kein Geld über das Kuratorium verteilt werden können. Im übrigen erwirtschaftete das Blatt aber zumindest bis 1955 laufend Gewinne. Wäre die Zeitung einmal in die Verlustzone geraten, wäre dies auch kein Grund zur Zerstörung des Gewinnverteilungsmodells gewesen, da durch eine Finanzreserve dafür vorgesorgt war.

Insbesondere vom ehemaligen Salzburger Landeshauptmann, Ing. Hochleitner, der den Vorsitz des „Kuratoriums der Salzburger Nachrichten“ hatte,

wurde in jener Sitzung mehrfach darauf hingewiesen, daß nun andere Verhältnisse herrschen würden:

„... die Schaffung der ‚Salzburger Nachrichten‘ ist zu einem Zeitpunkt und unter Umständen erfolgt, die der Vergangenheit angehören. Das Permis entstand unter gewissen Voraussetzungen und unter gewissen Bedingungen unter dem amerikanischen Besatzungs-Statut. Nun ist das österreichische Gesellschaftsleben durch die österreichischen Gesetze geregelt und eine Normalisierung der Verhältnisse eingetreten. (...) Es wäre auch heute ein Kuriosum, wenn ein Privatunternehmen gezwungen würde, einen gewissen Prozentsatz seines Reingewinnes zu verteilen, zu verschenken“⁶⁹.

Die Restaurierung alter, rein kapitalistischer Produktionsverhältnisse im Bereich der Presse, die hier mit „Normalisierung der Verhältnisse“ umschrieben wurde, erfolgte nicht ohne Seitenhiebe auf die amerikanische Besatzungsmacht. Hochleitner 1954 zu den Eigentümern der „Salzburger Nachrichten“, Dasch und Canaval:

„Sie sind nach Aufhebung des Permis eben frei, und daher muss das Unternehmen, das auf Gewinn aufgebaut ist, auch versuchen einen Gewinn zu machen“⁷⁰.

Dieses Argument unterstellt dem Modell etwas, was so nicht zutreffend war, denn das Unternehmen konnte ja Gewinne machen (und wie die Bilanzen zeigen, erwirtschaftete die Verlagsgesellschaft auch regelmäßige Gewinne). Worum es genau genommen ging, war, wer die Nutznießer dieser Gewinne waren und sein sollten. Hochleitner in jener Sitzung 1954 weiters:

„Das Kuriosum aus den Umbruchtagen kann man einem normal wirtschaftlich aufgestellten Unternehmen nicht zumuten. Es wäre denn, dass die Gesellschaft jetzt noch auf dem Standpunkt steht, wir wollen ein reines soziales, exzeptionelles Unternehmen sein und den Reingewinn verteilen ...“⁷¹.

Auch hier ging es genau genommen wohl nicht darum, daß diese weitgehende Gewinnsozialisierung einem „normal wirtschaftlich aufgestellten Unternehmen“ nicht zugemutet werden konnte, sondern daß man den Eigentümern angesichts der veränderten Verhältnisse nicht weiter sämtliche Gewinne vorenthalten wollte.

Chefredakteur und Hälfteigentümer Canaval wiederum distanzierte sich nachträglich von dem einige Jahre mitgetragenen Konzept, indem er es eine „alliierte Institution“ nannte⁷²; was den Vorsitzenden des Kuratoriums, Hochleitner, indes nicht hinderte, den beiden Eigentümern kurz darauf mit einer schmeichelnden Bemerkung, die konträr zu dem von Canaval Betonten war, eine Art Abschiedsspende in Höhe von 50.000 Schilling zu entlocken:

„Herr Direktor Dasch und Herr Dr. Canaval, Sie hatten die gute Idee, für gewisse caritative und soziale Zwecke aus dem Reingewinn einen Betrag zu widmen. So könnte, wie am Anfang des Kuratoriums die gute Absicht bestanden hat, am Ende noch einmal der gute Wille bestehen“⁷³.

Daß Dasch und Canaval daraufhin bereitwillig aus den Gewinnen der beiden letzten Jahre jenen Betrag dem „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ zur

Verfügung stellen, ist nur zu verständlich. Hatten sie doch im Gegenzug endlich das Kuratorium vom Hals. Hätten die Kuratoriumsmitglieder auf den ihnen per Gesellschaftsvertrag damals immer noch zustehenden Gewinnanteil bestanden, wären Dasch und Canaval allein aus den Gewinnen der Jahre 1953/1954 um insgesamt rund 453.750 Schilling „ärmer“ geworden.

Daß Canaval in dieser Kuratoriumssitzung im November 1954 selbst den Auflösungsbeschluß wesentlich mitherbeiführte — Canaval: „Daher bitte ich mit Auflösungs-Beschluss vorzugehen⁷⁴“ —, verletzte im übrigen jene Bestimmungen in den Vereinsstatuten, wonach Geschäftsführer nicht Mitglieder des Kuratoriums sein durften⁷⁵. Neben Canaval war vor allem Altlandeshauptmann Hochleitner die treibende Kraft, die die Selbstauflösung anstrebte. Aus dem Sitzungsprotokoll geht keinerlei Widerstand anderer Kuratoriumsmitglieder gegen die endgültige Zerschlagung des einst begrüßten Modelles hervor. Der Gewerkschafter und Chefmetteur Karl Hinterbauer kümmerte sich lediglich, aber immerhin, um die Beibehaltung des 25prozentigen Gewinnanteils als zusätzliche Sozialleistung an die Belegschaft der „Salzburger Nachrichten“.

Nur ein Argument, das im Laufe der Besprechung, die der Auflösung des Kuratoriums voranging, fiel, hat nach einer genauen Überprüfung Bestand. Canaval führte damals an:

„Den Amerikanern hat vorgeschwebt, dass hier eine Zeitung entstehen soll wie die englische ‚Times‘. Die ist ähnlich konstituiert, ist nicht auf Gewinn eingestellt, aber in ihrem Kuratorium ist die Bank of England darinnen, dass sie auch die Haft für ein Defizit übernehmen kann. Bei uns aber würde niemand die Haft übernehmen⁷⁶.“

Tatsächlich war im Modell zwar durch eine Rücklage für vorübergehende Defizite bis zu 300.000 Schilling gesorgt. Für den Fall eines höheren Defizits und einer längeren Phase negativer Betriebsergebnisse war jedoch keine Regelung getroffen. Wäre man der Idee der Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit auch im ökonomischen Bereich weiterhin nahgestanden, hätte dieser Mangel freilich durch eine Korrektur in der Konstruktion behoben werden können.

Der Öffentlichkeit gegenüber rechtfertigten die Eigentümer der „Salzburger Nachrichten“ das Abgehen von der Sozialisierung der Gewinne mit jenen ökonomischen Argumenten, die in keiner Weise haltbar waren. Max Dasch wies in der Jubiläumsausgabe der „Salzburger Nachrichten“ 1955 darauf hin, daß durch Neugründungen und durch Importe ausländischer Presseproduktionen eine starke Konkurrenz gegenüber 1945 entstanden sei. Das Blatt habe deshalb durch etliche Maßnahmen verbessert werden müssen.

„Dies hatte jedoch zur Folge, daß der Aufwand wesentlich anstieg. Nach sachlichem Erwägen und im steten Bemühen, die Zeitung finanziell unabhängig zu halten, mußte daher das

finanzielle Fundament gesichert werden. Die Herausgeber beschlossen, wohl immer noch wie bisher, 25 Prozent des Reingewinnes an die Angestellten auszuschütten, den Rest jedoch zur finanziellen Sicherung zu verwenden.

Das Kuratorium der ‚Salzburger Nachrichten‘, welches die zur Verfügung gestellten Beträge verteilte, konnte diese Maßnahme verstehen und löste sich im Jahre 1954 auf⁷⁷.“

Es sei dahingestellt, ob der „Rest“ des Gewinnes, der 75 Prozent ausmachte, zur finanziellen Sicherung des Blattes oder der Eigentümer verwendet wurde. Aus Geschäftsunterlagen der Verlagsgesellschaft geht jedenfalls hervor, daß zwischen 1948 und 1955 insgesamt 1.193.200 Schilling vom Gesamterfolg abgezogen und an eine Investitionsrücklage zugewiesen bzw. vorzeitig abgeschrieben wurden. Somit verblieb aber immer noch ein Reingewinn von insgesamt 3.254.800 Schilling, von dem Dasch und Canaval 75 Prozent zugute kamen; die restlichen 25 Prozent gingen als Gewinnbeteiligung an die Belegschaft⁷⁸.

Der „Unterstützungsverein der Salzburger Nachrichten“

Rund ein Jahr nach der konstituierenden Sitzung des „Kuratoriums der Salzburger Nachrichten“ wurde die Bildung eines zweiten Vereines am 19. Juni 1947 bei der Sicherheitsdirektion angemeldet. Er nannte sich „Unterstützungsverein der Salzburger Nachrichten“ und hatte die Aufgabe, die Verteilung des 25prozentigen Anteils am Reingewinn der „Salzburger Nachrichten“ an die Belegschaft des Blattes durchzuführen⁷⁹.

Ohne hier auf Details eingehen zu können, sei festgestellt, daß die Ausschüttung eines Viertels der SN-Gewinne an die Belegschaft deutlich länger praktiziert wurde als die Verteilung der Gewinnhälfte an die Öffentlichkeit. Für Redaktionsmitglieder bedeutete diese Form der Gewinnbeteiligung in den ersten Nachkriegsjahren eine Aufbesserung des jährlichen Einkommens um rund einhalb Monatsgehälter. Insgesamt bekam die Belegschaft der „Salzburger Nachrichten“ und der „Salzburger Druckerei“ in den Jahren 1945 bis 1955 1.180.135,37 Schilling aus dem Reingewinn der „Salzburger Nachrichten“. Ab 1956 kam sie nicht mehr in den Genuß der Gewinnbeteiligung. Trotz mehrfacher gegenteiliger Versprechungen seitens der Gesellschafter wurde auch dieser Teil der Sozialisierung der Gewinne eingestellt.

Daß der „Unterstützungsverein der Salzburger Nachrichten“ um einige Jahre länger existierte als das „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“, lag einfach am vitalen Interesse der Belegschaft an der Gewinnbeteiligung, am Eintreten vor allem der Person Karl Hinterbauer für den Weiterbestand.

Der „Unterstützungsverein der Salzburger Nachrichten“, der auf Betreiben des Miteigentümers der „Salzburger Nachrichten“, Max Dasch, 1960

aufgelöst bzw. in einen freiwilligen Betriebsfonds umgewandelt wurde, hätte aufgrund der Vereinsstatuten übrigens nur bei Einstellung der „Salzburger Nachrichten“ aufgelöst werden können⁸⁰. Diese Regelung in den Statuten zeigt, daß das Gewinnverteilungsmodell von Anfang an als eine dauerhafte Konstruktion gedacht war. Heute existiert auch der Betriebsfonds, über den die freiwillige fallweise Gewinnbeteiligung der Mitarbeiterschaft erfolgen sollte, nicht mehr⁸¹.

Motive der U. S. -Besatzungsmacht

Wie die vorstehende Analyse ergab, ist das Modell der Sozialisierung eines Großteils der Betriebsgewinne der Tageszeitung „Salzburger Nachrichten“ sowie der inhaltlichen Kontrolle durch ein Kuratorium auf Initiativen der amerikanischen Besatzungsmacht zurückzuführen. Was waren nun die Motive der Amerikaner für derartige Innovationen?

Die Kontrolle der im Gesellschaftsvertrag festgeschriebenen inhaltlichen Linie des Blattes durch ein als Verein konstruiertes Kuratorium dürfte auf ein mangelndes Vertrauen der amerikanischen Lizenzgeber in die beiden Eigentümer und Herausgeber, Max Dasch und Gustav A. Canaval, zurückzuführen sein. Es war der Besatzungsmacht nicht gelungen, das Blatt in die Hände einer größeren Gruppe von Gesellschaftern, die die politischen Parteien sowie Interessensgruppen repräsentieren sollten, zu übergeben, wie dies bei den „Oberösterreichischen Nachrichten“ gelungen war. Auch die „Oberösterreichischen Nachrichten“ sollten von Anfang an zum Wohl der Bevölkerung geführt werden, aber das „Kuratorium der Demokratischen Druck- und Verlagsgesellschaft Oberösterreich“ sollte im Gegensatz zur Konstruktion des „Kuratoriums der Salzburger Nachrichten“ das Blatt beraten, nicht aber — wie im Fall der „Salzburger Nachrichten“ — überwachen⁸². Der Unterschied ist evident.

Die Sozialisierung eines Großteils der Betriebsgewinne hatte wiederum vermutlich mehrere Ursachen. Zunächst einmal sahen sich die amerikanischen Presseoffiziere mit dem Umstand konfrontiert, daß sie im Begriff waren, zwei Zeitungen zu verschenken, die riesige Gewinne abwarfen. Die „Salzburger Nachrichten“ etwa machten unter amerikanischer Leitung zwischen 7. Juni und 22. Oktober 1945 einen Gewinn in der Höhe von 1,247.002,90 Schilling⁸³. Das amerikanische Militär arbeitete jedoch nicht gewinnorientiert. Dieser Umstand traf mit der in Amerika forcierten Politik des „New Deal“, eines Kapitalismus mit sozialem Antlitz, zusammen. So wird die Schaffung eines sehr sozialen Zeitungsunternehmens, das ein Viertel seines Gewinnes der Belegschaft widmet, verständlich. Das „Salzburger Nachrichten“-Modell

tastete zugleich die Grundfesten des Kapitalismus nicht an, da zwar die Gewinne weitgehend sozialisiert wurden, aber das Eigentum in private Hände überging, also nicht vergesellschaftet wurde.

Als dritter wesentlicher Faktor sind hier schließlich die von amerikanischen Nachkriegsplanern vorgenommenen Analysen der Pressewirtschaft und des Journalismus der Ersten Republik und des „Ständestaates“ zu nennen. Einige Ergebnisse davon ließ der Chef der USFA-Nachrichtenabteilung in seine Rede anlässlich der Übergabe der Salzburger Zeitungslizenzen einfließen:

„Zu oft wurde dieses mächtige Instrument mißbraucht, um kleinlichen Zwecken oder der Befriedigung persönlichen Ehrgeizes oder Intrigen zu dienen und nur zu oft überschatteten kaufmännische Interessen die wirkliche Aufgabe der Presse: Führer und Former der öffentlichen Meinung zu sein“⁸⁴.

Zu stark ausgeprägten Profitinteressen stellten amerikanische Presseoffiziere die idealistische Vorstellung von der Presse als Führerin und Formerin der öffentlichen Meinung gegenüber. Daß die idealistische Aufgabe früher oder später unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen unter die Räder des diesem Wirtschaftssystem immanenten Zwangs zur Profitmaximierung geraten würde, hatten diese vermutlich erkannt. Sie setzten deshalb den Hebel eben bei den Gewinnen an, die durch das „Salzburger Nachrichten“-Modell den Eigentümern nicht zufließen sollten. Vermutlich dachte man, auf diese Weise das System des Kapitalismus beibehalten zu können, ohne dessen negative Folgen erwarten zu müssen.

Als die Eigentümer der „Oberösterreichischen Nachrichten“ bereits Ende 1946 darangingen, die Konstruktion der Gewinnsozialisierung zu demolieren, griff die amerikanische Besatzungsmacht ein⁸⁵. Da die amerikanische Besatzungsmacht Mitte 1947 die Bestimmungen, wonach Zeitungen einer Lizenz (Permit) durch die Besatzungsmacht bedurften, aufhoben, waren ihr aber bald die Hände gebunden. So konnten die österreichischen Zeitungsherausgeber alsbald ungehindert die anfangs übernommenen neuen und sozialen Ideen über Bord werfen. Daher ist es auch wenig verwunderlich, daß die Eigentümer der „Salzburger Nachrichten“ ab 1948 die dem „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ zustehenden 50 Prozent des Reingewinnes nicht mehr ausbezahlten.

Das hier analysierte Modell zeigt die kurzzeitige Innovationsbereitschaft österreichischer Zeitungsmacher, die forciert durch amerikanische Initiativen am Hintergrund einer einmaligen historischen Situation — am besten mit den Schlagworten „viel Geld, wenig Vertrauen und Neubeginnen“ charakterisiert — möglich war. Dieser temporären Unterbrechung des Vorherrschenden folgte allerdings bald die Restauration alter, rein kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Die in diese Richtung treibenden Kräfte waren im Fall

der „Salzburger Nachrichten“ natürlich deren Eigentümer Dasch und Canaval sowie der an einer „Normalisierung der Verhältnisse“ interessierte ehemalige Landeshauptmann Hochleitner. Daß die Eigentümer dabei mit vorgeschobenen, nach kurzer Analyse unhaltbaren Argumenten operierten, erklärt sich aus der damals besonders virulent gewordenen Legitimationskrise des Kapitalismus.

Die Arbeitnehmer der „Salzburger Nachrichten“ begnügten sich mit der Verteidigung des ihnen zustehenden Gewinnanteiles von 25 Prozent, was ihnen bis 1955 auch gelang. Für die Beibehaltung der weitgehenden Sozialisierung der Gewinne über das „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ setzten sie sich allerdings nicht ein. Es fehlte den Journalisten des Blattes wohl am Bewußtsein, daß die Sozialisierung eines Großteils der Gewinne für sie insofern von unmittelbarem Nutzen sein hätte können, als der Wegfall des Profitinteresses seitens der Herausgeber einen Journalismus begünstigt, der sich mehr an ethischen und politischen Werten denn an der primären Verkäuflichkeit einer Story orientiert.

Das Modell hatte freilich eine markante Schwäche, die sich aus dem Entstehungszusammenhang leicht erklären läßt: Es war keine Regelung für die Sozialisierung allfälliger Verluste vorgesehen, da die amerikanischen Planer einfach nicht damit gerechnet hatten, daß die damals so gutgehenden „Salzburger Nachrichten“ einmal größere Verluste über längere Phasen hinweg erwirtschaften könnten. Ein weiterer Nachteil lag in der Zusammensetzung des „Kuratoriums der Salzburger Nachrichten“ begründet. Da dieses Gremium, das auch die inhaltliche Linie der „Salzburger Nachrichten“ zu überwachen hatte, von Vertretern herrschender Gesellschaftsgruppen dominiert war — was wiederum mit dem Interesse der amerikanischen Besatzungsmacht, so den neugeschaffenen gesellschaftlichen und politischen Status quo zu festigen, zu tun hatte —, war eine allfällige Einschränkung der umfassenden Informations- und Kritikfunktion dieser Zeitung gewissermaßen vorprogrammiert. Daß es dazu nicht gekommen war, lag daran, daß sich die meisten Kuratoriumsmitglieder ihrer Aufgabe und Machtfülle sowie Möglichkeiten nicht bewußt waren. Zudem war das Kuratorium so konstruiert, daß ein gesellschaftlicher Wandel weitgehend spurlos an dieser Vertretungsinstanz vorübergegangen wäre. Dieser Mangel muß allerdings aus dem historischen Kontext heraus gesehen und beurteilt werden.

Wäre es der amerikanischen Besatzungsmacht nachhaltig ernst um die Schaffung neuer Produktionsverhältnisse gewesen, dann hätte sie österreichweite, einheitliche Regelungen anstreben müssen, um so keine Konkurrenz Nachteile für die „Salzburger

Nachrichten“ und die „Oberösterreichischen Nachrichten“ zu erzeugen. Doch die anfänglichen Ansätze zu größeren gesellschaftlichen Veränderungen wichen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen bald der Einfügung in die Restauration alter Verhältnisse.

Das Beispiel des hier untersuchten Modells legt überdies den Schluß nahe, daß das Jahr 1955 in der Entwicklung der österreichischen Medien — aber nicht nur dieser — eine kleine Zäsur bedeutet, die u. a. dadurch zu definieren ist, daß systemkorrigierende bis -verändernde Eingriffe der Besatzungsmächte teilweise rückgängig gemacht wurden.

In der Folge wurde die österreichische Pressekultur durch den starken Konzentrationsprozeß, dessen Geschwindigkeit in den 70er Jahren durch medienpolitische Maßnahmen wie etwa die Presseförderung lediglich temporär reduziert werden konnte, und dem damit ständig höher werdenden Kapitalbedarf für Zeitungsneugründungen immer mehr zu einer Kultur der Sehr-viel-Besitzenden.

¹ Der vorliegende Aufsatz ist eine stark gekürzte Fassung einer Studie im Rahmen des Forschungsprojektes *Journalistische Kulturen in der Zweiten Republik* (Auftraggeber: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung; durchgeführt am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg; Projektleitung: Univ. Prof. Dr. H. H. Fabris, VAss. Dr. F. Hausjell), das im Mai 1987 abgeschlossen wurde.

² Gerd Bucerius. In: *Konkret*, 18. 9. 1969, S. 11, zit. nach Ansgar Skriver: *Schreiben und schreiben lassen. Innere Pressefreiheit — Redaktionsstatute*, Karlsruhe 1970, 19.

³ Der Vorsitzende des deutschen Verlegerverbandes, Neumann, zit. nach Dieter Stammler: *Die Presse als soziale und verfassungsrechtliche Institution. Eine Untersuchung zur Pressefreiheit nach dem Bonner Grundgesetz*, Berlin 1971, 53.

⁴ Siehe dazu Emil Carlebach: *Zensur ohne Schere. Die Gründerjahre der „Frankfurter Rundschau“ 1945/47. Ein unbekanntes Kapitel Nachkriegsgeschichte*, Frankfurt a. M. 1985, 52.

⁵ Siehe dazu u. a. Veronika de Saram: *Das Bemühen um neue Verlagskonstruktionen in der deutschen Presse von 1945 bis 1953 und die Auseinandersetzung um die GARIOA-Mittel*. Ungedruckte Magisterarbeit, Fachbereich 11/Institut für Publizistik der Freien Universität Berlin, Berlin 1976; Reinhard Greuner: *Lizenzpresse — Auftrag und Ende*, Berlin 1962, 115ff.; Rolf Richter, *Kommunikationspolitik der Zeitungsverleger = Verlegerfreiheit. Zur Kommunikationspolitik der Zeitungsverleger in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1969*, Pullach 1973, 21f. u. 25; Helmut Cron: *Stuttgarter Zeitungs-Chronik 1945*, Stuttgart 1979; ders.: *Die Redaktion am Verlag beteiligen. Ein mißglückter Versuch bei der „Wirtschaftszeitung“ 1947/48*. In: *Publizistik*, 25, 1 (1980), 68–74.

⁶ Vgl. Robert Menasse: *Die große Synthese. Bemerkungen zur Produktion des Neuen Österreich*, In: Liesbeth Waechter-Böhm (Hrsg.): *Wien 1945 davor/danach*, Wien 1985, 25–33.

⁷ Präsidiumsvorsitzender Oskar Helmer auf der 2. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes österreichischer Zeitungsverleger im Mai 1947: „Sie wissen, daß wir die Verstaatlichung der Papierindustrie bereits im Juni des vergangenen Jahres forderten und im Herbst wiederholten, weil wir darin den einzigen Ausweg aus der Papierkrise sehen.“ (Verband österreichischer Zeitungsverleger: *Protokoll über die am 18. Mai 1947 abgehaltene 2. ordentliche Generalversammlung*, 4).

⁸ Siehe ebd., 7ff.

⁹ Interview des Verfassers mit *Milan Dubrovic* am 14. 7. 1986.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Adam Wandruszka: *Geschichte einer Zeitung. Das Schicksal der „Presse“ und der „Neuen Freien Presse“ von 1848 zur Zweiten Republik*, Wien 1958, 151.

¹² N. N.: *Die Mission der „Oberösterreichischen Nachrichten“: Unabhängiges Tagblatt österreichischer Demokraten*, In: *Oberösterreichische Nachrichten*, 6. 10. 1945, 1; diese Meldung des AND (Amerikanischer Nachrichtendienst) wurde in etwas modifizierter Form auch im „Wiener Kurier“ und in den „Salzburger Nachrichten“ abgedruckt (N. N.: *Wiederherstellung der Pressefreiheit. Heute nachmittags feierlicher Akt in Linz*, In: *Wiener Kurier*, 7. 10. 1945, 4; N. N.: *Feierliche Verkündung der Pressefreiheit*, In: *Salzburger Nachrichten*, 6. 10. 1945, 1).

¹³ N. N.: *Das Kuratorium der „O.Ö.N.“ wird einberufen*, In: *Oberösterreichische Nachrichten*, 20. 10. 1945, 3.

¹⁴ N. N.: *Neue Wege des Pressewesens. Demokratische Zusammenarbeit in Frankfurt — O.Ö. Nachrichten als Vorbild im Zeitungsbetrieb*, In: *Oberösterreichische Nachrichten*, 12. 12. 1945.

¹⁵ N. N.: *Sozialer Betrieb*, In: *Oberösterreichische Nachrichten*, 26. 3. 1946, 1.

¹⁶ Fritz Molden auf eine diesbezügliche Frage des Verfassers im Rahmen der ORF-Reihe „Zeitzeugen“ im Publikumsstudio des ORF-Salzburg, 18. 3. 1986; sowie Interview des Verfassers mit *Fritz Molden* am 19. 3. 1986.

¹⁷ *Salzburger Nachrichten* (künftig nur SN), 18. 5. 1946, 3, zit. nach Waltraud Jakob: *Salzburger Zeitungsgeschichte*. Dissertation am Institut für Publizistik der Universität Salzburg, Salzburg 1979 (= Salzburg Dokumentationen, 39), 243.

¹⁸ SN, 20. 5. 1946, zit. nach Jakob, a. a. O., 243.

¹⁹ Max Dasch: *Schwierigkeiten und Erfolge*, In: SN, 22./23. 10. 1955, 1.

²⁰ Ebd.

²¹ Max Dasch: *25 Jahre Salzburger Nachrichten*, In: *Presse und Vertrieb in Österreich*, 13, 3 (1970), 9f., hier 9.

²² Zur Entstehung der „Salzburger Nachrichten“ siehe u. a. Oliver Rathkolb: *Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945 bis 1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in der Presse-, Kultur- und Rundfunkpolitik*. Phil. Diss., Wien 1982, 82–98 u. 194f.; Jakob, a. a. O. (o. Anm. 17), 238–261.

²³ Washington National Record Center (künftig nur: WNRC): Record Group (RG) 260, ACA Austria, Box 98, Permit No. 1 „Salzburger Nachrichten“, *Brief Dasch und Canaval an General MacChrystal*, 4. 4. 1946 (ich danke Oliver Rathkolb für die Überlassung dieses Aktes).

²⁴ Ebd.

²⁵ Archiv Salzburger Nachrichten (künftig: Archiv SN): *Protokoll über den Verlauf der Sitzung/Konstituierung des Kuratoriums der „Salzburger Nachrichten“ am 18. Mai 1946 im Sitzungssaal der Salzburger Landesregierung*, 22. 5. 1946 (diese und andere Unterlagen wurden dem Verfasser freundlicherweise von Dir. Fritz Maier überlassen). Zur Sitzung siehe auch den Bericht in den SN am 18. 5. 1946, 3, zit. bei Jakob, a. a. O. (o. Anm. 17), 243.

²⁶ Sicherheitsdirektion für das Bundesland Salzburg (künftig nur: SD Sbg.): Akt „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“, Geschäftszahlen 3379/47, 6291/47, 8047/54 und 1602/55. — Laut Auskunft des Vereinsreferates der Polizeidirektion Salzburg (Telefonat mit Herrn Fuchs am 12. 2. 1986) wurden sämtliche Akten der Polizeidirektion betreffend „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ am 31. 1. 1978 vernichtet. Ein Teil der Akten des Kuratoriums befindet sich indes noch in der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Salzburg (Salzburg, Hellbrunnerstr. 5). Da in den Jahren 1945–1951 die gesetzliche Regelung des Vereinswesens nicht eindeutig war, genügte es, daß Vereine von der Sicherheitsdi-

rektion genehmigt wurden. Protokolle der Sitzungen der Generalversammlung mußten damals nicht an die Sicherheitsdirektion abgeliefert werden. Dies erklärt im wesentlichen, warum im Akt des Vereines „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“ nur die Statuten, die erste Vorstandsliste sowie das Protokoll der letzten Generalversammlung sowie interner Schriftverkehr zwischen Sicherheitsdirektion und Polizeidirektion enthalten sind.

²⁷ Handelsregister Salzburg (künftig nur: HR Sbg.): Akt HRA 3525: Beilage A) zur Urschrift Urkundenrolle Nr. 962/46, *Gesellschaftsvertrag vom 11. 4. 1946*.

²⁸ Ebd.: *Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. 10. 1956*, Tagesordnungspunkt 4, OZI, 10, 41.

²⁹ Dasch, 1970, a. a. O. (o. Anm. 21), 10.

³⁰ HR Sbg.: Akt HRA 3525: Beilage A) zur Urschrift Urkundenrolle Nr. 962/46, *Gesellschaftsvertrag vom 11. 4. 1946*, § 8.

³¹ Ebd.: *Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. 10. 1956*, Tagesordnungspunkt 4, OZI, 10, 41f.

³² SD Sbg.: Akt „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“, Geschäftszahlen 3379/47 u. 6291/47, *Satzungen*, § 2.

³³ Ebd., § 2.

³⁴ Ebd., § 4.

³⁵ Ebd., § 6.

³⁶ WNRC: RG 260, ACA Austria, Box 98, Permit No. 1 „Salzburger Nachrichten“, *Brief Dasch und Canaval an General MacChrystal*, 4. 4. 1946.

³⁷ Ebd., *enclosure: List of members of the Committee*. — Sowie Archiv SN: *Liste der Mitglieder des Vereinsausschusses „Salzburger Nachrichten“* (ohne Datum, April 1946).

³⁸ SD Abg.: Akt „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“, *Protokoll der Kuratoriumssitzung der „Salzburger Nachrichten“ im Hotel „Gablerbräu“ am 27. November 1954*, 5.

³⁹ Interview des Verfassers mit *Dr. Viktor Reimann* im März 1986.

⁴⁰ Archiv SN: *Protokoll über die Kuratoriumssitzung der „Salzburger Nachrichten“ vom 23. März 1948*.

⁴¹ WNRC: RG 260, ACA Austria, Box 98, Folder „Salzburger Nachrichten“, *Routing-Slip* from ISB (Douglas C. Fox) to Working Committee Information Coordinating Board, Attn: Mr. Kaghan, 21 Sept 1948, Subject: *Salzburger Nachrichten* (wurde von Oliver Rathkolb zur Verfügung gestellt).

⁴² Archiv SN: *Protokoll über den Verlauf der Sitzung/Konstituierung des Kuratoriums der „Salzburger Nachrichten“ am Samstag, den 18. Mai 1946 im Sitzungssaal der Salzburger Landesregierung*, 22. 5. 1946; ebd.: *Protokoll über die am 13. August 1947 im Präsidialzimmer des Mozarteums abgehaltene Hauptversammlung des Kuratoriums der „Salzburger Nachrichten“* (siehe dazu auch N. N.: *Vom Kuratorium der „Salzburger Nachrichten“*, In: SN, 16. 8. 1947, 2); ebd.: *Protokoll über die Kuratoriumssitzung der „Salzburger Nachrichten“ vom 23. März 1948*; WNRC: RG 260, ACA Austria, Box 98, Folder „Salzburger Nachrichten“, *H. B. Siemer* (Senior Representative ISB) to *Douglas C. Fox* (Operations Coordinator), Subject: *Annual Meeting of the „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“*, 24 November 1948.

⁴³ Archiv SN: Liste „Kuratorium der Salzburger Nachrichten. Aus dem Gewinn 1945/46 zugewiesen ...“.

⁴⁴ Archiv SN: *Protokoll der Kuratoriumssitzung der „Salzburger Nachrichten“ im Hotel „Gablerbräu“ am 27. November 1954*, 3 (dieses Protokoll befindet sich auch im Vereinsakt der SD Sbg., siehe Anm. 26); Dasch meint hier natürlich nicht, daß die gesamten Gewinne, sondern jene 25 Prozent an die Belegschaft ausgeschüttet wurden.

⁴⁵ Dasch, 1955, a. a. O. (o. Anm. 19), führt an, daß zwischen 1945 und 1955 an das Kuratorium insgesamt 661.264,49 Schilling zugewiesen wurden; das ist jene Summe aus den Gewinnanteilen der Jahre 1945–1947. Also wurde ab 1948 der 50prozentige Gewinnanteil nicht mehr an das Kuratorium ausbezahlt.

⁴⁶ HR Sbg.: Aktr HRA 3525: *Bericht über die Schillingeröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1955 und den Rechnungsabschluss 1955 der Firma „Salzburger Nachrichten“ Verlags-Gesellschaft m. b. H. Salzburg* (erstellt von Dr. Paul Friedrich Wintersberger, beideter Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Wien), 41.

⁴⁷ Ebd., S. 41: Jahr	Reingewinn (in Schilling)
1948	719.500,-
1949	260.700,-
1950	137.000,-
1951	352.900,-
1952	518.800,-
1953	433.900,-
1954	473.600,-
1955	358.400,-

⁴⁸ Archiv SN: *Protokoll der Kuratoriumssitzung der „Salzburger Nachrichten“ im Hotel „Gablerbräu“ am 27. November 1954*, 6f.

⁴⁹ Siehe Anm. 47.

⁵⁰ N. N.: „Die Wahrheit schadet nie!“ *Eine Rede General McChrystals in Salzburg*, In: Wiener Kurier, 22. 10. 1945, 4; als AND-Meldung zwei Tage später in den SN abgedruckt (N. N.: *Möglichkeiten und Grenzen der Pressefreiheit*, In: SN, 24. 10. 1945, 1).

⁵¹ WNRC: RG 260, ACA Austria, Box 98, Permit No. 1 „Salzburger Nachrichten“, *Brief Dasch und Canaval an General MacChrystal*, 4. 4. 1946; zudem erwähnen die Herausgeber in diesem Brief: „Sometimes it was not easy, to guard the independence of the newspaper, but the collaborators of Your staff were assisting with their whole understanding and energy to fulfil this mission.“

⁵² Sowohl die durchgesehenen amerikanischen Aktenbestände im Washington National Record Center (Suitland) als auch die eingesehenen Vereinsakten der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Salzburg enthalten keinen derartigen Vertrag; ebenso fehlt ein derartiger Vertrag in den von Dir. Fritz Maier zur Verfügung gestellten Unterlagen der „Salzburger Nachrichten“. — Dagegen erwähnt der Vorsitzende des Kuratoriums, Ing. Hochleitner, in der letzten Generalversammlung 1954: „Es war vorgesehen, dass das Kuratorium mit den ‚Salzburger Nachrichten‘ eine Vereinbarung abschliesst, doch ist es zu diesem Kuriosum nie gekommen.“ (Archiv SN: *Protokoll der Kuratoriumssitzung der „Salzburger Nachrichten“ im Hotel „Gablerbräu“ am 27. November 1954*, 3).

⁵³ Archiv SN: *Protokoll über den Verlauf der Sitzung/Konstituierung des Kuratoriums der „Salzburger Nachrichten“ am Samstag, den 18. Mai 1946 im Sitzungssaal der Salzburger Landesregierung*, 22. 5. 1946, 1).

⁵⁴ Ebd., 1.

⁵⁵ Ebd., 2.

⁵⁶ Archiv SN: *Protokoll über die am 13. August 1947 im Präsidialzimmer des Mozarteums abgehaltene Hauptversammlung des Kuratoriums der „Salzburger Nachrichten“*, 1.

⁵⁷ Interview Reimann, a. a. O. (o. Anm. 39).

⁵⁸ Archiv SN: *Protokoll über die am 13. August 1947 im Präsidialzimmer des Mozarteums abgehaltene Hauptversammlung der „Salzburger Nachrichten“*, 1.

⁵⁹ Ebd., 2.

⁶⁰ Archiv SN: *Protokoll der Kuratoriumssitzung der „Salzburger Nachrichten“ im Hotel „Gablerbräu“ am 27. November 1954*, 5.

⁶¹ HR Sbg.: Akt HRA 3525: Beilage A) zur Urschrift Urkundenrolle Nr. 962/46, *Gesellschaftsvertrag vom 11. 4. 1946*, § 11.

⁶² Ebd., § 14.

⁶³ Ebd., § 13.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ SD Sbg.: Akt „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“, Geschäftszahl 8047/54, *Schreiben Sicherheitsdirektion an Bundespolizeidirektion*, 2. 11. 1954.

⁶⁶ Archiv SN: *Protokoll der Kuratoriumssitzung der „Salzburger Nachrichten“ im Hotel „Gablerbräu“ am 27. November 1954*, 2.

⁶⁷ SD Sbg.: Akt „Kuratorium der Salzburger Nachrichten“, Geschäftszahl 8047/54, *Brief Hochleitners an Bundespolizeidirektion Salzburg (Vereinspolizei)*, 6. 12. 1954 (Anlage: *Protokoll der Kuratoriumssitzung der „Salzburger Nachrichten“ im Hotel „Gablerbräu“ am 27. November 1954*). — Das Kuratorium wurde daraufhin aus dem Vereinsregister gelöscht.

⁶⁸ Archiv SN: *Protokoll der Kuratoriumssitzung der „Salzburger Nachrichten“ im Hotel „Gablerbräu“ am 27. November 1954*, 3.

⁶⁹ Ebd., 3.

⁷⁰ Ebd., 5.

⁷¹ Ebd., 5.

⁷² Ebd., 5.

⁷³ Ebd., 6.

⁷⁴ Ebd., 5.

⁷⁵ Siehe Statuten, § 4 (o. Anm. 32).

⁷⁶ Archiv SN: *Protokoll der Kuratoriumssitzung der „Salzburger Nachrichten“ im Hotel „Gablerbräu“ am 27. November 1954*, 5.

⁷⁷ Dasch, 1955, a. a. O. (o. Anm. 19).

⁷⁸ Siehe Anm. 46 u. 47.

⁷⁹ Siehe dazu SD Sbg.: Akt „Unterstützungsverein der Salzburger Nachrichten“, Geschäftszahlen 11888/47, 13515/47 und 7078/60.

⁸⁰ Siehe § 7 der Statuten (o. Anm. 32).

⁸¹ Gespräch des Verfassers mit Dir. Fritz Maier (Salzburger Nachrichten) am 27. 1. 1987.

⁸² Siehe dazu WNRC: RG 260, Box 59471—2/File 76 (Betrifft: Kuratorium der Demokratischen Druck u. Verlagsgesellschaft Linz), *Satzungen des Kuratoriums der Demokratischen Druck- und Verlagsgesellschaft Oberösterreich e. V.*, § 2.

⁸³ WNRC: RG 260, ACA Austria, Box 98, S-1, *Balance Sheet per December 31st 1945, Salzburger Nachrichten I. S. B.*; ebd., *Brief Salzburger Druckerei (Dasch) an ISB Wien*, 6. 8. 1946, betreffend „Vermögensbestand aus der Herausgabe der ‚Salzburger Nachrichten‘ durch die I. S. B.“ (diese Akten wurden dem Verfasser von Oliver Rathkolb zur Verfügung gestellt).

⁸⁴ N. N.: „Die Wahrheit schadet nie!“ *Eine Rede Generals McChrystals in Salzburg*, In: Wiener Kurier, 22. 10. 1945, 4.

⁸⁵ WNRC: RG 260, ACA Austria, Box 99/214, *Interview Fox with Behrmann, 31 January 1947* (von Oliver Rathkolb zur Verfügung gestellt).

Rezensionen

ALOIS SCHÖPF: *Fernseh-Spiele*. Roman. Wien: Edition S. Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1987, 328 Seiten.

Der Klappentext hatte versprochen: „Ein Fernsehautor packt aus. Dallas oder Denver, angesiedelt diesmal nicht im öligen Texas, sondern im ebenso schmierigen Milieu einer deutschen Fernsehanstalt. Ein Insider-Roman über die Machtspiele der Rundfunkgewaltigen und die Machtlosigkeit der Kreativen.“ Da werden falsche Assoziationen geweckt: denn „Dallas oder Denver“ muß ein Druckfehler sein, so wenig hat der Roman mit diesen Serien zu tun, obwohl ihm Ansätze zur Dramaturgie von Seifenopern durchaus nicht fehlen, die — vielleicht für den Export im deutschsprachigen Raum formulierte — „deutsche Fernsehanstalt“ liegt in Österreich und der Autor Alois Schöpf ist Redakteur im ORF. Aber er packt nicht aus. Denn die Umstände könnten — wie er vermerkt — „zur Annahme verleiten, bestimmte Romanfiguren in bestimmten hierarchischen Positionen seien mit bestimmten wirklich existierenden Persönlichkeiten identisch. Diese Annahme ist falsch.“ Wahr ist viel mehr. Der Königberg steht stellvertretend für das Verhältnis von Kulturproduzenten und Kulturadministratoren. Die handelnden Personen sind Prototypen, jede Ähnlichkeit mit realen Personen ist also zufällig. Ein besonders dummer Zufall muß es da sein, der Schöpf beim Prototypen Barsky Pate gestanden war. Der Hauptspieler Barsky etwa wird in Aussehen und Habitus, in der Diktion so beschrieben wie der tatsächliche Leiter der Abteilung F 7, „Fernspiel und Theater“, Schloßbesitzer im Waldviertel und schließlich — wie dieser — späberufener Romanautor. Auch hier plagiiert die Phantasie die Wirklichkeit, wenn Schöpf über das Werk des fiktiven Barsky meint: „der austrifizierte Digest des Fontane-Romans *Der Stechlin* erzielte beachtliche Verkaufserfolge. Die heimische Kritik wagte es nicht, das Werk eines Fernsehgewaltigen als Plagiat bloßzustellen.“ (S. 21) Bei diesem Barsky erscheint der Schriftsteller Rittinger, der ein Drehbuch für einen Film über ein Hotel eingereicht hat. Barsky erklärt ihm die ausschlaggebenden Kategorien für Auftragsvergaben: 1) höchstmögliche Einschaltquoten: „Dabei ist mir klar, daß alles irgendwie Intelligenter, Komplizierter, Sensible und, sagen wir es offen, auch Kritische, von vornherein wegfällt.“ (S. 23) 2) Prominenz des Autors und 3) die aus dem Rundfunkgesetz abgeleitete Frage: „als Ausdruck welcher relevanten gesellschaftlichen Gruppe spiegelt der Autor in seinem Werk Gegenwart wider?“ (S. 24f.) Natürlich, das sei „Lobby-Kultur“, mehr oder weniger explizit im Programmauftrag festgeschrieben, aber der Intendant wolle wiedergewählt werden, er habe ihm dabei zu helfen, sonst suche er sich einen anderen. „Und wiedergewählt wird er nicht vom guten Geschmack oder der Weltweisheit, sondern von Lobbys. Studieren Sie die Zusammensetzung der obersten Rundfunkorgane.“ (S. 25)

Zurück zum Plot: der Werbe- und Fernsehfilmkonfektionär Berkam, der sich, frustriert vom Ehealltag mit seiner Frau Gabriele und der Einsicht seines beruflichen Versagens, der Unfähigkeit ‚geniale‘ Produkte zu erarbeiten, ein Atelier in der Innenstadt gemietet hat, um sich hier sexuell ausleben zu können, macht Rittinger zu seinem Ghostautor. Berkam hat die Kanäle, die die Auftragsvergabe sichern, Rittinger die Ideen und das schreiberische Vermögen. „Hotel“ wird als Serie herausgebracht und ein großer Erfolg. Nach dem Tod Berkams setzt Rittinger — inzwischen mit Gabriele zusammen, seit Berkam Carmen, die Frau des Redakteurs Schwarz (das Karussell dreht sich im inneren Kreis) zur Hauptdarstellerin von „Hotel“ und zu seiner Geliebten gemacht hat — die Serie fort.

Aus der Schlüsselochperspektive des Romans zeigt Schöpf nicht nur die Arroganz der Macher den Kreativen gegenüber, die Unwichtigkeit des Publikums und die Bedeutung der Parteien und Verbände. „Notiere: Die Fernsehprogramme sind ein getreuer Spiegel der innerhalb des Mediums sich vollziehenden Machtkämpfe.“ (S. 108) Wer sich mehr erwartet als die Literarisierung der Klischees vom Intrigantenstadel Fernsehanstalt, die Beschreibung der politischen Sachzwänge — etwa in den Landesstudios —, der wird enttäuscht. Wer aber einfach einen Roman mit Personen aus dem Medienmilieu lesen will, bei denen er raten kann, wer wer ist — trotz der Hinweise auf die Fiktionalität —, der wird bedient. Da tritt der Parteisekretär Petz auf und verspricht Rittinger den ersehnten Redakteursposten, wenn er ihn mit Informationen aus der Abteilung versorge, was Rittinger zunächst noch ablehnt. Bei einem Nikolausfest erhält er dann vom christlichen Parteichef Moik (ein besonders peinliches Zeichen für die „Fiktionalität“ der handelnden Personen) Süßigkeiten und — erraten: den Dienstvertrag.

Wie hatte es auf dem „durchgestylten“ Bucheinband geheißen: „Im Mittelpunkt des Romans steht also die eminent politische Frage — und nur ihr Ernst läßt den Ingrimms des Autors nachvollziehen: Was leistet sich die Gesellschaft als Fiktion, und was hält sie für Wirklichkeit? Oder — in der ebenso gültigen Umkehrung: Was leistet sie sich als Wirklichkeit, und was hält sie für Fiktion?“ Eine gute Frage, die durchaus Anwendung auf diesen Roman finden sollte.

Hannes Haas

FRITZ MOLDEN: *Die Österreicher oder Die Macht der Geschichte*. München, Wien: Langen Müller 1986. 383 Seiten. 2. Aufl.: März 1987.

Fritz Molden, Jahrgang 1924, Widerständler, nach dem 2. Weltkrieg im diplomatischen Dienst, dann Journalist, ab 1953 Herausgeber, später Chefredakteur der „Presse“ und in den Jahren 1964–1982 Verleger, seither freier Schriftsteller und in jüngster Zeit als Sonderbotschafter in der Causa Waldheim tätig, legt mit diesem Buch eine „mit kritischem Auge und spitzer Feder“, so verspricht der Klappentext, verfaßte „tiefschürfende und doch amüsante Analyse Österreichs“ vor — von seinen Ursprüngen bis zur Präsidentschaftswahl 1986.

Wenn sich nun ein so bedeutender österreichischer Medienmacher aufmacht, über die Macht der Geschichte zu reflektieren, darf man mit Fug und Recht gespannt sein, was angesichts der bereits mehr als ein Jahr währenden Diskussion rund um die Person Waldheim historische Bilanz heißt. Neugierig machen deshalb jene beiden Kapitel, denen keine Gliederungszahlen vorgesetzt sind: „Die Österreicher: Blutgruppe Null“ und „Die Österreicher: Unterwegs zur Dritten Republik“. Sie setzen gleichzeitig den eigentlichen Rahmen. Im Vorspannartikel erfährt der Leser, daß das erste Halbjahr 1986 durch die „Affaire Waldheim“ und seine Folgen viele Semester unterbliebenen Unterrichts in Zeitgeschichte an österreichischen Gymnasien und Universitäten zu ersetzen vermochte; weiters, daß die Österreicher in ihrer Mehrheit die geringste Ahnung haben, wer sie sind, wo sie hingehören oder herkommen und was sich in der Vergangenheit in ihrem Lande eigentlich abgespielt hat; und schließlich, daß die Schuld am Nichtwissen seinerösterreichischen Mitbürger — insbesondere der nachfolgenden Generation — wohl nicht zuletzt bei seiner eigenen Generation, aber auch bei ihm selbst zu suchen ist.

Zu welcher Erkenntnis ein solches Bekenntnis leitet, schlägt sich im Auslaufkapitel nieder. Da ist nicht nur von „Statisten“ die Rede und seit ihrer Geburt heimatlosen „Linken der 68er-Generation“, die sich allesamt darauf verstehen, „emsig und ernsthaft in verstaubten (sic!) NS-Gauakten zu blättern“. Da fehlt auch nicht

das Bild vom „großen österreichischen Kasperltheater“, das seiner Meinung darauf fußt, „daß zwei Drittel des Publikums zu jung sind, um auch nur die Mehrzahl der Akteure, ihre Zusammenhänge, ihre Motivationen, ihre Qualitäten oder ihre Nachteile erfassen zu können“. Da fällt auch Gemeinplätziges: Literaten, Medienangehörige und Zeitgeschichtler, die sich mit den vielfältigen und schillernden Verstrickungen Österreichs in nationalsozialistische Greuel auseinandersetzen und „frühestens 1945 geboren sein dürfen“, sind für den Sonderhofschafter aus zwei Gründen unangreifbar: „erstens, weil es keinen NS-Säuglingsbund gegeben hat, dem sie hätten angehören können, und zweitens, weil jeder noch so schüchterne (sic!) Hinweis auf die ihnen mangelnde Erfahrung zugleich zur zielsicheren Beschuldigung der faschistischen Arroganz eines Frühgeborenen führen muß“.

Mit Verlaub gefragt: Ist das ernst gemeint oder verbirgt sich darin etwa jene „liebvolle Ironie“ oder gar jener „leichte Zynismus“, der laut Klappentext zusammen mit „Skepsis“ und „herzlichem Engagement“ diese Geschichte Österreichs charakterisieren?

Was vermutlich unter „liebvoller Ironie“ und „leichtem Zynismus“ gemeint ist, dürfte man sich spätestens bei jener Passage bewußt werden, in der Molden auf den Jerusalempilger Koloman eingeht, der in der Nähe von Stockerau als vermeintlicher Spion der Großmährer 1012 gehängt wurde. Denn er führt dafür an, daß damals „der Fremdenverkehr noch nicht gefördert“ wurde und „Touristen bei einem Österreichbesuch ihr Leben riskierten“ (S. 31). Ein anderes Beispiel aus der Zeit der Minnesänger: „Glücklicherweise gab es damals noch keinen Penclub und keine Kärntner Literaturtage“ (S. 41–42).

Mangelt es da dem Rezensenten vielleicht tatsächlich an Humor und Verständnis für diesen alltäglichen Brückenschlag von Vergangenheit zu Gegenwart, so wird sich der folgende Gedankensprung angesichts der jüngsten und immer noch gegenwärtigen Diskussion um „Pflichterfüllung“ nicht leicht in die Klammer „liebvolle Ironie“ und „leichter Zynismus“ fügen lassen: „Zur Zeit Friedrichs des Streitbaren gab es eine pflichtbewußte Armee — keine Kriegsdienstverweigerer“ (S. 53).

Daß August Zang, der Gründer der „Presse“ (1848), als „Liberaler der ersten Stunde“ (S. 133) vorgestellt wird, ohne auf dessen Motto „Ich verkaufe Publizität als Kramladen“ und dessen deswegen erfolgte Ächtung durch kritische Zeitgenossen einzugehen, mag noch hingenommen werden. Bedenklicher erscheint es freilich, wenn z. B. Tiraden am Vorabend und während des I. Weltkriegs „Serbien muß sterben“ und „Jeder Schuß ein Ruß“ als „damals populäre Sprachchöre“ (nicht Sprechchöre?) qualifiziert werden (S. 161). Und keinesfalls mutet es aufklärend, sondern im Gegenteil verschleiend an, wenn Ignaz Seipel im unmittelbaren Zusammenhang mit seiner Wahl zum Bundeskanzler im Jahre 1922 als Politiker vorgestellt wird, „der von der linken Presse bald nur noch ‚der Prälat ohne Gnade‘ (nicht ‚Milde‘?) genannt wurde“ (S. 187). Unterläßt Molden dabei noch jeglichen Hinweis auf die Entstehung und Begründung dieses Beinamens — was an sich schon in dieser Leichtfertigkeit bemerkenswert genug ist —, so wärmt er bei seiner unmittelbaren Bezugnahme auf die Ereignisse vom 15. Juli 1927 eine alte Legende auf: „Aufgeputscht von einem Leitartikel aus der Feder Friedrich Austerlitz“, umzingelten sie (die Arbeiter, Erg.) das Justizgebäude und setzten es in Brand“ (S. 188). Tatsache hingegen ist, daß Austerlitz den Gerichtspruch in seinem Artikel „Die Mörder von Schattendorf sind freigesprochen!“ zwar scharf kritisierte, aber nicht zu Aktionen aufrief, wie immer wieder behauptet wird und wie auch in der Diktion Moldens anklingt. Vielmehr hatte Austerlitz den Betriebsräten der Elektrizitätswerke, von denen die Aktion mit ausging, noch am Vorabend sogar erklärt, daß man selbst dann, wenn Geschworenengerichte irren, deshalb nicht gegen sie auf die Straße gehen kann, weil sie eine große, demokratische Einrichtung darstellen.

Vollends bestürzt jedoch die lakonische Schilderung der

Vorgeschichte des „Februars 1934“, die es verdient, in ihrer gesamten Länge wiedergegeben zu werden: „Mussolini war bereit, Dollfuß zu retten; er war damals noch keinesfalls auf Hitler eingeschworen. Im Gegenteil: Der Mann aus Braunau erschien ihm vulgär, und seine Standpunkte waren allzu weit von dem italienischen, romantischen Faschismuskunden eines Gabriele d'Annunzio, dem sich Mussolini verschrieben hatte, entfernt. Er war bereit, Österreich gegen Hitler beizustehen, allerdings verlangte er auch eine Gegengabe: Die ihm widerliche Demokratie sollte in Österreich endlich abgeschafft und der Widerstand gegen eine Italianisierung Südtirols eingestellt werden. Dollfuß blieb nichts anderes übrig als mitzumachen. So kam es zu den tragischen Februarunruhen des Jahres 1934 ...“ (S. 192). Daß Molden kurz davor formuliert, es habe sich das Parlament im Frühjahr 1933 selbst aufgelöst, ohne den untrennbar damit verbundenen und konsequent betriebenen Schritt zur Diktatur zu erhellen, offenbart mehr als bloß einen leichten Hang zum schnellen Strich.

Vor einer weiteren kritischen Sichtung sei Abstand genommen. Wer sich vergewissern möchte, wie drastisch sich „Macht der Geschichte“ auf Geschichtsschreibung auswirken kann, sollte mit der Lektüre dieses Buchs eine angenehme Pflicht erfüllen.

Wolfgang Duchkowitsch

WERNER HADORN / MARIO CORTESI: *Mensch und Medien. Die Geschichte der Massenkommunikation*. Band 2. Aarau, Stuttgart: AT Verlag 1986. 208 Seiten.

Im Anschluß an die Rezension des ersten Bandes dieser Geschichte der Massenkommunikation, plaziert in der Gründungsnnummer von *Medien & Zeit*, sei diesmal vorneweg betont: Der Mut der beiden Autoren, ein solches Unterfangen durchzuführen, ist nicht hoch genug zu veranschlagen. Nun ist zu ergänzen: Was sich Hadorn und Cortesi vorgenommen haben, ist gelungen. Natürlich fehlt es auch im 2. Band nicht an „zündenden“ Kapitelüberschriften, wie z. B. „Die Rache des Bildes“, sowie ebensolchen Zwischentiteln, wie z. B. „Das Medium wird ‚heiß‘“. Doch darauf, daß sich in der anscheinend gegebenen Verbindlichkeit eines solchen Hinweises vermutlich nichts anderes als eine Portion Wissenschaftsdunkel manifestiert, wurde bereits im Rahmen der ersten Rezension ein eigener, d. h. auch persönlicher Bezug gefunden.

Der nunmehr vorliegende Band beschäftigt sich mit der Geschichte von Zeitung, Zeitschrift, Rundfunk und Fernsehen. Sein zentrales Anliegen definiert sich darin, Zusammenhänge und Übergänge deutlich zu machen. Denn es haben auch die neuesten Medien, so wird im Vorspann programmatisch angemerkt, die älteren Kommunikationsformen in sich bewahrt. Daß zwei Praktiker aus der Kommunikationsbranche von dieser besonderen Facette der Supplementarität und Komplementarität immer wieder aufs neue fasziniert waren, sollte jenen Praxisanwendern zu denken geben, die für ihre Historiophobie Argumente aus einem verengten Utilitaritätsprinzip einsetzten. Daß in der Mediengeschichte vieles älter ist, als man gemeinhin meint, gehört wohl zu den wichtigsten Einsichten dieser Geschichte der Massenkommunikation; eben, wie Hadorn im Vorspann schreibt, von den trivialen Dingen wie der scheinbar so jungen journalistischen Form des Interviews bis hin zu komplexen kulturellen Phänomenen wie dem Wunsch, überall mit den Augen dabei sein zu können, der an der Wiege des Fernsehens steht. Von mindestens ebenso eminent wichtiger Bedeutung ist die Erkenntnis, daß archaische Kommunikationsweisen auch noch in den jüngsten Medien stecken, wofür als Beispiel bloß die Körpersprache zu nennen ist, die in den Bildmedien unseres Jahrhunderts erstmals ihre Vervielfältigungstechnik gefunden hat.

Die Anordnung der einzelnen Kapitel und deren jeweilige Struktur ist klug durchdacht und didaktisch sauber gelöst. Bestechend ist nicht nur die Fülle und die hervorragende Wiedergabequalität der repräsentativ ausgewählten Abbildungen, sondern auch das anregende Layout. Es ist nicht zu übersehen: Mit beiden

Bänden ist ein meisterlicher Entwurf der schon etwas rar gewordenen Buchkultur voll aufgegangen. Gediegen in seiner Gesamtausführung — wie gut die großformatigen Bände in der Hand liegen, spürt man besonders beim „Schmökern“ —, kann mit gutem Recht erwartet werden, daß diese zweibändige Weltgeschichte der Massenkommunikation „von A bis Z“ auch seinen Weg in die Bibliothek jener Menschen finden wird, die an kultur-, geistes-, wissenschafts-, wirtschafts- und politikhistorischen Aspekten der Humankommunikation interessiert sind.

Daß jede wissenschaftliche Bibliothek, aber auch jede öffentliche, die etwas auf sich hält, an der Anschaffung dieses Werkes nicht vorbeigehen kann, erscheint selbstverständlich. Vertretern der angewandten Publizistik- und Kommunikationswissenschaft eröffnen sich aufgrund der durchgehenden Verflechtung der Vergangenheit mit Gegenwart und Zukunft reiche Möglichkeiten synoptischer Betrachtungen. Dem Kommunikationshistoriker selbst bietet sich ein Werkzeug im besten Wortsinn dar, auf das nicht nur stets im allgemeinen zurückgegriffen werden kann, sondern das auch zu neuen Fragen nach Sinnzusammenhängen einlädt.

Der Raster, der dem Sachthemenregister zugrunde lag, trägt allerdings nur teilweise zu einer entsprechenden Zielorientierung bei. Einerseits ist er sehr eng gefaßt, wie z. B. „Fernrohr“ mit zwei Referenzen oder „Momentfotografie“ gar mit neun, andererseits z. T. diffus, wie z. B. „Exklusivität“ mit bloß zwei Referenzen, obwohl sich gerade dieses Merkmal durch Jahrhunderte bis in unsere Zeit hinein verfolgen läßt und im zweibändigen Werk selbst entsprechend behandelt ist. Gängige Begriffe, die in ihrer inhaltlichen

Ausprägung keineswegs bloß auf die Gegenwart gemünzt werden können, wie z. B. „Medienpolitik“ oder „Kommunikationspolitik“, sucht man hingegen vergeblich. Wohl bietet sich ein Ausweg über die Registereintragung „Medien und Macht“ oder etwa „Zensur“ an, doch fehlt beispielsweise überhaupt ein direkter Zugriff auf Erscheinungen der Revolutionspresse 1848, die in der vorliegenden Geschichte der Massenkommunikation sehr wohl — meiner Meinung in ihrem Verhältnis zur späteren Parteienpresse zu kurz — behandelt werden. Wer sich jedoch nur ein einziges Mal mit Registerarbeiten beschäftigt hat, wird sich der damit verbundenen Schwierigkeiten bewußt sein.

Mehr als nur einen Wermutstropfen bewirkt hingegen der Umstand, daß der österreichischen Presseschichtographie eine allzu geringe Rezeption zuteil wurde. Dies geht zweifellos nicht allein zu Lasten der beiden Autoren, sondern im Gegenteil einer jahrzehntlang praktizierten „Ausblendung“ und falschen Strategie. Daß allerdings generell zu wenig auf die zentrale Funktion von „Wien“ als ordnende, regelnde und reglementierende Kraft im europäischen Kommunikationssystem Bedacht genommen wurde, muß aus der geschützten Perspektive eines Wiener Rezensenten doch als Mangel empfunden werden. Wer hier etwa Larmoyanz vermutet, setzt aufs falsche Pferd. Ebenso wird leidenschaftslos registriert, daß im Kapitel „Geburtsheifer der Demokratie“ die Ausgabe der „Wiener Zeitung“ vom 9. Juni 1986 als Beispiel für die heutige Form des ehemaligen „Wienerischen Diariums“ abgebildet ist, die „Dr. Kurt Waldheim wird Bundespräsident“ titelt.

Wolfgang Duchkowitz

DER GUTE RAT

ist für Arbeiter und Angestellte kostenlos

Die Arbeiterkammern sichern den Arbeitern und Angestellten nicht nur ein Mitspracherecht in allen Fragen der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und der Kulturpolitik. Die verschiedensten Fachleute stehen auch jedem einzelnen Arbeiter und Angestellten mit ihrem Rat zur Verfügung.

Die Kammern für Arbeiter und Angestellte bieten

- Beratung in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten (z. B. Urlaubsrecht, Kündigungsrecht, Mutterschutz, Jugendschutz usw.)
- Beratung in sozialversicherungsrechtlichen Angelegenheiten (z. B. Krankenversicherung, Pensionsversicherung usw.)
- Beratung in Lohnsteuerfragen
- Hilfe für ratsuchende Konsumenten
- Beratung über Bildungsmöglichkeiten



ist ok.

DIE ARBEITERKAMMERN WURDEN GESCHAFFEN, UM ARBEITERN UND ANGESTELLTEN ZU DIENEN.

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
A-1040 Wien, Prinz-Eugen-Strasse 20-22, ☎ 65 37 65

CA-Vorsorge: Investition in die Zukunft

Österreich ist mit Recht stolz auf seine Sozialgesetzgebung. Nach Jahren des Ausbaues des sozialen Netzes wird allerdings immer deutlicher klar, daß wir an die Grenze der Finanzierbarkeit des Sozialversicherungssystems stoßen. Wir müssen uns damit abfinden, daß die Zukunft eher reale Leistungseinschränkungen als weitere Verbesserungen bringen wird, wobei vor allem finanziell Bessergestellte betroffen sein werden. Dies hat zu einer breiten Diskussion geführt, wie der gesamte Bereich der Zukunftssicherung, vor allem der Pensionen, gestaltet werden soll. Stichwort: Vorsorge.

Als Idealbild zeichnet sich ein System ab, in dem neben der gesetzlichen Sozialversicherung die betriebliche sowie die private, persönliche Vorsorge steht. Insbesondere im Bereich der persönlichen Vorsorge könnten so eine Reihe von Bedürfnissen abgedeckt werden: neben der zweiten Pension zum Beispiel die Sicherung der Familie oder die Hausstandsgründung der Kinder.

Die Kreditunternehmen haben ebenso wie die Versicherungswirtschaft diesem wachsenden Bedarf nach Eigenvorsorge Rechnung getragen und eine breite Palette von Produkten geschaffen, die die unterschiedlichsten individuellen Voraussetzungen berücksichtigt.

Vorreiterfunktion der CA

Der Creditanstalt kam dabei — wie so oft — eine Vorreiterfunktion zu. Schon im Jahre 1977 brachte die CA als erstes Bankinstitut gemeinsam mit einem Versicherungsunternehmen ein neuartiges Lebensversicherungspaket auf den Markt: die CA-Sparpolizze. Dieses Produkt ist, ebenso wie viele andere der heute gängigen Vorsorgeangebote, auf die Möglichkeit der steuerlichen Abzugsfähigkeit zugeschnitten, was für den Kunden neben der Zukunftssicherung auch noch den Vorteil einer Investition mit besonders hoher Rendite bedeutet.

Jeder private Vorsorgeplan führt erst durch die sinnvolle Kombination der verschiedenen Produktmöglichkeiten zu optimalen Ergebnissen. Das ist auch der Grund, warum im Vorsorgebereich die Banken über die notwendigen umfassenden Beratungs- und Dienstleistungskapazitäten verfügen. Sie können, weit über die reinen Versicherungsangebote hinaus, die gesamte Palette des Sparens anbieten, vom einfachen Sparbuch bis hin zu Genußscheinen oder Wertpapieren. Daß die Creditanstalt mit ihrem umfassenden Know-how im Anlagebereich und bei Steuerfragen dabei besondere Vorteile bietet, liegt auf der Hand.

Aus dem CA-Angebot hier einige interessante Beispiele:

CA-Sparpolizze: Sie ist eine Erlebensversicherung mit 10—15jähriger Laufzeit. Da kein Risikoteil enthalten ist, eignet sich dieses Produkt ideal zum Steuersparen und ermöglicht durch die steuerliche Absetzbarkeit im Rahmen der Sonderausgaben eine hohe Rendite. Zusätzlicher Vorteil ist die altersunabhängige Prämie, die die CA-Sparpolizze auch für ältere Personen besonders interessant macht.

CA-Lebensversicherung: Diese ist eine Er- und Ablebensversicherung mit Versicherungsschutz über die gesamte Laufzeit, mit der man aber auch Kapital ansparen kann. Sie eignet sich daher vor allem zur Vorsorge für die Familie und zur Absicherung des Lebensstandards. Natürlich ist auch hier die steuerliche Absetzbarkeit gegeben.

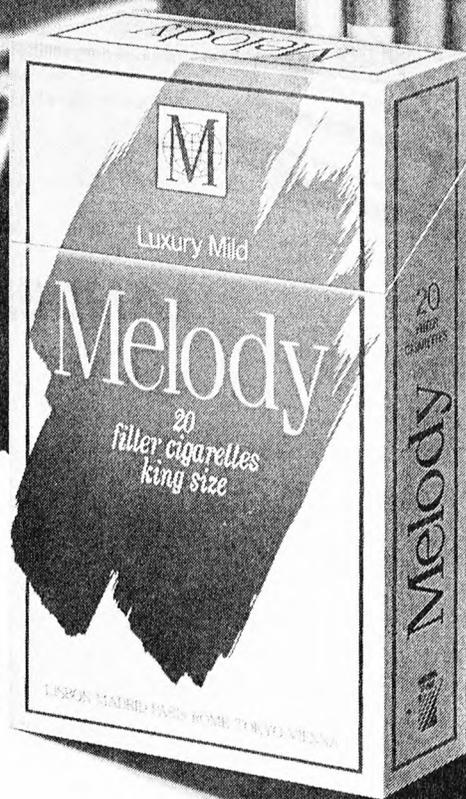
Pfandbriefplan mit Sparzielversicherung: eine ertragreiche Vorsorgemöglichkeit und zugleich eine der einfachsten. Erfahrene Wertpapierexperten legen Ihr Geld in sicheren und ertragreichen CA-Pfandbriefen an, um die Zinserträge werden sofort wieder Wertpapiere gekauft. Mit der Sparzielversicherung können Sie das geplante Sparziel absichern. Vorteil: die Prämienzahlung endet trotz vollem Versicherungsschutz bereits nach zwei Dritteln der Versicherungslaufzeit.

Investmentfonds, z. B. A 1, A 4 und A 5: Diese Investmentfonds veranlagen Ihr Fondsvermögen entweder in festverzinslichen österreichischen Wertpapieren oder österreichischen Aktien oder in in- und ausländischen festverzinslichen Wertpapieren und Aktien und bieten so eine ertragreiche, sichere Vorsorgemöglichkeit, die auch eine Veranlagung mit kleineren Beträgen ermöglicht.

Portfolio-Management: Darunter versteht man die Verwaltung von größeren Vermögenswerten — ab 1 Mio. S — in Form von Wertpapieren und Geldanlagen mit dem Ziel, möglichst hohe Erträge zu erwirtschaften. Das Portfolio-Management ist eine individuelle Dienstleistung, d. h., die Anlagepolitik wird in einem persönlichen Gespräch festgelegt und auf individuelle Wünsche abgestimmt, so daß man sich um die Verwaltung der Ersparnisse nicht mehr selbst kümmern muß und trotzdem eine interessante Vorsorgemöglichkeit mit hoher Rendite hat.

Natürlich gibt es neben den genannten Vorsorge-Varianten noch andere Möglichkeiten (z. B. Genußscheine, junge Aktien, Treuhandbeteiligung, Eigentumswohnungen usw.). Für ein Beratungsgespräch stehen Ihnen die Spezialisten der CA gerne zur Verfügung.
Vorsorgezentrum Tel.: 0222/6622/DW 1895.

GESCHMACK BESTIMMT DIE HARMONIE



*TABAKSOUND
IN MILD UND LEICHT*

GUTSCHEIN.



Gültig für eine „Studenten-Service“-Mappe. Pro Person
ist nur ein Gutschein einlösbar.
Solange der Vorrat reicht.

Name: _____

Adresse: _____

LÄNDERBANK 

CA, die Bank zum Erfolg.



Der Kredit zum Erfolg. Schönes Wohnen kann schon teuer sein. Und die Gäste fragen sich: steckt da ein Kredit dahinter? Die CA weiß es. Sie wissen es – und sonst erfährt es keiner.



CREDITANSTALT

**Selbstbehalt in Spitälern
Subventionsstop für Selbsthilfe-Projekte
Arbeitslose: Zahlungsstop für „Drückeberger“**

Die Sozialpolitik der Koalition

DAS ALLES IN DER NÄCHSTEN

**Max Adler starb vor 50 Jahren
Österreich in Hollands Zeitungen
Salzburger Gemeinderatswahlen
Demokratische Soldaten**

tribüne

**Jahresabo (öS 150,- inkl. Versand) einfach durch
Einzahlen des Abó-Preises auf das tribüne-Konto bei
der Z, Nr. 602 438 509 bestellen. Bitte den Namen
und Adresse am Zahlschein nicht vergessen!**

P. b. b., Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1070 Wien, 2. Aufgabepostamt 1010 Wien

Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an:
Medien & Zeit — 1014 Wien, Postfach 208

MEDIEN & ZEIT

Forum für historische Kommunikationsforschung

1. Jahrgang 1986

Jahresregister

BEITRÄGE

- Wolfgang Duchkowitsch: Der Fall des Wiener Journalisten Johann Baptist dal Sasso. Rigorosität und Fragilität europäischer Kommunikationskonvention während der Ära des Absolutismus 1/2, 58—74
- Hannes Haas: Die Photometapher in der Reportagediskussion. Ein Beitrag zur Genretheorie und Genrekunde 4, 13—22
- Knut Hicethier: Programmgeschichte als Aufgabe. Zu einigen methodischen Problemen der Mediengeschichtsschreibung 4, 4—12
- Friedrich B. Panzer: Zur Entwicklung literarischer und politischer Öffentlichkeit in den fünfziger Jahren 3, 11—16
- Oliver Rathkolb: Der Kalte Krieg und die österreichische Buchproduktion 1948 1/2, 49—57
- Holger Rust: Publizistische Vergangenheitsbewältigung. Eine Auseinandersetzung mit der Wahlkampfberichterstattung der meistgelesenen Tageszeitungen Österreichs. 3, 3—11
- Theo Venus: Rudolf Henz — Versuch über einen katholischen Medienpolitiker 1/2, 5—48

TANGENTEN

- Edwin Hartl: Nostalgie und Vergangenheitsbewältigung 1/2, 86—89
- Fritz Hausjell: Otto Schulmeister 70: Materialien zur Vergangenheit 1/2, 75—83
- Peter Malina: „Ich bin ein Feind jeder Definition“. Friedrich Heer zum 70. Geburtstag. Eine Würdigung in Zitaten 4, 22—30
- Margit Steiger, Margit Suppan: Leni Riefenstahl: Materialien zur Vergangenheit 3, 16—17
- Theo Venus: Vor 70 Jahren: Die erste zivile Großradiostation Österreich-Ungarns geht in Betrieb 1/2, 84—85

DOKUMENTATIONEN

- Wolfgang Duchkowitsch, Hannes Haas: Helmut Qualtinger. Sein Kreuz mit den Medien. 3, 30—32
- Wolfgang Duchkowitsch: Vor 70 Jahren: Zeitungspapier = Notwendigkeitspapier. Zur 1. Konferenz der Österreichischen Tageszeitungen 4, 31—33
- Peter Malina: Das Juliabkommen 1936. Eine Presse-Dokumentation 3, 18—30

BERICHTE

- Manfred Bobrowsky: Wege zur Kommunikationsgeschichte. Internationales Symposium, Palais Auersperg, Wien, 8.—10. Mai 1986 3, 33—34
- Georg Haberl: Das Verschwinden des Filmes. Österreichische Filmtage 1986 4, 33—34

REZENSIONEN

<i>A. E. I. O. U. Mythos, Gegenwart — Der österreichische Beitrag.</i> Wien 1986. (O. Rathkolb)	3, 35
Klaus Amann: <i>P. E. N. — Politik, Emigration, Nationalsozialismus.</i> Ein österreichischer Schriftstellerclub. Wien, Köln, Graz 1984. (Th. Venus)	4, 35—36
Klaus Amann (Hg.): <i>Polemiken, Essays und Feuilletons. Karl Tschuppik — von Franz Joseph bis Adolf Hitler.</i> Wien, Köln, Graz 1982. (Th. Venus)	4, 36—37
Werner Hadorn, Mario Cortesi: <i>Mensch und Medien.</i> Die Geschichte der Massenkommunikation. Band 1. Aarau, Stuttgart 1985. (W. Duchkowitsch)	1/2, 90—92
Wolfgang Duchkowitsch: <i>Medien- und Kommunikationsforschung.</i> Wien 1984. (Fachinformationsführer. 4.) (O. Rathkolb)	1/2, 90
Murray, G. Hall: <i>Österreichische Verlagsgeschichte 1918—1938.</i> Wien, Graz, Köln 1985. (Th. Venus)	1/2, 92—94
Gerhard Jagschitz, Klaus-Dieter Mulley (Hg.): <i>Die „wilden“ fünfziger Jahre.</i> Gesellschaft, Formen und Gefühle eines Jahrzehnts in Österreich. St. Pölten 1985. (O. Rathkolb)	3, 35
Paul Kruntorad (Hg.): <i>A. E. I. O. U.</i> Wien 1985. (O. Rathkolb)	3, 35
Peter Malina, Robert Holzbauer: <i>Zeitgeschichte.</i> Wien 1984. (Fachinformationsführer. 6.) (O. Rathkolb)	1/2, 90
<i>Materialien zur Rundfunkgeschichte.</i> Band 3. Rundfunkpublikationen — Eigenpublikationen des Rundfunks und Fachperiodika 1923—1986. Frankfurt 1986. (Th. Venus)	4, 34—35
Elisabeth Schulz: <i>Wilhelm Bauer.</i> Studien zu Leben und Werk. Wien 1979. (Th. Venus)	4, 37—38
<i>Die Vertreibung des Geistigen aus Österreich.</i> Zur Kulturpolitik des Nationalsozialismus. Wien 1985. (O. Rathkolb)	3, 34
Liesbeth Waechter-Böhm (Hg.): <i>Wien 1945, davor/danach.</i> Wien 1985. (O. Rathkolb)	3, 34—35

AUTORENREGISTER

Die kursiv gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf Rezensionen.

Manfred Bobrowsky	3, 33		
Wolfgang Duchkowitsch	1/2, 58; 90; 3, 30; 4, 31	Friedrich B. Panzer	3, 11
Hannes Haas	3, 30; 4, 13	Oliver Rathkolb	1/2, 49; 90; 3, 34; 35
Georg Haberl	4, 33	Holger Rust	3, 11
Edwin Hartl	1/2, 86	Margit Steiger	3, 16
Fritz Hausjell	1/2, 75	Margit Suppan	3, 16
Peter Malina	3, 18; 4, 22	Theo Venus	1/2, 5; 84; 92; 4, 35; 36; 37

